CDU-Eklat um Wilders, S.3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 30 – 31. Juli 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Britische Isaf-Soldaten unter Beschuss: In Afghanistan kann der Westen mit militärischen Mitteln kaum Erfolg haben. Unklar ist, warum die Politik daraus keine Konsequenzen zieht. Ist Pakistan der eigentliche Gegner?

Bild: action press

Rätsel Afghanistan

Warum wird der hoffnungslose Isaf-Einsatz fortgesetzt? – Die Rolle Pakistans

Fast 92000 Seiten bislang geheimer Dokumente über den Afghanistankrieg sind durchgesickert. Sie bekräftigen eindrucksvoll, dass dieser Konflikt für die Nato nicht zu gewinnen ist. Die Atommacht Pakistan spielt am Hindukusch offenbar mit gezinkten Karten.

Zweifel an der Echtheit der im Internet auf „Wikileaks" publizierten Dokumente des US-Militärs aus den Jahren 2004 bis 2009 gibt es nicht. Ein hochrangiger Vertreter der US-Regierung bestritt die Echtheit der Papiere nicht, sondern bezeichnete nur ihrer Veröffentlichung als unverantwortlich. Wikileaks-Gründer Julian Assange, der offenbar untergetaucht ist, betonte hingegen, die Dokumente seien so ausgewählt, dass niemand gefährdet werde. Ungeachtet der Frage, wie das bei der riesigen Fülle des Materials genau möglich sein soll, kann man das auch als Drohung lesen: Wir haben noch viel mehr.

Während die Echtheit des Materials gesichert ist, wird über die Interpretation umso mehr gestritten. Mehrere linke Politiker forderten Aufklärung über Dinge, die zum Großteil längst bekannt sind, etwa über die US-Politik gezielter Angriffe gegen Taliban-Kommandeure. Subtil fragte ein Grünen-Politiker sinngemäß, ob und wie diese Politik von der Bundeswehr unterstützt werde.

Grüne und Linke stellen der Regierung die falschen Fragen

Andere Fragen erscheinen dringender. Wer hat ein Interesse an der Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt? Vor allem aber: Da der Krieg in Afghanistan offenbar nicht zu gewinnen ist, warum wird er dennoch fortgesetzt? Was Ende 2001 als quasi humanitärer Einsatz zur Befreiung der Afghanen vom Joch der Taliban begonnen wurde, ist zu einem ziemlich schmutzigen Krieg zur Stabilisierung eines korrupten Regimes geworden. Niemand kann überzeugend erklären, warum der Westen mit einer unter derartigen Kosten leidlich stabilisierten Regierung Karzai besser fährt als mit einem sich selbst überlassenen Afghanistan, in dem wie in früheren Zeiten mit geheimdienstlichen Mitteln Risiken für die Sicherheit des Westens minimiert werden. Dass es darum geht, Al-Kaida Raum für Trainingslager zu entziehen, überzeugt kaum, denn diesen hat sie längst anderswo, vor allem in Pakistan.

Apropos Pakistan: Bildet Islamabad den Schlüssel zur Erklärung der absurd anmutenden Fortsetzung des Isaf-Mandates? Die neuen Dokumente bestätigen vielfach, dass die Taliban weiterhin aus Pakistan gesponsert werden, und es ist ausgeschlossen, dass man in Washington und Berlin über dieses Verhalten des nominellen Verbündeten nicht seit langem bescheid weiß.

Zu Recht fordern Mitglieder des US-Kongress Aufklärung über die genaue Rolle Pakistans in diesem Konflikt. Ist es womöglich schon der eigentliche Gegner der USA, die verhindern wollen, dass diese De-facto-Atommacht mit bereits fast 180 Millionen Einwohnern noch mächtiger wird? Das wäre nachvollziehbar und erscheint nicht einmal illegitim. Wenn es so wäre, könnte die Politik es offen sagen. *Konrad Badenheuer*

Wilhelm v. Gottberg:

Die Charta vom 5. August 1950

Die Proklamation der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" am 5. August 1950 durch die Spitzenrepräsentanten der Vertriebenenverbände ist eine herausragende, sittlich-moralische Leistung der Menschen, die schwerste Menschenrechtsverletzungen bis hin zum graduellen Völkermord haben erdulden müssen.

Rund 15 Millionen Deutsche wurden aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches sowie aus ihren südosteuropäischen Siedlungsgebieten vertrieben oder nach der Flucht 1945 gehindert, in die Heimatgebiete zurückzukehren. 2,3 Millionen Menschen haben diese gewaltsame Massenaustreibung nicht überlebt. Dennoch: Die Überlebenden haben im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis auf die ihnen zugefügte Gewalt eine vom Wunsch nach Frieden und Verständigung motivierte Antwort gegeben: „Wir verzichten auf Rache und Vergeltung."

Gleichzeitig haben sie in der Charta mit dem „Recht auf die Heimat" ein Menschenrecht benannt, das heute weltweit unstrittig ist und damit ihren Willen zur Rückkehr in die Heimatgebiete unmissverständlich artikuliert. In den letzten 20 Jahren haben die Bundesregierung(en) und zahlreiche Spitzengremien der Vertriebenenverbände es versäumt, das „Recht auf die Heimat" vor der Weltöffentlichkeit offensiv zu vertreten. Damit kam man – bewusst oder unbewusst – dem Wunsch der Siegermächte nach, die keine Rückkehr der Vertriebenen in die Heimatgebiete wollten.

Das unbestellte Feld

20 Prozent würden eine rechtskonservative Partei wählen

Seit den späten 70er Jahren sind in Deutschland links von der SPD gleich zwei neue Parteien entstanden. Rechts von der CDU hatten entsprechende Bestrebungen dagegen nie Erfolg: Die früher oft diskutierte bundesweite Präsenz der CSU kam nicht zustande, DSU, StattPartei, Schill-Partei, Republikaner, ÖDP und christliche Kleinparteien sind mehr oder weniger kläglich gescheitert. Der Befund überrascht umso mehr, als weder die Grünen noch die aus der SED hervorgegangene „Linke" von Anfang an und eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung standen (oder stehen), während rechts der CDU seit jeher einiger Raum für eine Partei mit unbestreitbar demokratischem Profil war. Der ist sogar noch größer geworden, seit die CDU schon ab den 80er Jahren unter der Ägide von Heiner Geißler und Rita Süssmuth und verstärkt dann unter Angela Merkel linksliberale Positionen übernommen hat.

Demokratische Rechte ohne Heimat

Wie groß das Potenzial unverändert ist, hat vor wenigen Tagen eine Emnid-Umfrage im Auftrag des Magazins „Focus" bestätigt. 20 Prozent der Deutschen bejahten die Frage „Können Sie sich vorstellen, eine bürgerlich-konservative Partei rechts von der CDU zu wählen?", 74 Prozent antworteten mit Nein. Anders als früher favorisieren heute weit mehr Jüngere als Ältere eine solche Partei. Während von den bis zu 30-Jährigen 27 Prozent eine neue, rechte Partei wählen würden, sind es bei den über 65-Jährigen nur 16 Prozent. Nur für sechs Prozent der Anhänger der Grünen käme die Wahl einer solchen Partei in Frage, aber für 25 Prozent der Linke-Anhänger. Bei den Sympathisanten von CDU/CSU, SPD und FDP würden 21, 17 und 18 Prozent ein bürgerlich-konservative Partei rechts von der CDU wählen. *PAZ*

Gefleddertes Prestigeprojekt

Stipendienprogramm zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen

Als der am 31. August aus seinem Amt scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch vor wenigen Wochen anmerkte, dass anlässlich des Sparkurses auch bei der Bildung gespart werden würde, war sogar für Kanzlerin Angela Merkel der Moment für ein Machtwort gekommen. Natürlich werde auf gar keinen Fall an der Bildung gespart, dies könne man auch im Koalitionsvertrag nachlesen, ließ Merkel über ihre Sprecherin verlauten.

Keine zweieinhalb Monate später ist Kochs Vorhersage eingetroffen. Aus dem großen Investitionsprogramm in die Bildung wird nun ein Sparprogramm. Noch vor drei Wochen hatte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) vergeblich versucht, dem Bundesrat das Stipendienprogramm der schwarz-gelben Regierung schmackhaft zu machen. Doch die Länder wollten die Kosten für das Programm, das 160000 leistungsstarken Studenten jeweils monatlich 300 Euro Studienförderung zukommen lassen sollte, nicht mittragen. Damit der Plan nicht scheiterte, entschied der Bund spontan, die den Ländern zugedachten Kosten mit zu übernehmen. Doch nun hat man in Berlin offenbar nachgerechnet und will deswegen nur noch 6000 Studenten jährlich in das bis 2013 gesicherte Programm aufnehmen. Wobei der Bund nur die Hälfte der Gesamtkosten übernimmt, die andere Hälfte soll durch die Universitäten von Sponsoren eingeworben werden. Diese sehen sich hierfür aber nicht zuständig, so dass in den Sternen steht, ob das Stipendienprogramm umgesetzt werden wird.

Zuwendungen für Stiftungen gekürzt

Schavan setzte zudem nicht nur beim schwarz-gelben Prestigeprojekt den Rotstift an: Auch die Zuwendungen des Bundes für die Begabtenförderungswerke der seit Jahrzehnten in diesem Bereich tätigen Stiftungen sollen um rund 60 Millionen Euro gekürzt werden. *Bel*

MELDUNGEN

Schwesig will Gesinnungstest

Schwerin – Die Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), will, dass Träger von Kindertagesstätten künftig „nachweisen“, dass sie und ihre Mitarbeiter „auf dem Boden der Verfassung stehen“. Der Vorstoß ist Teil des Kampfes gegen Rechts, denn er ist eine Reaktion auf den Versuch von vier Rechtsradikalen, Kitas oder Dorfkindergärten zu übernehmen. Der Gesinnungstest soll schon ab 1. August starten, Bewerber müssen dann eine Selbsterklärung unterschreiben, in der sie ihre Verfassungstreue versichern. Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Land, das dergleichen durchführt. Für Sportvereine, freiwillige Feuerwehr und andere Ehrenämter ist das dort bereits eingeführt. Ob die Selbsterklärung auch „Linke“-Mitglieder von solchen Ämtern abhalten soll, ist unklar, zumal das Land jahrelange rot-rot regiert wurde. *K. B.*

Chinesen treibt es in den Suizid

Peking – Nach Südkorea und Japan ist nun auch in China der Suizid zur Todesursache Nummer 1 unter den 15- bis 34-Jährigen geworden. Psychologen machen dafür die Umbruchsituation im Land, bei der auch junge Menschen auf der Strecke bleiben, und die aus der Ein-Kind-Politik resultierende Einsamkeit verantwortlich. Aber auch andere Altersgruppen sind von Einsamkeit, Ängsten, Jobverlust und zerbrochenen sozialen Beziehungen betroffen, so dass das Pekinger Forschungs- und Vorbeugungszentrum für Selbstmorde von 287 000 Selbstmorden in China für das Jahr 2006 ausgeht. Erst in den letzten Monaten erschütterten Suizide von chinesischen Arbeitern die Welt. Spielt sich das Leben der Menschen nur noch am Fließband und im nahegelegenen, schlicht eingerichteten Wohnheim ab, so schlägt diese Monotonie auf die Psyche. Teilweise versuchen Belegschaften auch mit Selbstmorden von Arbeitern, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. *Bel*

Mit dem Islam kam die Unterdrückung

Deutsche Schüler und muslimische Mädchen ohne Rechte? WDR-Doku offenbart schier Unglaubliches

Zwei WDR-Redakteurinnen belegen am Beispiel einer Essener Hauptschule eindrucksvoll, warum die Schönrederei in der Integrationsdebatte ein Ende haben muss.

Ein CDU-Medienexperte hat bereits gefordert, die Sendung zur besten Sendezeit zu wiederholen. Dass die ARD die WDR-Dokumentationssendung „Kampf im Klassenzimmer“ an einem Donnerstagmorgen um 0.15 Uhr ausstrahlte, erntete viel Kritik. Denn die 45-minütige Reportage hat es in sich.

Die beiden Macherinnern Güner Balci und Nicola Graef hatten vergangenes Jahr eine Essener Hauptschule besucht, an der 70 Prozent der Schüler Muslime sind. Was sie dort vorfanden, müsste in einem Land, das über Islam oder Zuwanderung nur in den engen Bahnen der „politischen Korrektheit“ diskutiert, wie reiner Sprengstoff wirken.

Was die beiden Journalistinnen herausfanden, bricht mit einigen falschen Gewissheiten: So machten sie zwar Rassismus unter den Schülern aus, doch zeigte sich dieser ausschließlich von Ausländerkindern gegen deutsche Kinder, nicht auch nur im Ansatz umgekehrt.

„Die Deutschen sind Scheiße, mit Deutschen ist man nicht befreundet“, sagten ihm die muslimischen Schüler ganz offen, erzählte der libanesische Arabischlehrer der Schule. Seine Versuche, solches Denken zu bekämpfen, scheitern kläglich, weiß er zu berichten.

Auf dem Schulhof teilen sich die Kinder und Jugendlichen in drei Gruppen: Männliche Muslime auf der einen Seite, weibliche Moslems auf der anderen und die Deutschen in eine Ecke verdrückt. Sie ducken sich am liebsten weg. „Man wird als Nazi beschimpft, wenn man seine Meinung sagt“, klagt eine Schülerin. Oder gleich verprügelt, wie der 16-jährige Sebastian berichtet, der hier gerade an der letzten Etappe zum Realschulabschluss arbeitet. Seine Mutter erinnert sich, wie sie ihn sogar mit einem Stuhl zusammengeschlagen haben. Beim Ramadan wird den Nichtmuslimen auch schon mal ins Essen gespuckt.

Augenfällig ist die ruhige, bestimmte Art, mit der die Deutschen ihre Situation schildern, auch bei gemeinsamen Gesprächen mit den muslimischen Mitschülern. Nur einmal wagen sich auch einige muslimische Schülerinnen aus der Deckung. Im Gespräch mit einer Lehrerin, ohne dass Jungs anwesend sind, erzählen sie aus ihrer Welt. Etwa, wie man einen Mann findet, oder besser, er sie: Das gehe nur auf Hochzeiten, sonst dürften die Mädchen auf keinen Fall weggehen. Dort guckten sich die Eltern eines jungen Mannes erst einmal ein Mädchen aus. Danach „guckt der die erstmal in einer Videokassette an und dann sagt der vielleicht ja oder nein, und dann gehen die um ihre Hand anhalten“. Was für einen Mann sie sich denn wünschten, will die Lehrerin wissen. Er solle sie nicht schlagen, kommt als allererstes.

> Familien wählen per Video Mädchen für ihren Sohn zur Frau

Das Gespräch sorgt anschließend für erheblichen Wirbel an der Schule. Die offenen Antworten der arabischen Schülerinnen brachten ihnen heftige Vorwürfe der muslimischen Jungs ein. Wenn die Jungs dabei sind, sagen die muslimischen Mädchen ohnehin wenig bis nichts. Dann dominiert vor allem einer, der 16-jährige Zori, ein Kurde, der ebenfalls gerade seine Mittlere Reife macht und danach das Abitur anstrebt. Er ist überdies Schulsprecher. Er macht keinen Hehl daraus, was er von deutschen Mädchen hält, die abends ausgehen und einen Freund vor der Ehe haben: „Schlampen“.

Und wenn es einem muslimischen Mädchen einfallen solle, auch so frei sein zu wollen wie die „deutschen Schlampen“? O-Ton: „Dann ist das so, dass die Eltern das als Schande ansehen und die Ehre ist befleckt. Und wir müssen das alles saubermachen. Entweder der heiratet sie, und wenn nicht, dann zwingen wir die, und wenn nicht, dann knallen wir den ab. Dann ist die Ehre wieder sauber und wir knallen auch sie ab.“ Zori wird daraufhin von den Journalisten gefragt, was „Ehre“ denn eigentlich für ihn sei. Drauf weiß der intelligente 16-jährige Schüler jedoch keine Antwort. „Wie soll ich das erklären? ... Kann ich nicht.“

Die Lage scheint vollkommen verfahren, die Lehrkräfte, welche Graef und Balci ausführlich zu Wort kommen lassen, machen durchweg einen ebenso kompetenten wie (im besten, nicht weinerlichen Sinne) verständnisvollen Eindruck. Wann das angefangen habe? Früher, so vor zehn, 15 Jahren, seien Deutsche und Ausländer Freunde gewesen. Damals hätten die Deutschen noch die Mehrheit gestellt, und die Religion habe kaum eine Rolle gespielt.

Dann habe der Islam Einzug an der Schule gehalten. Damit sei es immer schlimmer geworden. Es ist also nicht die unterschiedliche nationale Herkunft, es ist der muslimische Glauben, der den Graben aufgerissen hat. Eine Schülerin hat den Graben bereits übersprungen. Julia ist zum Islam konvertiert, mit einem Moslem zusammen, keusch, versteht sich. Sie geht auch abends nicht weg, „feiert“ nicht. Die deutschen Mädchen hätten viel zu viel Freiheiten, die Diskos würde er alle dichtmachen lassen, so ihr Freund. Julia ist seiner Meinung.

Das Schlusswort überließen Nicola Graef und Güner Balci der Lehrerin Brigitta Holford: Es müsse offener geredet werden, appelliert die erfahrene Pädagogin. „Wir hören doch nur Schönrednerei, ach, das ist doch alles gar nicht schlimm und die Leute sind doch integriert und leben doch hier ganz normal. Das ist ja nicht so. Wir müssen sagen, wo die Probleme sind.“

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) bestreitet, dass Gewalt und Immigrationshintergund etwas mit einander zu tun hätten: „Ich warne hier vor Verallgemeinerungen. Studien belegen, dass dies vor allem mit dem sozialen und familiären Hintergrund der Schüler zu tun hat, nicht aber mit ihrer Zuwanderungsgeschichte.“ *Hans Heckel*



Harmonie nur für die Kamera: Sebastian, Schülersprecher Zori und zwei Mitschüler (v.l.) Bild: ARD/Lona*media

Droht neuer Waffengang?

Die Spannungen zwischen Israel und dem Libanon steigen wieder

Vier Jahre nach der israelischen Libanon-Invasion – damals wegen Gefangennahme zweier israelischer Soldaten durch Hisbollah – floriert in Beirut wieder das Nachtleben. Doch zugleich deutet vieles auf einen baldigen neuen Waffengang hin – selbst wenn man bedenkt, dass die wechselseitigen Drohungen und teils fragwürdigen Behauptungen in hohem Maß auch zur Manipulation der „veröffentlichten Meinung“ dienen.

Laut Israel sollen die Hisbollah-Milizen seit 2006 mit 40 000 Raketen aufgerüstet worden sein, darunter „auch“ welche mit „größerer Reichweite“, Herkunft Iran und Nordkorea. Das wäre eine erstaunliche logistische Leistung, denn die libanesische Küste wird von Unifil-Schiffen überwacht – auch der Einsatz der Bundesmarine wird verlängert – und die Raketen müssten per Schiff nach Syrien und dann per Lkw in den Libanon gelangt sein.

Zur Abwehr errichtet Israel das System „Eisenkuppel“. Die Tests seien „zu 100 Prozent erfolgreich gewesen“, und die ersten Batterien sollen im November betriebsbereit sein. Der US-Kongress hat dafür bereits 205 Millionen Dollar bewilligt. Doch in Israel gibt es auch Kritik, denn die Zahl der Batterien sei unzureichend, Raketen unter vier Kilometer Reichweite werden nicht erfasst, und eine Abwehrrakete kostet mit 50 000 Dollar etwa das Hundertfache von Katjuscha-Nachbauten.

Auch wenn Israel, so Generalstabschef Gabi Ashkenasi, den Einsatz von Phosphorwaffen künftig „einschränken“ werde, um die Zahl ziviler Opfer zu „begrenzen“, werde man gegen Hisbollah „auch in Wohngebieten zurückschlagen“. 2006 waren neben 300 Milizionären 1200 libanesische Zivilisten getötet worden, während Israel 120 Gefallene und 40 getötete Zivilisten verzeichnete, darunter 20 israelische Araber. 91 Israelis, die 2006 durch Raketen verletzt wurden, haben soeben in New York den Sender „Al-Dschasira“ auf 1,2 Milliarden Dollar Schmerzensgeld verklagt – weil die Live-Übertragung von Raketeneinschlägen dem Feind ermöglicht habe, genauer zu zielen.

> Israelis verklagen den Fernsehsender »Al-Dschasira«

Im Libanon, wo seit April 2009 mehr als 70 israelische Agenten enttarnt und zwei davon zum Tod verurteilt wurden, herrscht derzeit besondere Erregung darüber, dass Israels Geheimdienst seit Jahren den staatlichen Mobilfunk-Betreiber unterwandert hatte. Mehrere Mitarbeiter wurden verhaftet, zwei konnten flüchten. Abgehörte Mobilfunk-Gespräche haben es offenbar dem Mossad ermöglicht, „gezielte Tötungen“ durchzuführen, und einiges deutet darauf hin, dass auch das „Hariri-Tribunal“ in Den Haag einseitig beeinflusst wurde, das beim Mordanschlag auf den früheren Premier Rafik Hariri 2005 jahrelang auf syrische Drahtzieher gesetzt hatte – und das nun gegen Hisbollah ermittelt. Das teilte Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah via Fernsehen mit, der es vom jetzigen Premier Saad Hariri, dem Sohn des Ermordeten, erfahren hatte. Nasrallah bestreitet jede Verantwortung seiner Organisation, und auch Hariri kann kein Interesse an Anklagen gegen seinen nunmehrigen Koalitionspartner haben. *R. G. Kerschhofer*

Ursachenforschung

Nach der Katastrophe der Love-Parade

Die Aufklärung der Katastrophe bei der Love-Parade steht erst am Anfang. Augenzeugen und fotografische Beweismittel gibt es im Überfluss, und doch war selbst Tage nach dem Unglück mit 20 Toten noch nicht einmal die Teilnehmerzahl der Parade klar. Während immer noch die vom Veranstalter früh lancierte Zahl von 1,4 Millionen die Runde machte, sprach die Bahn von 105 000 von ihr beförderten Teilnehmern. Polizeisprecher rechneten vor, auf dem Gelände hätten sich zur Zeit der Katastrophe „nur“ etwa 190 000 Menschen befunden. Falls sich bestätigen sollte, dass auf der Veranstaltung insgesamt kaum mehr als 300 000 Menschen waren, müssten auch frühere Millionenzahlen für die Jahre 1997 bis 2001 sowie 2006 bis 2008 hinterfragt werden. Obwohl für die Loveparade nie Eintritt verlangt wurde – bis zum Jahr 2000 hatte sie sogar den Staus einer politischen Demonstration –, ist klar: Je größer, desto wertvoller ist die Parade für die austragende Stadt, aber auch für Sponsoren und Fernsehsender.

> Die Parade war ein Millionengeschäft

Über die Wirtschaftlichkeit der Musikveranstaltung liegen indessen kaum Zahlen vor. Der Unternehmer Rainer Schaller hat 2006 angeblich rund zwei Millionen Euro für die Rechte an dem Ereignis gezahlt, das er erfolgreich wiederbelebte. Wie es heißt, hat er das Technofest seitdem mit rund drei Millionen Euro jährlich bezuschusst. Selbst wenn dabei schon die Einnahmen aus dem Verkauf von Senderechten abgezogen sein sollten, hätte sich das für Schaller gelohnt: Seine boomende Kette an Fitnesstudios („McFit“), die massiv mit der Parade wirbt, hat ihren Umsatz von 2007 bis 2009 von 100 auf 134 Millionen Euro gesteigert, für dieses Jahr ist von bis zu 200 Millionen die Rede. Im Jahr 2008 verblieben 10,3 Millionen Euro Gewinn, neuere Zahlen gibt es nicht. Allerdings gab es auch seitens der Stadt Duisburg und der Region massive wirtschaftliche Interessen. Fritz Pleitgen, der Geschäftsführer von „Ruhr.2020 – Kulturhauptstadt Europas“, gehörte im Vorfeld zu denen, die vor einer Absage der Parade gewarnt hatten. *K. B.*

Die Schulden-Uhr:

Mehr Geld für Brüssel

Während derzeit alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten nach Möglichkeiten suchen, ihre Ausgaben zu kürzen, möchte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Haushalt der EU offenbar von 123 auf 130 Milliarden Euro erhöhen. Für Deutschland, das 2010 25 Milliarden Euro nach Brüssel überweist, würde dies Mehrausgaben von 1,5 Milliarden bedeuten, denn Deutschland finanziert den Haushalt der EU zu rund 20 Prozent. Auch die neue Regierung in Großbritannien, die derzeit das eigene Budget massiv zusammenstreicht, sowie Österreich, Schweden und die Niederlande wehren sich gegen die starke Erhöhung. Ihnen wäre sogar eine Kürzung des EU-Etats lieber. *Bel*

1.696.710.662.992 €

Vorwoche: 1.694.579.576.302 €
Verschuldung pro Kopf: 20 755 €
Vorwoche: 20 729 €

(Dienstag, 27. Juli 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Es gibt kein »Ausländerproblem«

Von Harald Fourier

Am Wochenende habe ich mal wieder das übliche Touristenprogramm in Berlin abspielen müssen: Unter den Linden, Friedrichstraße, Brandenburger Tor, Reichstag, Hauptbahnhof, Alexanderplatz. Freunde von Natascha aus Frankfurt haben bei uns einen Zwischenstopp auf ihrer Reise nach Odessa eingelegt: Michael und Olga. Er ist Ukrainer, sie Russlanddeutsche aus Kasachstan. Beide sind in den 90er Jahren ohne Sprachkenntnisse nach Deutschland gekommen und haben sich erst hier kennen gelernt. Michael ist Bauunternehmer, Olga arbeitet für einen Mobilfunkanbieter.

Michael und Olga sprechen mit einem russischen Akzent und werden das ihr Leben lang tun, aber ihre beiden Söhne Max (5) und Anton (10) reden akzentfrei Deutsch. Der Ältere kommt jetzt aufs Gymnasium. „Kein Vergleich mit unseren Arabern in Neukölln“, sagte ich, als die zwei die Stationen ihres Lebens in Deutschland schilderten. Die Zuwanderer aus dem Morgenland – vor allem Türken, Kurden und Araber – sind oft schon früher eingewandert, aber sie sprechen weniger gut Deutsch, und ihre Kinder haben öfter als der Durchschnitt einen Hang zur Gewaltkriminalität, schaffen es fast nie aufs Gymnasium. Mit anderen Einwanderergruppen aus Indien, Vietnam oder Polen beispielsweise gibt es solche Probleme nicht.

Wir haben in Deutschland kein Ausländerproblem, sondern ein Problem mit den oben genannten Gruppen – und damit, dass es kaum jemand wagt, diese Tatsache offen auszusprechen. Stattdessen verbergen politische Propagandaschlagworte wie „Migrationshintergrund“ oder „Integrationsdefizite“ nur, was sowieso jeder weiß: Eine Minderheit der Zugewanderten ist entweder nicht fähig oder nicht willens, sich unseren Regeln zu unterwerfen und sich unserer Kultur zu öffnen, ihr mindestens respektvoll zu begegnen. Dass das nicht alle Ausländer betrifft, ist klar wie Kloßbrühe. Niemand vermutet Slowaken oder Thais als Anstifter, wenn im Radio zum wiederholten Male von Massenschlägereien in Berlins Freibädern berichtet wird. Und jeder Berliner weiß, woher die Heroindealer im Kindesalter stammen, die der Polizei das Leben schwer machen und seit Tagen die Schlagzeilen der Hauptstadtpresse beherrschen.

Es wird von den Schönrednern immer behauptet, wir Deutsche hätten zu wenig für die Integration der Zuwanderer getan. Aber das ist nicht wahr. In Wirklichkeit ist dieser Vorwurf eine Nebelkerze, um von den wahren Problemen abzulenken. Zudem aber ist es ein Schlag ins Gesicht jener Einwanderer wie Michael und Olga, die sich in kurzer Zeit bei uns erfolgreich eingelebt haben.

Tiefer Riss in der CDU-Fraktion

Einladung an Geert Wilders sorgt für Eklat – Henkel droht Stadtkewitz mit Rauswurf



Wo er auftritt, drängeln sich die Medienleute: Geert Wilders soll am 2. Oktober nach Berlin kommen. Das sorgt schon im Vorfeld für Wirbel.

Bild: pa

Ein CDU-Faktionsmitglied im Berliner Abgeordnetenhaus hat den niederländischen Wahlsieger Geert Wilders in die deutsche Hauptstadt eingeladen. CDU-Chef Frank Henkel antwortet mit einem Ultimatum.

Rene Stadtkewitz – Noch-Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, aus der Partei jedoch ausgetreten – sorgt erneut für Aufregung in der Union. Der Abgeordnete gab bekannt, dass der islamkritische niederländische Politiker Geert Wilders am 2. Oktober auf seine Einladung hin in Berlin sprechen werde. Wilders hatte vor wenigen Wochen einen bedeutenden Wahlsieg erzielen können. Seitdem verhandeln die anderen bürgerlichen Parteien mit ihm über eine gemeinsame Regierungsbildung. Fragen, ob Stadtkewitz nunmehr nach niederländischem Vorbild auch eine „Freiheitspartei“ nach Wilders Vorbild gründen wolle, beantwortete er nicht, ließ aber auf Nachfragen erkennen, dass er Potenzial dafür sehe.

Mitte der Woche forderte CDU-Landeschef Frank Henkel seinen Fraktionskollegen auf, die Einladung rückgängig zu machen. Zudem solle er binnen drei Tagen „verbindlich“ erklären, dass er keine „Organisation oder Partei“ unterstütze, die „in Konkurrenz zur Berliner CDU“ bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 antrete. „Herrn Wilders und seiner Partei geht es um die Dämonisierung einer ganzen Religion“, schreibt Henkel, und: „Als Vorsitzender kann ich nicht dulden, dass Mitglieder meiner Fraktion Personen zu Veranstaltungen einladen, die ein derartiges Gedankengut verbreiten.“

Henkel hält Stadtkewitz vor, sich von den Zielen und Werten der Union entfernt zu haben. Das Problem: Sollte Stadtkewitz die Fraktion nicht freiwillig verlassen – und das will er nicht, wie er gegenüber dieser Zeitung erklärte –, wird es Frank Henkel schwer haben, seinen Ankündigungen auch rasche Taten folgen zu lassen. Die nächste Fraktionssitzung findet erst am 7. September statt. Bis dahin könnte sich für Henkel die Sache zu einer unendlichen Geschichte auswachsen.

Streit auch um Gerüchte über Parteigründung

Am 23. Juli hat Rene Stadtkewitz das Schreiben beantwortet und deutlich gemacht, dass es bei der Einladung bleibe. Er findet sich zudem von Henkel unfair behandelt, denn dessen persönlich gehaltenes Schreiben habe dieser allen Medien zugänglich gemacht: „Dein Vorgehen zeigt mir, dass es Dir gar nicht so sehr darum geht, wie ich auf diesen Brief reagiere, sondern dass es Dir viel mehr darum geht, Dich möglichst schnell von meinen Positionen und Überzeugungen öffentlichkeitswirksam zu distanzieren. Ich finde dies bedauerlich, weil ich gerade bei Vorträgen, die ich in den letzten Monaten in verschiedenen Ortsverbänden der Berliner CDU gehalten habe, sehr viel Zuspruch für meine Positionen erfahren durfte.“ Tatsächlich ist Zustimmung zu Stadtkewitz' Positionen nicht nur an der CDU-Basis erkennbar, sondern sogar in einem Milieu, wo man das eher nicht erwarten konnte. Die Leserschaft des linksliberalen „Tagesspiegel“ debattiert seit Tagen engagiert über die Einladung an Wilders – wobei ein erheblicher Teil der Leser die Einladung begrüßt. Der Niederländer scheint das Interesse der Hauptstädter zu wecken.

Die Spree-CDU hingegen verunsichert ihre Anhänger offenbar immer mehr, ist bei der jüngsten Umfrage vor einem Monat erneut unter die 20-Prozent-Marke gerutscht.

Fahrigkeit und vorschnelles Urteil wirft Stadtkewitz in seinem Brief an Henkel dem CDU-Chef vor: „Ich mache Dir nicht zum Vorwurf, dass Du Geert Wilders nicht kennst, ich werfe Dir aber vor, dass Du verfälschte Aussagen aus ungeprüften Quellen als angebliche Zitate übernimmst und darauf ein vernichtendes Urteil aufbaust. Wir können sicher sein, dass unser seit jeher tolerantes Nachbarvolk einen Politiker, der – wie Du schreibst – allen Muslimen pauschal und undifferenziert irgendetwas unterstellt, nicht in dieser Weise gewählt hätte, denn genau dies tut er nicht. Er differenziert sehr genau zwischen den Muslimen und dem Islam. Den Islam wiederum unterscheidet er in seinen religiösen Teil und seinen politisch instrumentalisierten, gesellschaftlichen Teil.“ Nicht Wilders habe den Koran mit „Mein Kampf“ verglichen, sondern letztmalig die italienische Schriftstellerin Oriana Fallaci in ihrem Buch „Die Kraft der Vernunft“ aus dem Jahre 2004.

Je länger Stadtkewitz die Frage unbeantwortet lässt, was er denn politisch, mit Blick auf die im Herbst 2011 stattfindenden Abgeordnetenhauswahlen, zu tun beabsichtigt, um so mehr nimmt anscheinend das Interesse daran zu. Aus Enttäuschung über die etablierten Parteien scheinen immer mehr Berliner auf der Suche nach Alternativen zu sein: „Sonstige Parteien“ rangierten bei der jüngsten Umfrage bei neun Prozent, ein vergleichsweise hoher Wert.

In Berlin wird indes gemunkelt, dass Rene Stadtkewitz womöglich „keine Lust“ mehr habe und daher den Eklat absichtlich suche. Er ist anders als manch anderer Parlamentarier nicht auf eine politische Tätigkeit zum Einkommenserwerb angewiesen. Das von ihm geführte Unternehmen floriert. Persönlich ist er zur Zielscheibe geworden. 2006 hatten unbekannt gebliebene Täter sein Einfamilienhaus, in dem er mit seiner Frau und seinen kleinen Kindern wohnt, angesteckt. Die Staatsanwaltschaft wollte, für manche unbegreiflich, jedoch keinen politischen Hintergrund in Betracht ziehen. Statt im linksextremen Spektrum um die sogenannte „Antifa“ ermittelten die Beamte monatelang im Umfeld des Parlamentariers. Ohne Erfolg.

Theo Maass

Polizei dramatisch ausgedünnt

Gewerkschaft schlägt Alarm: Es fehlen 4000 Beamte – Senat baut weiter Stellen ab

Trotz Sommerstimmung und einer gewissen Passivität des linken Randes rissen in den vergangenen Wochen die Meldungen über Krawalle, Massenschlägereien und Polizeipannen in der Hauptstadt nicht ab. Hier eine Auswahl:

10. Juli, Columbiabad in Berlin Neukölln: 8000 Besucher sind im Bad, die Stimmung ist aggressiv. Es kommt zu Pöbeleien, Diebstählen und Schlägereien. Die Polizei muss räumen. 16. Juli, Prinzenbad in Berlin-Kreuzberg: Schlägerei zwischen „Badegästen“, ein vierjähriges Mädchen wird dabei verletzt. Das Bad muss geschlossen werden. Am gleichen Tag im gutbürgerlichen Berlin-Steglitz: Zwei Zivilbeamte nehmen einen Schläger fest. Daraufhin rückt ein 50-köpfiger Mob zur „Befreiung“ herbei; umringt und traktiert die Ordnungshüter. Die örtliche Tagespresse schweigt sich über die ethnische Zugehörigkeit der Randalierer lieber aus. Tage später die gleiche Szene wieder mit dem Unterschied, dass diesmal „nur“ 30 Schläger beteiligt sind. Es kommt auch zu Vorfällen, bei der die Feuerwehr an der Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert wird und Polizeiunterstützung benötigte, wie ein unbekannt gebliebener Beamter der Lokalpresse offenbarte.

Widerstand gegen Namensschilder: »Racheakte drohen«

Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Klaus Eisenreich, beklagt öffentlich einen Fehlbestand von 4000 Polizisten in der Hauptstadt. Als Ausdruck des Mangels sei die Zahl der Einsatzhundertschaften von zehn auf nur noch acht reduziert worden. Die Gesamtstärke der Polizei wurde unter Rot-Rot von über 19 000 Beamten auf derzeit 15 700 heruntergefahren. Die Zahl sinkt ständig weiter durch die Pensionierung älterer Beamter, die nur zum Teil durch junge Kräfte ersetzt werden. Die Nachwuchsgewinnung ist schwierig: „Beim Gehalt ist die Berliner Polizei immer noch Schlusslicht in Deutschland“, bemängelt Eisenreich. Polizeipräsident Dieter Glietsch scheint andere Sorgen zu haben. Er möchte gerne (auf linken Druck hin) alle Polizisten mit Namensschild kennzeichnen, was die Beamten kompromisslos ablehnen: Sie fürchten Racheakte von Personen, die mit Polizisten ins Gehege kamen.

Indiskretionen einzelner Beamter lassen in der Öffentlichkeit ein ziemlich desaströses Bild entstehen. Von 15 700 Polizisten in Berlin sind demnach 1500 in der Ausbildung, so dass konkret nur 14 200 verfügbar wären. Nicht nur die Zahl der Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei ist in den vergangenen Jahren gesenkt worden. Man habe gleichzeitig die Mannschaftsstärke der Direktions-Hundertschaften von fünf auf drei Züge, konkret um 50 Beamte pro Direktion, verringert, heißt es aus Polizeikreisen. Und selbst diese Zahl stehe auch nur auf dem Papier, weil Urlaub und Krankenstand die reale Präsenz weiter schrumpfen lasse.

Als Gipfel der Sicherheitskrise in der deutschen Hauptstadt kann aber eine Art „Spionagefall“ der linksextremen „Antifa“ bei der Polizei betrachtet werden. Ein Beamter warnte in mindestens einem Fall Hausbesetzer vor einer Räumung – mit allen Details des Einsatzes bis hin zur Mannschaftsstärke. Der Ertappte machte weltanschauliche Gründe für der Verrat geltend. Die 26. Kammer des Verwaltungsgerichts bestätigte einstweilig das Amtsausübungsverbot für den abtrünnigen Beamten. Das Hauptverfahren steht noch aus. *TM*

Erschlafft

Was ist los mit unserer deutschen Antifa?

Was ist los mit der gewaltbereiten Szene in Deutschland? Erst die Pleite von Gera, wo vor zwei Wochen die Störung eines „rechten“ Rockkonzerts nicht gelingen wollte. Auch auf die Pöbeleien und Handgreiflichkeiten anlässlich des Bundeswehrrekrutengelöbnis am 20. Juli in Berlin hatten die Linksradikalen vorab verzichtet. Vergangenes Wochenende nun der Gipfel: Eine Protestaktionen gegen den „Pro Köln“-Ableger „Pro Deutschland“ vor dem Schöneberger Rathaus fiel trotz medialer Unterstützung durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit flach.

Wenig Mobilisierung auf beiden Seiten

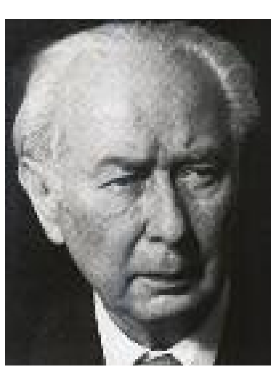
6000 Protestierer hatten die Anmelder der Gegenkundgebung erwartet – gekommen waren angeblich 2500. In Wahrheit erschienen nur etwa 300 bis 400. Die Zählung war deswegen fast ausgeschlossen, weil auf dem Rathausvorplatz am Sonnabend ein Trödelmarkt abgehalten wird, was die Unterscheidung von Protestierern, Händlern und Kunden erschwerte. Die Zahl der Teilnehmer an den Sitzblockaden lag bei um die 300, die aber rasch den Spaß daran verloren „Pro Deutschland“ Anhänger oder solche, die ein Einpeitscher der „Antifa“ vor Ort als solche beschimpfte, zu belästigen. Die Veranstalter beklagten später das „unverhältnismäßige“ Vorgehen der Polizei.

Ein „Pro Deutschland“-Vertreter frohlockte denn auch, er könne die angekündigten 6000 Gegendemonstranten nicht sehen. Den Hohn hätte er sich sparen können, denn auch die Teilnehmerzahl seiner Veranstaltung blieb mit unter 100 deutlich hinter den Erwartungen. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Perikles – Der Athener Staatsmann (490–429 v. Chr.) war, wie der zeitgenössische Geschichtsschreiber Thukydides schrieb, „gleich mächtig im Reden wie im Handeln". Als Militärstratege sicherte er Athens führende Position nach außen ab, stärkte die innenpolitische Dominanz der Volksversammlung und war zugleich der bedeutendste politische Förderer der klassischen Kunst, Architektur und Dichtung. Dank seiner herausragenden rhetorischen Fähigkeiten gelang es ihm immer wieder, das höchste Beschlussorgan der attischen Demokratie auch von unpopulären Maßnahmen zu überzeugen. So hat er wie kein anderer die erste direkte Demokratie der Welt geprägt.



Theodor Heuss – Der liberale Politiker (1884–1963) war von 1924 bis 1928 und von 1930 bis 1933 Abgeordneter des Reichstags. In der NS-Zeit war er journalistisch tätig. Nach Kriegsende lehrte er als Professor für Geschichte in Stuttgart. 1948 entsandte die FDP ihn in die Parlamentarische Versammlung. Hier trug er Bedenken gegen direkte Mitsprache des Volkes vor, mit Hinweis auf „Weimarer Verhältnisse". Kritiker des späteren Bundespräsidenten meinen jedoch, damit habe er eher von seinem Versagen als Parlamentarier ablenken wollen – am 23. März 1933 hatte Heuss gegen seine eigene Überzeugung der Fraktionsdisziplin folgend Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt.

Beatrice von Weizsäcker – Die 51-jährige Tochter des Alt-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ist zwar Vorstandsmitglied der Theodor-Heuss-Stiftung, setzt sich aber – im Gegensatz zu deren Namensgeber – für Plebiszite auf Bundesebene ein. In der „SZ" erklärte sie, es sei „an der Zeit, mehr Demokratie zuzulassen. Wir Bürger können sehr wohl sachorientierte Fragen beantworten – mehr noch: Es steht uns zu."



Foto: ddp

Hans-Jürgen Papier – Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, geboren 1943, fordert „mehr politische Gestaltungsmacht" für das Volk, etwa ein Initiativrecht zur Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens nach dem Muster des Lissabon-Vertrags, der in diesem Punkt von Deutschland – ansonsten ja gern Europas Musterschüler – bislang nicht umgesetzt wurde.

Volkes Stimme – warum nicht?

Mit dem Hinweis auf Weimar und Hitler wird »mehr Demokratie« verhindert

„Mehr Demokratie wagen" wollte Willy Brandt, als er 1969 Kanzler wurde. Bei der Ankündigung blieb es bis heute. Auf Bundesebene darf das Volk nach wie vor nicht mitregieren – aus Angst vor „Weimarer Verhältnissen" oder aus Angst der Politiker vor dem Volk?

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Es heißt Weimar und wird immer dann aus der Mottenkiste der Zeitgeschichte hervorgekramt, wenn das Volk sich in die Politik einmischen will. Wegen schlechter Erfahrungen zu Zeiten der Weimarer Republik, so wird seit 61 Jahren unverdrossen behauptet, hätten die „Väter des Grundgesetzes" die als Provisorium angelegte Verfassung der jungen Bundesrepublik von plebiszitären Elementen freigehalten.

Die „junge" Republik ist inzwischen stolze 61 Jahre alt, das Grundgesetz längst nicht mehr provisorisch. Doch nach wie vor darf das Volk sich nur in zwei eng umrissenen Ausnahmefällen in direkter Demokratie üben: Wenn die Einteilung der Bundesländer geändert (Art. 29) oder das Grundgesetz durch eine neue gesamtdeutsche Verfassung abgelöst werden sollte (Art. 146). Alle anderen bundespolitischen Entscheidungen kann das Volk nur indirekt beeinflussen – schließlich bestimmt es in Wahlen, wer in Bundestag und Bundesrat das Sagen hat.

Nach zwei spektakulären Volksentscheiden auf Länderebene – zum Nichtraucherschutz in Bayern und zur Schulstruktur in Hamburg – ist erneut die Diskussion über „mehr Demokratie" auch auf Bundesebene entbrannt. Prominente Befürworter: die ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und Richard von Weizsäcker, die Bundesverfassungsrichter Andreas Voßkuhle, Johannes Masing und Gertrude Lübbe-Wolff sowie der frühere BDI-Chef Hans-Olaf Henkel. Sie alle meinen, das deutsche Volk sei 65 Jahre nach Krieg und Nationalsozialismus hinreichend demokratisch gereift, um selbst über Fragen wie die Verlagerung nationaler Souveränitätsrechte auf die EU zu entscheiden.

> Vor 1933 gab es nur zwei Volksentscheide – beide erfolglos

Kritiker einer direkteren Demokratie hingegen fürchten, Demagogen könnten per Volksentscheid selbst für eine Aushöhlung unverzichtbarer Grundrechte Mehrheiten bekommen, im Extremfalle gar die in Art. 79,3 formulierte Ewigkeitsklausel für Art. 1 (Menschenwürde) und 20 (bundes-, rechts- und sozialstaatliche Strukturen) aushebeln.

Untermauert werden solche Bedenken durch den Hinweis, die Weimarer Republik sei auch an den plebiszitären Elementen in ihrer Verfassung gescheitert. Eine Behauptung, die durch jahrzehntelange gebetsmühlenartige Behauptung nicht wahrer wird: Tatsächlich gab es während der gesamten Weimarer Zeit nur drei Volksbegehren, von denen zwei mit dem Quorum von zehn Prozent der Wahlberechtigten zum Volksentscheid führten, 1925 zur „Enteignung der Fürstenvermögen" (mit 32 Prozent abgelehnt) und 1929 „gegen die Versklavung des Deutschen Volkes". Damit sollte der Young-Plan zu Fall gebracht werden, der Deutschland Kriegs-Reparationen von 112 Milliarden Reichsmark, zahlbar bis 1988, auferlegte. Doch trotz des national besetzten Themas, trotz intensivster Propaganda der NSDAP und massiver Unterstützung durch die Hugenberg-Presse kamen am Ende nur klägliche 13,8 Prozent Ja-Stimmen heraus.

Ebenso haltlos ist die These, Hitlers Machtergreifung sei plebiszitären Elementen der Weimarer Verfassung anzulasten. Denn die NSDAP war nicht durch Volksentscheid an die Macht gekommen, sondern durch Entscheidungen des Reichstags, der Regierung und des Reichspräsidenten. Wenn da wer versagt hatte, dann nicht das Volk, sondern die Volksvertreter. Mit nunmehr 61 Jahren sollte die Bundesrepublik Deutschland alt und reif genug sein, um aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen.

Hans-Jürgen Mahlitz



Volksentscheid: Etwa viermal im Jahr gehen die Schweizer deswegen an die Urne. Die Stimmbeteiligung liegt meist zwischen 30 und 45 Prozent. Bild: AP

Plebiszit: Was sagt unser Grundgesetz?

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kommen plebiszitäre Elemente nur an drei Stellen vor. Zunächst heißt es in Art. 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Konkreter wird das GG in Art. 29: „Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf. Die betroffenen Länder sind zu hören … Der Volksentscheid findet in den Ländern statt, aus deren Gebieten oder Gebietsteilen ein neues oder neu umgrenztes Land gebildet werden soll."

»Neue Verfassung – nein, danke!«

Schließlich bestimmt Art. 146: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Ursprünglich war diese neue, in einer Volksabstimmung zu bestätigende Verfassung für den Fall einer Wiedervereinigung gedacht. Dem war die Regierung Kohl/Genscher 1990 aus dem Wege gegangen, indem sie die Teil-Wiedervereinigung staatsrechtlich als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 Grundgesetz vollzog.

Anders als der Bund räumen alle 16 Bundesländer dem Plebiszit Verfassungsrang ein. In Ausführungsgesetzen treten sie – nicht immer erfolgreich – der Gefahr entgegen, dass die Initiatoren Volksentscheide beispielsweise durch Fragestellung oder Terminwahl manipulieren können. *H.J.M.*

Wer wo was zu sagen hat …

Nur in wenigen Ländern darf das Volk direkt mitregieren

Die Schweiz wird zu Recht als das Musterland der direkten Demokratie gerühmt. Im Schnitt viermal im Jahr gehen die Eidgenossen an die Urnen, um Entscheidungen auf kommunaler, kantonaler oder Bundesebene zu treffen. Die Initiative kann von Parteien, einzelnen Parlamentariern, der Exekutive auf allen Ebenen oder auch von den Bürgern selber ausgehen. Es zählt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die Wahlbeteiligung, meist zwischen 30 und 45 Prozent, spielt keine Rolle. Weltweites Aufsehen hatte zuletzt das Referendum erlangt, das den Bau von Minaretten untersagte.

Direkte Demokratie in Reinkultur praktizieren außer den Schweizern nur die Liechtensteiner. Recht fortschrittlich in Sachen Volksentscheid präsentieren sich auch Dänemark, Irland, Italien, Lettland, Litauen, die Slowakei und Slowenien; hier haben die Bürger wenigstens begrenzte Möglichkeiten, den Regierenden auch zwischen den Wahlterminen ihren Willen aufzunötigen. Wichtig: Sie können auch gegen die Staatsorgane ein Referendum erzwingen.

Deutlich vorsichtiger gehen Frankreich, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien und Ungarn zu Werke: In diesen Ländern darf das Volk nur über Fragen abstimmen, die ihm von Regierung oder Parlament gnädigst vorgelegt werden, können aber nicht selber initiativ werden.

> Das Plebiszit – eine fast 2300 Jahre alte Errungenschaft

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich, was die höchste staatliche Ebene betrifft, eher im Kreise der Ängstlichen: Auch in Belgien, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Island, Luxemburg, Polen und der Tschechischen Republik wird bislang ein Ausbau der direkten Demokratie strikt vermieden.

In Bulgarien, Malta, Portugal und Rumänien beginnt gerade erst ein vorsichtige Debatte über eine eventuelle Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen. Noch weiter zurück liegen die Türkei und Zypern: Hier ist direkte Demokratie überhaupt kein Thema, wie eine Untersuchung der Bundeszentrale für politische Bildung ergab.

Die nicht nur sprachliche Heimat der Demokratie ist das antike Griechenland. Schon um 600 v. Chr. hatte der Dichter und Staatsmann Solon die Mitspracherechte der Athener Bürger in einer Verfassung verankert und darüber gedichtet: „So viel Teil an der Macht, als genug ist, gab ich dem Volke/nahm an Berechtigung ihm nichts, noch gewährt' ich zu viel." Ein Jahrhundert später wurden mit den Reformen des Kleisthenes die demokratischen Strukturen Athens verfestigt: Die Volksversammlung traf alle wichtigen Grundsatzentscheidungen und wählte die Staatsbeamten. Seine höchste Blüte erlebte das demokratische System des attischen Stadtstaates unter Perikles.

Auch Rom kannte schon früh demokratische Strukturen. 471 v. Chr. wurde das Amt der Volkstribunen eingerichtet. Ab 287 v. Chr. erlangten Beschlüsse der Volksversammlung Gesetzeskraft. Diese Beschlüsse hießen auf Lateinisch plebiscitum – zu Deutsch Plebiszit! *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5194**

SED-Erben stilisieren sich zu Opfern

Die Partei »Die Linke« und Bodo Ramelow sehen im Verfassungsschutz eine West-Variante der Stasi

Der stellvertretende Chef der Linksfraktion im Bundestag, Bodo Ramelow, hat seinen Grundsatzstreit gegen den Verfassungsschutz verloren. Er darf beobachtet werden, so das Bundesverwaltungsgericht. Die Linkspartei will nun in Revision – notfalls „bis zum Europäischen Gerichtshof“.

Bodo Ramelow klagt gern. So im Thüringer Wahlkampf 2009, wo er gegen die Junge Union, also Jugendliche, prozessierte, weil sie eine „Stoppt Ramelow“-Kampagne durchgeführt hatten. Er argumentierte dabei ähnlich wie die vielen Verbände ehemaliger DDR-Staatsdiener und -Geheimdienstler. Deren Organisationen überziehen Opfer des DDR-Unrechts seit Jahren mit Verfahren. Hierbei nutzen sie jeden juristischen Winkelzug, jedes vermeintlich verkürzt wiedergegebene Wort, damit Verantwortliche des DDR-Unrechts ungenannt bleiben. Die Wahrheit über die Stasi-Mitarbeit noch heute aktiver Politiker der Linkspartei bleibt dabei regelmäßig auf der Strecke, dies sogar bei eindeutigen Beweisen.

Bei seiner aktuellen Klage sah sich Ramelow nun selbst als Opfer von Bespitzelung. In diesem Fall ist der Täter jedoch der Rechtsstaat Bundesrepublik und nicht der Unrechtsstaat DDR, den Ramelow nicht als solchen benennen will. Ramelow und die Seinen fühlen sich zu Unrecht vom Bundesverfassungsschutz beobachtet. Seit Jahren betreibt er mit der Linken diesen Kampf gegen das Beobachtungsrecht des Verfassungsschutzes und stellt diesen als eine Art West-Variante der Stasi dar.

Bei seinem Kampf erhielt Ramelow interessanterweise auch noch Flankenschutz durch linke Medien wie den „Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“. Dass es eben nicht um private Bespitzelung geht, wie von Ramelow dargestellt, sondern um das Sammeln von allgemein zugänglichem Material, Zeitungsartikeln zu dem einflussreichen Politiker, zugleich Oppositionsführer in Thüringen, findet bestenfalls am Rande Erwähnung. Tenor der „Süddeutschen“: NPD beobachten ja, Linke nein, weil vollends demokratisch, die Richter hätten noch viel zu lernen, auch aus der eigenen Vergangenheit (Nazikeule).

Weder auf Ramelow selbst noch auf seine Familie setzte der Verfassungsschutz Spitzel oder Mitarbeiter an. Es geht dem Verfassungsorgan nur um sein politisches Umfeld und das der Partei, auf die er als Teil der linken Funktionselite entscheidend Einfluss hat. Ramelow führte 2005 die Verhandlungen der Linkspartei bei den Gesprächen zur Parteineubildung mit der westdeutschen WASG. Viele WASG-Mitglieder waren vorher in teils verfassungsfeindlichen Kleinparteien aktiv. Es ist dieser Umgang der Linken-Spitze, der das Interesse der Verfassungsschützer

> Linke Medien und Politiker stützten Ramelows These

weckt. So der zu radikalen Demonstranten in Berlin, beispielsweise. Linksradikale oder Gruppen wie die „Kommunistische Plattform“ finden vor allem im Westen in der Partei Unterstützer. Landtags- und Bundestagsabgeordnete der Linken gehören den radikalen Strömungen weiterhin an. Ramelow stammt aus dem Westen, ist in Thüringen nur zugereister Funktionär. Er liefert dem Verfassungsschutz auch selbst Angriffsflächen. Bis Anfang der 90er Jahre liegen Verfassungsschützern offenbar intensive Kontakte Ramelows zur als linksextremistisch eingestuften Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vor. Das ergab die Enttarnung eines Verfassungsschutz-Zuträgers, der möglicherweise gezielt vom Dienst mit Material für seine Publikationen über die PDS/Linkspartei versorgt wurde. Selbst eine seiner drei Ehen dokumentierte Ramelow demnach per Hochzeitsanzeige 1982 in der DKP-Zeitung „UZ“. Politisch ist Ramelow ohnehin ein Grenzüberschreiter. Er leugnet den DDR-Schießbefehl: „Ob der ‚Schießbefehl‘ allerdings als zwingende Todesdrohung im strafrechtlichen Sinne gewertet werden kann, darf mittlerweile bezweifelt werden.“ Auch will Ramelow die DDR, deren Führung er nur aus den Medien gekannt haben will, keineswegs als Unrechtsstaat bezeichnen: „Ich habe … darauf hingewiesen, dass ich die DDR nach meinem Verständnis nicht für einen Rechtsstaat gehalten habe. Aber dass ich den politischen Begriff ‚Unrechtsstaat‘ nicht verwenden würde.“ Für die Behauptungen erntete er 2009 viel Kritik, auch von den Grünen, „Geschichtsklitterung“ sei das. Für Thüringens SPD-Chef Christoph Matschie hatte Ramelow sich damit als möglicher Partner „disqualifiziert“. Dies ist nun bei beiden Parteien vergessen. Linke Machtoptionen wie in Nordrhein-Westfalen legen es nah. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles: „Dieses Urteil ist ein weitreichender Eingriff in die politische Willensbildung von Parteien.“ Grünen-Politiker Volker Beck sagt, eine abwegige Programmatik rechtfertige keine Beobachtung. Doch wie abwegig muss eine Partei sein, damit der Verfassungsschutz wenigstens Dokumente zu ihr sammeln darf? Dass Ramelow in seinem Bundestagsbüro ganz bewusst ehemalige hauptamtliche Stasi- und K1-Mitarbeiter (eine Sonderabteilung der DDR-Kriminalpolizei) einstellt, ist sicher nicht der Grund. Es ist aber ein weiterer Baustein, der Nachforschungen rechtfertigt, mit welchem Personal und welchen Mitteln die Linke die Umgestaltung weg vom Kapitalismus vornehmen will.

Außerdem merkt der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU) an: Man könne „nicht ernsthaft sagen: Wenn eine Partei in ein Parlament gewählt worden ist, dann stellen wir die Beobachtung ein, selbst wenn es in Teilen der Partei verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt. Eine solche Argumentation würden wir auch bei rechtsradikalen Parteien nie durchgehen lassen.“ *SV*



Fühlt sich verfolgt: Der Thüringer Landtagsabgeordnete Bodo Ramelow will verbieten lassen, dass der Verfassungsschutz Abgeordnete seiner Partei „Die Linke“ beobachtet. Bild: ddp

MELDUNGEN

Ökonomen gegen Rentengarantie

Berlin – Der Vorschlag von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), die von der Großen Koalition vor der Wahl abgegebene Rentengarantie zu überprüfen, ist unter Politikern auf Ablehnung gestoßen. Von Ökonomen und aus der Wirtschaft erhält Brüderle indes Zustimmung. „Die Kritik an der Rentengarantie ist berechtigt: Sie belastet einseitig die Jüngeren, die die mit der Garantie verbundene zwischenzeitliche Anhebung des Rentenniveaus finanzieren müssen, obwohl sie selbst später ein deutlich geringeres Rentenniveau haben werden“, erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). *Bel*

Grüne wollen Briten weg haben

Senne – Die Grünen im Bundestag wollen den Ausbau des britischen Truppenübungsplatzes in der Senne zwischen Bielefeld und Paderborn verhindern. Die Partei stört dabei nicht, dass die britische Armee sich 65 Jahre nach Kriegsende mit ihren Umbauten offenbar längerfristig einrichtet, sondern sie sorgt sich um die Naturlandschaft. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die den ausländischen Militärstützpunkt mitverwaltet, merkte gegenüber der *PAZ* an, dass die britischen Streitkräfte keine räumliche Erweiterung planten, sondern nur Baumaßnahmen innerhalb des Geländes. Konkret geht es um die Nachbildung von afghanischen Häuserzeilen. Diese Übungseinrichtungen würden benötigt, um die Soldaten auf Einsätze in Afghanistan vorzubereiten. Das Gelände sei den britischen Streitkräften nach dem Nato-Truppenstatut völkerrechtlich zur ausschließlichen militärischen Nutzung überlassen. Ein Wegfall des militärischen Bedarfs sei nach den derzeitigen britischen Stationierungsplänen nicht absehbar. *Bel*

Abschiedserfolg

Historische Wahrheit in NRW: Geht doch!

Die ansonsten den Heimatvertriebenen gegenüber finanziell großzügige Landesregierung Rüttgers hatte in den letzten beiden Jahren bisweilen ihre vertriebenenpolitische Ernsthaftigkeit selbst infrage gestellt, indem sie sogar in eigenen Publikationen Feststellungen hinnahm wie: „Während des Krieges leben etwa zehn Millionen Deutsche in Polen (Ostpreußen, … und anderen Gebieten).“ Nun hat die alte Landesregierung doch noch kurz vor ihrem Abgang für Eindeutigkeit sorgen wollen: Die Landeszentrale für politische Bildung hat jüngst die neue Lehrerhandreichung „Flucht und Vertreibung“ (http://www.politische-bildung.nrw.de/print/00472) veröffentlicht, die die historischen Zusammenhänge profund darstellt: Thorsten Altena stellt das 20. Jahrhundert als Jahrhundert von Flucht und Vertreibung dar, wobei er Sachverhalte präzise benennt, ohne historische Zusammenhänge überzustrapazieren. Näherer Ausführungen hätte es lediglich zur Rolle von Eduard Benesch beim „Anschluss“ des Sudetenlandes bedurft. Wenngleich der zweite Aufsatz – zur Zwangsmigration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg – in der Präzision hinter dem ersten zurückbleibt, hat auch er eine Reihe von Vorzügen, da der Verfasser, Stephan Kaiser, keineswegs versucht, die Gesamtproblematik zu marginalisieren, sondern die Kontroverse über die Ereignisse um den Bromberger Blutsonntag anschneidet und auf völkerrechtliche Aspekte eingeht.

> Lehrerhandreichung zur Vertreibung

Zwei Aufsätze zur Integrationsgeschichte der Vertriebenen in NRW setzen die hohe wissenschaftliche Qualität fort, obwohl bisweilen jenseits der einschlägigen Passagen die staatsrechtliche Stellung Ostdeutschlands nach 1945 missverständlich erscheint.

Diese Publikation ist nicht nur ein positives Ergebnis schwarz-gelber Vertriebenenkulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, vielmehr kann sie als Maßstab dienen, an dem sich die neue Minderheitenregierung in dieser Hinsicht wird messen lassen müssen. So richtig die Forderung nach einem neuen Politikstil auch sein mag – vor allem Bildungsministerin Sylvia Löhrmann sei ans Herz gelegt, neben anderem auch diesen Erfolg ihrer Vorgänger nicht einem voreiligen Kehraus zu opfern. *T.A.F.*

Flickenteppich

Schule in NRW: Jede Kommune, wie sie will

Die Schulreform hin zum sogenannten „längeren gemeinsamen Lernen“ ist ein bundesweites Lieblingsprojekt der Grünen. Dass die Hamburger Grünen mit ihrer Reform bei der Bevölkerung per Volksentscheid druchgefallen sind, hat offenbar kaum Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Die dortigen Reform-Inhalte ähneln denen in Hamburg, nur die Durchsetzung soll sich ändern: Konsens, Überzeugungsarbeit und erst dann Umsetzung, lautet die Düsseldorfer Devise.

> Selbst Umzug ins Nachbardorf erschwert

Eltern, Lehrer und erst recht die Schüler klagen, dass Schulabschlüsse zwischen den zuständigen Bundesländern weniger vergleichbar, Schulwechsel schwieriger werden. Dass Unterschiede in Sachen Lernbereitschaft und Befähigung bei den Schülern zunehmen, beklagen auch Schulexperten. Jetzt will Nordrhein-Westfalen dem letzten Problem mit Gemeinschaftsschulen begegnen und verschärft dabei die ersten beiden. Mittelfristig sollen alle Schüler bis zur sechsten Klasse diese Schule besuchen. Über die anschließende Aufteilung auf Schulformen soll, anders als beim Hamburger Modell, in den Städten und Gemeinden individuell entschieden werden. Die Verunsicherung ist also da, die Ausrichtung bleibt, nur dass bald womöglich von Schule zu Schule unterschiedliche Reformansätze gelten. Rot-Grün hat damit die Lehre aus der Hamburger Niederlage bestenfalls halb gezogen. Dort fiel die teuer einzurichtende Stadtteilschule auch durch, weil begabte Kinder nicht nach der vierten Klasse aufs Gymnasium wechseln durften. Die Schrumpfkur fürs beliebte Gymnasium, der Schulwechsel in der Pubertät, Kritikpunkte an der Reform bleiben in NRW aktuell. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sagt, man habe jedoch einen ganz anderen Weg beschritten, „im regionalen Konsens“. Man wolle „Angebote“ machen, stülpe nichts „flächendeckend über“. In fünf Jahren sollen dennoch 30 Prozent der weiterführenden Schulen umgewandelt sein. Es zeige sich, „dass die Akzeptanz dann groß ist, wenn vor Ort Kollegien, Eltern, Schülerinnen und Schüler und Kommunen eingebunden sind“. Auch in Hamburg glaubten die Grünen an ihre Überzeugungskraft und scheiterten. *SV*

MELDUNGEN

Selektive Gerechtigkeit

Phnom Penh – Wohl frühestens im Alter von 86 Jahren wird der ehemalige Folterchef der Roten Khmer, Kaing Guek Eav, alias Duch, das Gefängnis verlassen können. Der heute 68-Jährige hat als früherer Chef eines Foltergefängnisses rund 15 000 Menschenleben auf dem Gewissen. Dafür wurde er nun zu 30 Jahren Haft verurteilt, von denen er bereits elf verbüßt hat. Der zum christlichen Glauben bekehrte Mathematiker ist der bislang einzige Exponent des Regimes der Roten Khmer, der Reue über seine Untaten gezeigt hat. Er könnte dennoch der einzige bleiben, der bestraft wird. Obwohl dieses kommunistische Regime bereits 1979 gestürzt wurde, wurde erst 1997 die Einrichtung eines Tribunals beschlossen. Der bislang einzige Prozess begann Anfang 2009. Jetzt sind alle noch lebenden möglichen Angeklagten zwischen 78 und 86 Jahre alt. *K. B.*

Asyl für einen Ganoven

Belgrad – Russland hat dem von Interpol gesuchten serbischen Geschäftsmann und Politiker Bogoljub Karic Asyl gewährt und Serbien damit von einem lästigen politischen Problem befreit. Während ein Teil der Serben den einst wichtigsten Geldgeber des früheren serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic immer noch schätzt und eine Auslieferung ablehnt, ist ein anderer Teil dafür, zumal man so auch der Forderung der EU, deren Mitglied Serbien werden will, nach Rechtstaatlichkeit nachkäme. Außerdem hat sich Karic 2006 mit Unsummen, die eigentlich dem serbischen Staat gehören, ins Ausland abgesetzt – die Rede ist von hunderten Millionen Euro. Nun steht Karic jedoch unter russischem Schutz und ist somit für Belgrad ebenso unerreichbar wie für Interpol. *Bel*

»Unabhängigkeit ist nicht verboten«

Haager Gerichtshof über den Kosovo – Konflikt zwischen Selbstbestimmung und territorialer Integrität

Unter welchen Umständen dürfen Minderheitengebiete sich von ihrem bisherigen Staat lösen? Diese Schlüsselfrage des Völkerrechts stand unausgesprochen im Mittelpunkt der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag über die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

Mit zehn gegen vier Stimmen hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag vor wenigen Tagen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom Februar 2008 für völkerrechtskonform erklärt. Das Gutachten ist im Unterschied zu den Urteilen des IGH nicht bindend, wobei allerdings manche IGH-Gutachten später durch Beschlüsse von Uno-Gremien Verbindlichkeit bekamen.

Das Gutachten, so hoffen jedenfalls die Verantwortlichen in der kosovarischen Hauptstadt Pristina, sollte den Durchbruch für die diplomatische Anerkennung des zu über 90 Prozent von Albanern bewohnten 1,8-Millionen-Kleinstaates bringen. Bisher haben erst 69 der über 180 unabhängigen Staaten der Welt den Kosovo anerkannt, selbst von den 27 EU-Staaten verweigern noch fünf die Anerkennung. Auch der Uno gehört das Land bis auf weiteres nicht an, weil Russland und China zu den Gegnern der Eigenständigkeit der Region gehören und als Veto-Mächte im Sicherheitsrat die Aufnahme des Kosovo verhindern. Die Uneinigkeit der Uno ist insofern etwas bizarr, als die Unabhängigkeitserklärung vom Februar 2008 das Ergebnis des vom UN-Sondergesandten und Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari gefundenen Ausgleichs darstellt. Der 1937 geborene finnische Politiker, dessen Familie 1940 vor der angreifenden Sowjetunion aus der Stadt Vyborg fliehen musste und dadurch ihre Heimat verlor, schlug Anfang 2007 eine „international überwachte Unabhängigkeit“ der Region vor, wobei die Völkergemeinschaft insbesondere auch die Rechte der in der Region lebenden serbischen Volksgruppe zu schützen hat. Nach jahrzehntelanger Drangsalierung der Kosovo-Albaner durch Serben, deren Höhepunkt die Vertreibung im Frühjahr 1999 war, gab es nach der Rückkehr der Albaner Vergeltungsakte, die die Völkergemeinschaft allerdings ebensowenig hinnehmen wollte wie zuvor die Vertreibung der Albaner.

Das jetzige Gutachten des IGH bewegt sich in einer besonders heiklen Zone der Mehrdeutigkeit des Völkerrechts. Das internationale Recht betont einerseits das Recht auf territoriale Integrität der Staaten. Selbst nach verlorenen Kriegen sind Annexionen regelmäßig nicht erlaubt, dies gilt sogar dann, wenn der besiegte Staat den Krieg begonnen hat. Andererseits gehört auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu den obersten Prinzipien des Völkerrechts, seit 1966 hat es sogar den Rang eines unveräußerlichen, „zwingenden“ Recht (ius cogens).

Die Schwierigkeit besteht nun darin, dass die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts fast immer die territoriale Unversehrtheit eines Staates verletzt – im Falle des Kosovo diejenige Rest-Jugoslawiens beziehungsweise Serbiens. Es ist deswegen kein Zufall, dass innerhalb und außerhalb Europas genau diejenigen Länder die Anerkennung des Kosovo verweigern, die selbst ähnliche Abspaltungen befürchten: China sorgt sich um Tibet, Ost-Turkestan und die Innere Mongolei, Russland um Tschetschenien und etliche weitere Gebiete, Spanien um das Baskenland und Katalonien, die Slowakei um den ungarisch besiedelten Süden des Landes, Rumänien um Siebenbürgen und so weiter.

Grenzänderungen bleiben eine reine Machtfrage

Oft ist die Argumentation der Diplomaten widersprüchlich: Moskau hält in der Kosovo-Frage „in Treue fest“ zu Belgrad – offenkundig mit Blick auf Tschetschenien. Allerdings betreibt es selbst gegenüber Georgien eine Politik der Anerkennung von Minderheitsgebieten. Auch die slowakische Politik ist nicht ganz stimmig: Das Land ist schließlich selbst erst seit 1993 ein unabhängiger Staat, nachdem es sich von der Tschechoslowakei losgesagt hatte. Hier würde jeder slowakische Politiker einwenden, der Unterschied bestehe darin, dass die damalige Trennung von den Tschechen einvernehmlich geschehen sei.

Das stimmt zwar unbestreitbar, doch damit ist ein weiterer bis heute nicht klar definierter Punkt des Völkerrechts angeschnitten: Steht das Selbstbestimmungsrecht der Völker gleichsam unter Genehmigungsvorbehalt dessen, der davon Nachteile hätte?

Serbien hat im Vorfeld der jetzigen Entscheidung so argumentiert, indem es erklärte, die Kosovo-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom Juni 1999 lege die Mitglieder der Uno auf die territoriale Integrität (Rest-) Jugoslawiens fest. Der IGH hat dazu nun festgestellt, dass diese Resolution die Bewohner des Kosovo nicht an der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts hindern könne – das Völkerrecht kenne „kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen“. Damit hat der IGH nicht nur die Balance zwischen Selbstbestimmungsrecht und territorialer Integrität vorsichtig neu justiert. Er hat auch berücksichtigt, dass bereits durch die – von Belgrad akzeptierte – Unabhängigkeit Montenegros im Sommer 2006 der territoriale Status quo Jugoslawiens des Jahres 1999 überholt ist.

Bei der damaligen, relativ knappen Entscheidung der Montenegriner hat eine Rolle gespielt, dass die EU kleine Staaten bevorzugt: Bei der Sitzverteilung im Europäischen Parlament und in der Kommission, bei den Stimmrechten in Brüssel und zumindest indirekt auch finanziell. Brüssel setzt also genau die Anreize zur Kleinstaaterei, die dann die EU so unbeweglich machen.

Es ist zweifellos ein Grund dafür, warum gerade die deutsche Politik seit Jahren betont, die Unabhängigkeit des Kosovo sei eine völlige Ausnahme, die für keine andere Region innerhalb und außerhalb der EU einen Präzedenzfall darstelle. Doch unterdrückte Minderheiten gibt es viele in der Welt, von den Kurden bis zu den Tibetern. Worin soll die Einzigartigkeit bestehen? In der kurzzeitigen Vertreibung der Kosovo-Albaner im Frühjahr 1999? Die Tschetschenen haben allerdings dasselbe erlebt, bei ihnen dauerte die Vertreibung sogar länger. Auch würde diese Bewertung eine sehr grundsätzliche Verurteilung von Vertreibungen voraussetzen, von der die bundesdeutsche Politik in anderen Fällen nicht zuletzt in ost- und sudetendeutscher Sache wenig erkennen lässt. Fazit: Ob eine Nation oder Volksgruppe ihre Unabhängigkeit erhält und damit Grenzen verändert werden, ist und bleibt eine Machtfrage.

Konrad Badenheuer



Zusätzlich legitimiert: Im Februar 2008 hatte sich der Kosovo für unabhängig erklärt. Bild: pa

Seniorenkost statt Babynahrung

Das japanische Volk altert und schrumpft rapide – 70 Prozent des Sozialetats für Senioren, vier Prozent für Kinder

Die Doppelbelastung der Frauen als Mütter und Beschäftigte zeigt in Japan dramatische Folgen für die demographische Entwicklung, denn junge Japanerinnen sind mit einer nur noch von Süd-Koreanerinnen übertroffenen Radikalität in den Gebärstreik getreten. So sank die Geburtenrate von 5,1 Kindern pro Frau (1925) auf 3,7 Geburten (1950). Die für die Reproduktion der Bevölkerung nötige Geburtenzahl von 2,1 wurde 1971 unterschritten. Danach ging sie weiter abwärts bis 1,25 (2005). 2007 gab es eine kurzfristige Erholung auf 1,37 Kinder. Doch auch ein niedliches kaiserliches Baby oder glückbringende Jahreshoroskope vermochten den langfristigen Trend bislang nicht aufzuhalten, geschweige denn umzukehren.

Noch vor einem Jahrzehnt war das 25. Lebensjahr das magische Alter für die Eheschließung der Frauen, auf das Eltern wie Arbeitgeber nachdrücklich hinwiesen. Wer den Termin verpasste, galt als schwer vermittelbare Jungfer. Heute sind 54 Prozent der Japanerinnen zwischen 25 und 29 unverheiratet. Zwischen 30 und 34 Jahren sind es 26 Prozent. Unter Studentinnen halten gerade einmal zwölf Prozent die Ehe noch für erstrebenswert. Bei den Männern sind es immerhin noch 30 Prozent. Statt sich mit Ehe-, Familien- und Berufspflichten abzumühen, scheint das von den Medien und der Konsumwerbung propagierte Single-Dasein für die meisten verlockender. Als „Moratoriums-Generation“ verschiebt man das eigenverantwortliche Erwachsenwerden tunlichst, lebt weiter bei den eigenen Eltern und hat das ganze Einkommen für Modeartikel, Schönheit, Dinieren, Reisen, Kultur und endloses Amüsement zur Verfügung. So war die Großgruppe der weiblichen Singles die einzige, die während der Deflationskrise von 1992 bis 2002 ihre Konsumausgaben steigerte, weiter überteuerte Luxus- und Designerartikel kaufte.

Bislang half die wachsende Lebenserwartung von inzwischen 85,1 Jahren für Frauen und 77,9 Jahren für Männer (sie soll sich bis 2045 auf eigentlich sehr erfreuliche 92,5 Jahre für Frauen und 83,7 Jahre für Männer steigern) die Bevölkerungszahl Japans bei 127 Millionen stabil zu halten. Doch dieser Trend ist offensichtlich nicht unendlich fortsetzbar, abgesehen davon, dass er die dramatische Überalterung des Landes noch verstärkt. Seit 2005 ist die Bevölkerung Japans mit minus 19 000 pro Jahr auch absolut rückläufig. Bis 2030 wird die Einwohnerzahl nach mittleren Szenarien der Vereinten Nationen auf 121 Millionen und bis 2050 auf 109 Millionen sinken. Nur Russland wird nach jenen Prognosen einen noch drastischeren Absturz erleiden: Von derzeit 144 Millionen auf 119 Millionen (2030) und 101 Millionen (2050). In Japan wird der Anteil der über 65-Jährigen von 17,3 Prozent (2000) auf 35,7 Prozent (2050) steigen. In Deutschland zum Vergleich von 16,4 Prozent auf 31 Prozent im gleichen Zeitraum.



Kaum Lust auf Heiraten und Kinder: Die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie tut ihr Übriges. Bild: pa

Woher aus einer überalterten, schrumpfenden Bevölkerung wirtschaftliche Wachstumsimpulse kommen sollen, bleibt schleierhaft. Man kann zwar Babynahrung zur Seniorenkost umetikettieren. Auch wird der Markt in den Segmenten Pharma, medizinische Hilfsmittel und Pflegedienste wachsen. Es werden bequemere Autos, Schuhe mit Klettverschluss, leichter bedienbare Elektronikprodukte, größere Druckbuchstaben, Fertigessen in immer kleineren und fettfreien Portionen und klassische Textilien als ewiger Freizeitlook angeboten werden. So werden jetzt schon in Japan für jene 25 Prozent, die über 65 Jahre alt sind und über genügend Zeit und 53 Prozent aller Guthaben verfügen, erfolgreich nachgebaute Nostalgiesportwagen wie der Nissan Fairlady verkauft. Als Club-Tourismus wird themenorientiertes Reisen (Religion, Malen) für Alte organisiert. Zwar werden Ein-Personen-Haushalte zunächst massiv zunehmen, doch langfristig werden gesamtgesellschaftliche Investitionen und Innovationen unweigerlich sinken. Das Kapital wird als Anleihevermögen ins Ausland strömen. Es wird, wie an Japans dramatisch fallender Sparquote ersichtlich ist, zudem bereits massiv entspart. Die physische und soziale Infrastruktur wird eines Tages „zurückgebaut“ werden. Statt Wohn- und Straßenbau haben dann Abbruchunternehmen Konjunktur.

Wer sich gegen die Umwelt versündigt, den bestraft gnadenlos die Natur. Eine Gesellschaft, die ihre Mütter schlecht behandelt, wird von der Demographie genauso abgestraft, und sei es um den Preis des nationalen Aussterbens. In Japan, wo 70 Prozent des Sozialhaushaltes im Interesse der überalterten Wählerschaft für die Seniorenfürsorge und nur vier Prozent für Kinderzulagen aufgewandt werden, waren bis 2009 ernsthafte politische Reaktionen auf die mittlerweile weitverbreitete Problemeinsicht nicht sichtbar, genauso wenig übrigens wie in ähnlich betroffenen Nachbarländern Ostasiens oder in Ost-, Mittel- und Südeuropa. Im Zuge der nötigen Haushaltskonsolidierung 2010 fand die Regierung Naoto Kans (DPJ) ein Wahlversprechen von 2009 besonders kürzenswert: die zugesagte Kindergelderhöhung.

Albrecht Rothacher

Deutsche Sparer als Gefahr

Schaffe, spare, Häusle baue und net nach den Madle schaue“, zitiert der Deutschlandkorrespondent der „Los Angeles Times“ Barzou Daraghi das schwäbische Motto und erhebt die Frage, ob es überall in Deutschland gelte. Denn die momentan offenbar weitverbreitete Unlust, Geld auszugeben, würde die gesamte europäische Wirtschaft hemmen, wie es zu Beginn der Wirtschaftskrise in den USA der Fall war. Bei seinen Recherchen stieß der Journalist in der Tat auf alles andere als Konsumfreudigkeit. Nicht etwa weil die Deutschen, wie die Schweizer, den Ruf hätten, geizig zu sein, sondern weil sie gebrannte Kinder sind. „Ein Land, das durch zwei Weltkriege und zwei Inflationen gegangen ist, muss notwendigerweise risikoscheuer sein als andere Länder“, bestätigt der Berliner Professor Jörg Rocholl die momentane Kaufzurückhaltung. Zudem hätten die Wirtschaftskrise und die Krise des Euro eine neue Gefahr heraufbeschworen. Kritiker meinten dennoch, dass die deutsche Regierung zu wenig tue, um den Konsum anzuheizen, so Daraghi weiter. Auch seien die Löhne zu niedrig und das Sparen zu verbreitet. Ökonomen wenden ein, dass eher die USA zu wenig sparten. Gesamtwirtschaftlich reduziere das Sparen die Nachfrage nicht, da die nicht konsumierten Beträge investiert würden. *L. Millauer*

Riskante Risikovermeidung

Basel III soll die Eigenkapitalausstattung der Banken verbessern – Geld wird Wirtschaft entzogen

Laut Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann gefährdet das geplante neue Regelwerk für Banken „Basel III" weltweit 9,7 Millionen Arbeitsplätze. Das ist wohl übertrieben, dennoch sind seine Äußerungen kein reines Lobbyistengeschrei.

Ziemlich offenherzig hat Jochen Sanio, der Chef der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), ausgeplaudert, dass der „Stresstest" an 91 europäischen Kreditinstituten vor allem der Beruhigung der Finanzmärkte gedient habe. Doch die Reaktion der Börsen auf die Testergebnisse hat das nicht mehr beeinflusst. Schließlich hatten Analysten weltweit schon vor der Verkündung der weitgehend positiven Resultate bekundet, dass der Test und seine Szenarien harmlos seien. Die sieben Banken, die dennoch durchgefallen waren, galten schon vorher als dem Ende nahe. Da wurden „Leichen für tot erklärt", so das Credo an den Märkten, um dafür alle anderen Banken stabiler aussehen zu lassen. Und so ignorierten institutionelle wie private Anleger an den Börsen am Montag nach diesem Test weitgehend dessen Ergebnisse.

Momentan verläuft die Wirtschaftsentwicklung positiv und daher schlagen sich selbst angeschlagene Banken passabel. Doch weder ist die Konjunktur schon weltweit stabil noch sind alle faulen Wertpapiere aus den Bankbilanzen entsorgt. Hinzu kommt, dass die Bankenkrise Defizite in der Absicherung von Risikogeschäften offenbart hat, die behoben werden müssen. Die Eigenkapitalausstattung der Banken muss verbessert werden, woran derzeit der Basler Ausschuss, ein Gremium der weltweit wichtigsten Bankenaufseher arbeitet.

Basel III soll das für September erwartete Reformpaket heißen, wie es genau aussehen soll, ist bisher erst in groben Zügen an die Öffentlichkeit gedrungen. Doch der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, warnt schon jetzt vor dem Verlust von 9,7 Millionen Arbeitsplätzen weltweit. Dass der Baseler Ausschuss auch aufgrund der Äußerungen des überaus selbstbewussten Großbankers seine Entwürfe für Basel III bereits wieder entschärft hat, liegt auf der Hand. Denn auch wenn Ackermann wohl etwas übertrieben hat, ist nicht zu leugnen, dass mit der Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für Banken auch Arbeitsplätze in Gefahr sind. Denn die Mittel, die die Banken mit Inkrafttreten von Basel III zur Absicherung ihrer Risiken zusätzlich vorhalten müssen, müssen zuvor dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden.

Bisher gibt es drei Sorten von Eigenmitteln. Hiervon muss das modifizierte haftende Eigenkapital mindestens acht Prozent der mit Risiken behafteten Forderungen betragen. Doch das bedeutet nicht, dass dieses Geld auch wirklich der Bank respektive ihren Aktionären gehört. Nur das Kernkapital, das sich weitestgehend aus Aktien, Rücklagen und Gewinnen zusammensetzt – für Genossenschaftsbanken und Sparkassen existieren Sonderregeln –, ist selbst eingebracht. Dieser Teil muss mindestens die Hälfte der acht Prozent Eigenkapital ausmachen. Schon bei dem die andere Hälfte ausmachenden Ergänzungskapital handelt es sich um Kundengelder, die beispielsweise in Form von Genussscheinen und Inhaberschuldverschreibungen bei der Bank für mindestens fünf Jahre angelegt sind und bei denen im Konkursfall diese Anleger erst nach allen anderen Gläubigern ihre Ansprüche geltend machen können. Bisher dürfen Banken die Marktrisiken aus ihrem eigenen Handelsbuch, das der kurzfristigen Gewinnerzielung dient, über Drittrangmittel absichern. Hierbei handelt es sich um kurzfristige Anlagen mit Nachrangverbindlichkeit mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren und dem Nettogewinn aus dem Wertpapierhandel.

> Krise hat offenbart, dass strengere Regeln notwendig sind

Geplant ist nun, die Quote des echten Kernkapitals zu erhöhen, die Definition des Ergänzungskapitals enger zu fassen und die Drittrangmittel zur Absicherung von eigenen Marktrisiken nicht mehr zuzulassen. Außerdem sollen Eigenmittel von Tochter- und Enkelgesellschaften nicht mehr mit angerechnet werden, schließlich stehe das Geld im Krisenfall nicht zur Verfügung.

Womit man wieder bei Josef Ackermann ist. Den freut es nämlich gar nicht, dass er laut Basel III dann das im 30-Prozent-Anteil der Postbank gebundene Kapital der Deutschen Bank nicht mehr bei sich anrechnen kann. Dafür wird aber im Basel-III-Ausschuss diskutiert, inwieweit die Risiken von Bankenbeteiligungen bei der Mutterbank berücksichtigt werden sollen, was erst recht nicht nach Ackermanns Geschmack ist.

Aber der Deutsch-Banker ist nicht der einzige, der Basel III nicht gutheißt. Auch Bundesbankchef Axel Weber, der selbst an Basel III mitarbeitet, ist mit den bisherigen Vorschlägen nicht glücklich. Deutsche Besonderheiten, vor allem die vielen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, würden nicht berücksichtigt. Eben weil es sich um eine Besonderheit handelt, steht Weber mit diesem Einwand ziemlich alleine da. Zudem wissen alle im Baseler Ausschuss involvierten Notenbanker, wie schwierig es für die Banken sein dürfte, derzeit neues, teures Kernkapital hereinzubekommen. Wenn plötzlich alle Kreditinstitute in den kommenden beiden Jahren ihr Aktienkapital am Markt aufstocken müssen, machen sie sich nicht nur gegenseitig Konkurrenz, auch verlieren Bankaktien an Attraktivität. Je mehr Aktien einer Bank im Umlauf sind, desto mehr verwässert sich die Dividende des Anlegers, wenn der Gewinn der Bank nicht im selben Maße steigt. Hinzu kommt, dass die instabile Weltkonjunktur derzeit kaum Prognosen für die nächsten Jahre zulässt. Und Banken, die ihre Risiken mit mehr Eigenkapital unterlegen müssen, scheuen diese. Doch manches Unternehmen kann Investitionen nur tätigen, wenn es eine Bank im Hintergrund hat, die bereit ist, ein Risiko einzugehen. Noch dramatischer sind die Folgen für strauchelnde Unternehmen, die Liquidität benötigen, um Arbeitsplätze zu halten. Doch Kredite an Unternehmen mit schlechter Bonität müssen künftig mit mehr Eigenkapital unterlegt werden, was so manche Bank von einem Engagement abhalten dürfte. Basel III könnte also, da in den Nachwehen der Banken- und Wirtschaftskrise eingeführt, trotz all seiner Sinnhaftigkeit so gefährlich sein, als wenn man mitten im Sturm ein Dach neu decken wollte. *Rebecca Bellano*



Unzufrieden: Die deutschen Bankenaufseher Jochen Sanio (l.) von der Bafin und Bundesbankchef Axel Weber sind von den Vorschlägen für Basel III noch nicht überzeugt. Bild: ddp

KURZ NOTIERT

Doch kräftiger Aufschwung? Die aktuellen Konjunktursignale in Deutschland bleiben uneinheitlich. Nach eher moderaten Zahlen zu Monatsbeginn hat zuletzt der Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts mit einem frappierenden Anstieg überrascht, er sprang von Juni auf Juli von 101,8 auf 106,2 Punkte. In der 38-jährigen Geschichte dieser als Konjunkturbarometer besonders zuverlässigen Kennzahl gab es erst zweimal ein noch größeres Plus, 1972 und 1983. Mehrere Dax-Unternehmen überraschten zudem mit guten Auftrags- und Ertragszahlen. *K.B.*

Abgucken bei Washington: Die von US-Präsident Barack Obama initiierte Regulierung der US-Finanzmärkte gilt zwar als nicht auf Europa übertragbar, trotzdem blickt auch Berlin gespannt auf die Details. So wird in den USA ausgearbeitet, wie genau eine insolvente Bank abgewickelt werden soll. Auch soll der Handel mit hochspekulativen Derivaten nur noch über eine Börse möglich sein. *Bel*

Die Schweiz zahlt drauf: Um die Aufwertung des Franken zu begrenzen, hatte die Schweizer Nationalbank in den letzten eineinhalb Jahren massiv Fremdwährungen aufgekauft: Die Bestände stiegen von 26 auf 45 Milliarden Dollar und sogar von 16 auf 120 Milliarden Euro. Da seitdem der Euro kräftig sank, hat die Notenbank nun Kursverluste von 14 Milliarden Franken erlitten. Für das erste Halbjahr 2010 ergibt sich ein Reinverlust von vier Milliarden Franken. *RGK*

Angst um Privilegien: Die Neugestaltung der europäischen Flugsicherung hat unter französischen Fluglotsen Streit ausgelöst. Ab 2012 sollen in der EU neun „Funktionsblöcke" die 27 bisherigen Nationalgebiete der Flugaufsicht ablösen. Damit würden die Fluglotsen zu Europabeamten. Was Lohn und Arbeitsbedingungen betrifft, wäre es für sie nützlich, erklärt die größte französische Fluglotsen-Gewerkschaft SNCTA. Aber die anderen, marxistisch-orientierten Gewerkschaften haben aus Angst um ihre Privilegien mehrfach dagegen gestreikt. *J.-P. P.*

Strafzoll statt Wettbewerb

Russland will »Glonass« vor Konkurrenz schützen

Mit aller Macht drängt Moskau auf den Markt der Satellitennavigation. Das Prestigeobjekt „Glonass", die russische Entsprechung zum amerikanischen GPS oder dem europäischen Galileo, soll Anfang 2011 in den kommerziellen Betrieb gehen. Die fehlenden Satelliten sollen im September ins All befördert werden. Obwohl Ministerpräsident Wladimir Putin den Ausbau von Glonass bereits 2008 zu einem der vordringlichsten Projekte erklärte und dafür umgerechnet 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung stellte, kommt die Umsetzung nicht so recht voran. Immer wieder gibt es Verzögerungen und Rückschläge.

Erst mit zwei Tagen Verspätung erfuhr die Öffentlichkeit von einem Zwischenfall beim Transport einer russischen Trägerrakete vom Typ Proton-M. Der Zug, der die Rakete von ihrem Produktionsort bei Moskau zum Kosmodrom Baikonur nach Kasachstan bringen sollte, stieß im Bahnhof Dubenki im Gebiet Uljanowsk mit einem entgegenkommenden Schwertransport zusammen. Es handele sich um ein „Wirtschaftsgeheimnis", die Rakete habe keinen Schaden genommen und sei zudem versichert, war das einzige, was Journalisten in Erfahrung bringen konnten. Wie ernst der Vorfall jedoch war, beweist die Tatsache, dass neben der örtlichen Polizei und den Verantwortlichen der Eisenbahngesellschaft auch Spezialisten der Produktionsfirma GKNOPUZ Chrunitschew und FSB-Funktionäre an den Unfallort geeilt waren.

> Technische Probleme werfen das Projekt immer wieder zurück

Technisch basiert Glonass auf ähnlichen Prinzipien wie GPS. Entwickelt wurden die beiden Systeme während des Kalten Krieges aus militärischen Gründen. Wie GPS benötigt Glonass zum Regelbetrieb 24 Satelliten. Der Vollausbau mit 21 Standard- und drei Reservesatelliten wurde 1996 erreicht, doch wegen Qualitätsmängeln waren schon fünf Jahre später nur noch sieben der Satelliten einsatzbereit. Seitdem haben die Russen intensiv an der Verlängerung der Lebensdauer ihrer Satelliten gearbeitet. Ihre Zahl soll bis 2011 auf 30 erhöht werden.

Weil die heimische Industrie Probleme bei der Entwicklung kompakter Chips und Endgeräte hat, will Putin bereits im kommenden Jahr Einfuhrhürden für Handys und Notebooks von Herstellern aus dem Westen verhängen, falls diese sich nicht verpflichten, einen Glonass-Chip in ihre Geräte zu installieren. Dies dürfte problematisch werden, denn die russischen Chip-Karten gibt es zwar in ausreichender Zahl, nur sind sie für alle gängigen Handys zu groß.

Von Importzöllen auf GPS-Empfänger oder dem Lizenzentzug für Geräte ohne die entsprechende Technologie wären in erster Linie Konzerne wie Nokia, Apple und Motorola betroffen, die bislang am Wachstumsmarkt Russland als reine Exporteure agieren. Experten vermuten, dass Putin die Hersteller zur Teilverlagerung ihrer Produktion ins Land zwingen will, woran diese aber kaum interessiert sein dürften, da sie in Fernost günstiger produzieren können. Mit dem Bau eines eigenen Kosmodroms in Uglegorsk an der chinesischen Grenze will Russland zudem seine führende Stellung auf dem Markt für Raketenstarts behaupten. *M. Rosenthal-Kappi*

Milchmädchenrechnung

Schäuble will Ökosteuer-Rabatt für energieintensive Industrie kürzen

Der Plan von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), Vergünstigungen bei der Ökosteuer zusammenzustreichen, stoßen beim Koalitionspartner FDP wie auch in der betroffenen Wirtschaft auf entschiedenen Widerstand. Manche Unternehmen müssten nach Schäubles Vorschlag bis zu zehn Mal mehr Ökosteuer zahlen als bislang, moniert das Wirtschaftsministerium unter der Führung von Rainer Brüderle (FDP).

Das räumt das Finanzministerium ein, verweist aber darauf, dass es sich ohnehin um sehr geringe Beträge handele. Würde der Steuernachlass von derzeit 97 Prozent auf gut 80 Prozent reduziert, müsse ein Unternehmen mit Milliardenumsatz statt bislang 300 000 eben drei Millionen Euro zahlen. Dafür reiche immer noch die Portokasse.

Falsch, entgegnet Ulf Gehrckens, Energie-Manager beim Kupferverhütter Aurubis, der in Hamburg die europaweit größte Kupferhütte betreibt, gegenüber der *PAZ*. Man stehe im internationalen Wettbewerb mit mächtigen Konkurrenten in China oder Indien, wo es überhaupt keine Ökosteuer gebe. Die Preise für das Metall würden zudem an der Londoner Kupferbörse für alle gleich ermittelt, man könne erhöhte Produktionskosten also nicht an die Kunden weiterreichen. „Die Energiekosten machen rund 30 Prozent unserer Produktionskosten aus. Wenn sich die jetzt erhöhen, können wir das Geld nur bei den Löhnen oder den Investitionen einsparen. Will die Politik das?", fragt Gehrckens.

> Unternehmen fürchten Salamitaktik: »Das ist nur der erste Schritt«

Der vom Finanzminister ins Feld geführte Milliardenumsatz täusche gewaltig über die reale Gewinnsituation eines Unternehmens wie Aurubis hinweg. Das zu verarbeitende Material sei schon im Einkauf sehr hochpreisig, die Gewinnspanne im Vergleich zum Umsatz daher recht mager. Der Umsatz sei bei Aurubis rein metallpreisgetrieben und sage über den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens fast nichts aus.

Der Löwenanteil der Einnahmen der 1999 eingeführten Steuer fließt in die Rentenkasse. Damit sollte der Faktor Arbeit vom Druck wachsender Lohnnebenkosten entlastet und gleichzeitig zu geringerem Energierverbrauch ermuntert werden. Um naturgemäß energieintensiv produzierende Unternehmen aber nicht aus dem Land zu jagen, wurden ihnen erhebliche Rabatte gewährt.

Ulf Gehrckens sieht in dem Schäuble-Vorstoß, die Rabatte zu kürzen, einen Vertrauensbruch: Seinerzeit sei den Unternehmen zugesichert worden, dass bis 2012 nicht am Rabatt gerüttelt werde. Die erhoffte ökologische „Lenkungswirkung" des Gesetzes sei dabei ohnehin fraglich: „Wer wie wir gut 30 Prozent seines Etats für Energie ausgeben muss wegen der aufwendigen Verhüttungsverfahren, der denkt ständig darüber nach, wie er diesen Kostenpunkt mindern kann, mit oder ohne Ökosteuer." Außerdem flössen 30 bis 40 Prozent der Energieausgaben in den Umweltschutz, etwa für den Betrieb moderner Filteranlagen.

Aurubis fürchtet, dass der Schäuble-Vorstoß nur der erste Schritt sei. Nach Art der Salamitaktik würde bald die nächste Rabattstreichung folgen, wenn jetzt nicht eingeschritten werde. *Hans Heckel*

Falscher Schluss

Von Konrad Badenheuer

Heute gibt es kaum mehr Katastrophen, vor denen nicht vorher jemand gewarnt hätte, das gilt auch für die Katastrophe in Duisburg. Selbst die im Rückblick unheimliche Vorhersage in einem Internetforum („Ich sehe Tote“) ist so erstaunlich nicht, wenn man bedenkt, dass jede Massenveranstaltung ein Risiko von großen Unfällen birgt und auch die Veranstalter um den Tunnelzugang als schwächsten Punkt für die Sicherheit wussten. Internetblogs speichern jede kleine Wortmeldung, und irgendeine Prognose passt immer zum später tatsächlich eingetretenen Ereignis. Es ist auch normal, dass Polizei, Feuerwehr, Notärzte und Behörden jegliche Risiken vorab erörtern und auch schriftlich festhalten – schon um sich abzusichern, falls doch etwas passiert. Neben Zigtausenden Beweismitteln haben die Staatsanwälte nun stapelweise solche frühen Warnungen in den Händen und müssen genau prüfen, wo das erkannte Risiko so groß war, dass Konsequenzen hätten gezogen werden müssen.

Bisher ist nur eine einzige Konsequenz gezogen worden, die aber keinem Menschen hilft: Die Loveparade, irgendwie doch ein Forum moderner Volksmusik, soll nie wieder stattfinden. Das ist schade.

Extreme im Blick

Von Rebecca Bellano

Linke“-Politiker Bodo Ramelow und mit ihm linksgerichtete Medien und Politiker mehrerer Parteien unterstellen dem Bundesverfassungsschutz, dass er Bundesabgeordnete und „Linke“-Mitglieder wie zu Zeiten des Kalten Krieges überwachen würde. Der „Spiegel“ amüsiert sich sogar darüber, dass das „Marxistische Forum“ für die Verfassungsschützer eine zu beobachtende Gefahr darstelle. Dies sei lachhaft, schließlich handele es sich hierbei nur um einen „Debattierclub“ alter Männer.

Und darf man dann bitte fragen, was dann so manche NPD-Veranstaltung ist? Ebenfalls ein Debattierclub alter Männer oder ungebildeter Dorfdumpfbacken, die tief in der brandenburgischen Provinz fernab jeglicher nichtdeutscher Bevölkerung „Ausländer raus“ fordern? Trotzdem wird gefordert, diese Leute im Blick zu behalten. Gleichzeitig sollen aber das „Marxistische Forum“ und die „Kommunistische Plattform“ von der Verstaatlichung von Stromversorgern und Banken als „erstem Schritt zum Sozialismus“ ohne Notiz im Verfassungsschutzbericht phantasieren können, ganz so, als ob der Sozialismus diesem Land noch kein Unheil gebracht hätte.

Es ist schon frappierend, mit welch unterschiedlichem Maß in diesem Land gemessen wird. Faschismus und Sozialismus sind gleichermaßen abstoßend. Jede Gruppe, die einer anderen über kurz oder lang ihre Freiheit nehmen will, muss rechtzeitig gestoppt werden können. Dafür bedarf es eines Verfassungsschutzes, der Derartiges im Blick hat, um Auswüchse sofort erkennen und stoppen zu können.

Ehre als Recht des Stärkeren

Von Hans Heckel

Beklemmung löst die WDR-Fernsehdokumentation „Kampf im Klassenzimmer“ (siehe Seite 2) aus, Beklemmung und Wut: In der Essener Hauptschule ist das beflissene Konzept der bedingungslosen Integrationsangebote, die in den Immigranten immerfort nur die Opfer von deutscher Ignoranz und einheimischem Rassismus sehen wollen, krachend gescheitert.

Ausbaden müssen es zunächst die deutschen Hauptschüler, die sich als unterdrückte Minderheit im eigenen Land mit geducktem Haupt durch ihre Schule stehlen müssen. Ausbaden muss es am Ende ganz Deutschland, denn was hier heranwächst, prägt mehr und mehr unseren Alltag in der Zukunft. Die Beteuerung, radikaler Islam sei das Phänomen einer kleinen Minderheit, die Mehrheit der Muslime in Deutschland sei tolerant, diese Beteuerung hat an Glaubwürdigkeit verloren nach dem, was Nicola Graef und Güner Balci ins Licht gesetzt haben.

Erstaunlich ist nicht nur, wie fanatisch die jungen Muslime ihre Religion und die Verachtung alles anderen leben. Aufschlussreich ist auch, wie heftig einige arabische Mädchen unter Druck aus den eigenen Reihen geraten sind, nachdem sie freimütig über ihr Leben berichteten. Die Jungs waren offenbar empört, dass die Mädchen Wahrheiten preisgegeben hatten, die nicht für die (deutsche) Außenwelt bestimmt waren. Sind 15- oder 16-Jährige von sich aus in der Lage, diese messerscharfe Trennung zwischen innerer Wahrheit und nach außen getragener Propaganda zu entwickeln? Kaum zu glauben. Vielmehr muss sie jemand instruiert haben, jemand, dessen tägliches Geschäft es ist, den deutschen Nicht-Muslimen Sand in die Augen zu streuen, während er nach innen das harte Regiment des fundamentalistischen Islam durchpaukt.

> Werden die muslimischen Jungs gesteuert?

Beklemmend ist auch die Hilflosigkeit, mit welcher deutsche Schüler wie Lehrer auf die Zumutungen reagieren, etwa, wenn es um den schillernderen Begriff der Ehre geht. Meist fällt uns dazu nicht mehr ein, als auf Frauenrechte oder Gewaltlosigkeit, „Dialog“ eben, zu pochen. Haben wir denn keinen eigenen Ehrbegriff mehr, den wir im Unterschied zu jenem Kurden durchaus mit Inhalt füllen können? Und ob: Wenn ein Stärkerer einen Schwächeren schlägt, wenn gar eine ganze Sippe auf einen einzigen losgeht, dann nennen wir das seit altersher ehrlos und feige. Darauf kamen selbst die besonnenen deutschen Schüler aus Essen nicht.

Man kann es ihnen nicht vorwerfen. Doch liegt die mangelnde Integrationskraft der Deutschen nicht auch an ihrem Mangel an Selbstgewissheit über sich und ihre Kultur? Die jungen Essener hatten nichts als ihr bloßes Menschsein („Deutsche sind doch auch Menschen!“), worauf sie sich berufen konnten.



Dreiklassensystem: Die muslimischen Mädchen stellen in der Essener Hauptschule eine eigene Gruppe. In der Hierarchie stehen sie zwischen den dominierenden muslimischen Jungs und den deutschen Schülern ganz unten.

Bild: ARD/Lona*media

Gastkommentar



Auf medialem Glatteis ausgerutscht

Von Philip Baugut

Unsere Demokratie krankt an Politikverdrossenheit. Schleichend hat sie sich wie ein Geschwür ausgebreitet. Obwohl die Diagnose schon lange steht, ist bislang keine überzeugende Therapie erkennbar. Immer neue Tiefststände der Wahlbeteiligung werden von Parteien und Medien zwar mit Bedauern, aber letztlich schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Mehr noch: Im Bundestagswahlkampf arbeitete die Union gezielt auf eine niedrige Wahlbeteiligung hin, indem sie kaum Zündstoff bot. Tatsächlich blieben am Wahltag mehr potenzielle SPD-Wähler als Unionsanhänger zu Hause. Eine präsidiale und innerparteilich unangefochtene Kanzlerin schien für diese asymmetrische Demobilisierungs-Strategie wie gemacht. Im Schlafwagen fuhr Merkel in die zweite Amtszeit, die niedrigste Wahlbeteiligung in der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte rüttelte sie nicht wach.

Die Unzufriedenheit im Land äußert sich nicht nur in geringer Wahlbeteiligung, sondern auch in den Einstellungen gegenüber der Politik. Koalitionsparteien verlieren schon kurz nach Regierungsantritt dramatisch an Zustimmung, der Beruf des Politikers rangiert im Ansehen ganz unten, der Politikbetrieb gilt als schmutziges und überbezahltes Haifischbecken. Die Unzufriedenheit mit dem gesamten politischen System gipfelt in dem geschichtsvergessenen Wunsch von nahezu jedem fünften Deutschen, der die Mauer zurück will. Nicht minder erschreckend: In einem sozialistischen Staat zu leben, kann sich jeder vierte Ost- und Westdeutsche vorstellen. Darüber sollten sich die politisch Verantwortlichen intensiv Gedanken machen, zumal die Wirtschaftskrise populistischen Rattenfängern das Leben leichter macht.

> Politik verkommt auch wegen der Medien zur Unterhaltungsindustrie

Um ein vielschichtiges Problem wie Politikverdrossenheit zu lösen, müssen zunächst dessen Ursachen geklärt werden. Dabei sind die Massenmedien unter die Lupe zu nehmen, da diese unser politisches Weltbild maßgeblich formen. Wer kann schon politisches Handeln ungefiltert beobachten, wer kennt Politiker persönlich? In unserer Mediendemokratie sorgen Journalisten für den Zugang zur Politik, die dadurch beeinflusst wird. Vieles tun Politiker nur, weil es die Medien gibt und sie Journalisten für den Transport ihrer Botschaften brauchen. Deshalb gilt: Die Politik ist so, wie sie ist, weil die Medien so sind, wie sie sind. Die Politik muss sich den Spielregeln der Medien anpassen – und droht dabei zur oberflächlichen Unterhaltungsindustrie zu verkommen.

Konflikte sind immer unterhaltsam, doch die Deutschen schätzen politischen Streit nicht sonderlich. Die Mühlen der Regierung sollen geräuschlos mahlen, die Parteien sich vertragen. Innerparteiliche Geschlossenheit gilt als unabdingbare Voraussetzung für Wahlerfolg. Dieses Harmoniebedürfnis stößt aber auf Massenmedien, die von Konflikten leben, diese unaufhörlich suchen, provozieren, bisweilen sogar erfinden. Das ist insofern verständlich, als sich Streit bestens personalisieren und verkaufen lässt. Wer beim neuen Koalitionszoff mit wem streitet und womöglich seinen Hut nehmen muss, weil er auch innerparteilich unter Druck steht, solche Fragen werden in Berlin gern diskutiert. Um welche Sache es dabei geht, ist nicht entscheidend. Für die Relevanz einer Kontroverse ist der Streitsüchtige blind.

Angesichts des Sprengstoffs, den Koalitionsverhandlungen bieten, ist verständlich, warum dabei Streitthemen mit Samthandschuhen angefasst werden. Hätten sich Union und FDP gleich nach der Wahl auf Details einer Gesundheitsreform verständigt, wäre ein medial befeuerter Streit entbrannt, den sich die angehende Regierung nicht leisten konnte. Auch in der Steuerpolitik verhinderte die Sorge um das öffentliche Erscheinungsbild konkrete Festlegungen. So muss die Bundesregierung nun mühsam jene Verhandlungen nachholen, die sie aus Furcht vor dem medialen Trommelfeuer vertagte. Für die verheerende Unschärfe des Koalitionsvertrags sind freilich vor allem Union und FDP verantwortlich, doch wäre der Ruf dieser Regierung schon vor ihrem Antritt ruiniert gewesen, wenn sie wesentlich länger und kontroverser verhandelt hätte.

Dass die Zustimmung zu Regierungsparteien meist schon kurz nach der Wahl abnimmt und in Enttäuschung umschlägt, ist auch der Versuchung vollmundiger Versprechen geschuldet. Diese werden mit umso mehr Aufmerksamkeit belohnt, je spektakulärer sie sind. Der von der Linkspartei geforderte Mindestlohn muss daher über dem der SPD liegen, wenn die Stimme der Partei im Konzert der Wahlkämpfer hörbar sein soll. Freilich ist die politische Klasse selbst schuld, wenn sie auf dem medialen Glatteis ausrutscht und unhaltbare Versprechungen macht. Doch es gelten mildernde Umstände, weil Politiker in der Mediendemokratie ständig mit Problemen konfrontiert werden, auf die sie Antworten geben sollen. Ob beim Klimawandel oder bei der Regulierung der Finanzmärkte – in vielen Bereichen ist die nationale Politik relativ machtlos. Anstatt dies einzugestehen und die begrenzten Handlungsspielräume zu erläutern, wird für die Medien symbolische Politik gemacht. So suggeriert man die Lösung von Problemen, bis enttäuschte Erwartungen die üblichen Vorurteile gegenüber Politikern bestätigen.

> Konflikte werden von den Medien personalisiert, es fehlen Sachargumente

Gerade mit der Art, wie sie politisches Handeln erklären, können Medien zur Politikverdrossenheit beitragen. Meist führen sie Entscheidungen auf persönliche Motive und Eitelkeiten der Politiker zurück. Darüber lässt sich mühelos und anschaulich spekulieren. Ausgeblendet wird dabei das enge Korsett aus Verpflichtungen und Zwängen, in dem die Skandalisierten häufig stecken. So entsteht das Bild egoistischer Politiker, die persönliche Interessen über das Gemeinwohl stellen. Es hat verheerende Folgen, wenn jede Diätenerhöhung als illegitime Selbstbereicherung gebrandmarkt wird und Abgeordnete aufgrund leerer Bänke im Plenum als faul gelten. Auch sollte das Fehlverhalten einzelner Abgeordneter nicht zur populären Diskreditierung der politischen Klasse führen. Daran ist die Boulevardpresse beteiligt, weil sie Politik stark personalisiert und ein Massenpublikum erreicht. Gern formt sie auf Basis von Vorurteile gegenüber Abgeordneten emotionale Geschichten. Umso überraschender, dass der Leiter der „Bild“-Parlamentsredaktion, Nikolaus Blome, die politische Klasse verteidigt. „Faul, korrupt und machtbesessen – Warum Politiker besser sind als ihr Ruf“, heißt sein Buch.

Unter wachsendem wirtschaftlichen Druck stürzen sich viele Medien übermäßig auf das Negative, das Schlagzeilen verspricht. So erscheinen Bürger häufiger als Opfer der Politik denn als Nutznießer von Sozialleistungen. Dass Deutschland ein politisch stabiles und wohlhabendes Land ist, spiegelt die Berichterstattung selten wider. Wer „Panorama“, „Monitor“ und andere Politmagazine schaut, den beschleicht das Gefühl, in einem Bananenstaat zu leben. Natürlich sollen Medien Missstände anprangern. Wenn aber jede Unregelmäßigkeit skandalisiert wird, geht der Blick für die Dringlichkeit der Probleme verloren. Solange täglich eine andere Sau durchs Dorf getrieben wird, erscheint Politik als Stückwerk. So erhärtet sich der Eindruck, dass Politiker orientierungslos auf den medialen Wellen surfen.

Das Bild, das viele Medien von der Politik zeichnen, leistet der Politikverdrossenheit Vorschub. Daher gehören sie einbezogen in die Therapie gegen Politikverdrossenheit.

Zwei Altmeister der Moderne

Ausstellungen in Schleswig-Holstein würdigen das Werk von Karl Schmidt-Rottluff und Erich Heckel

In einem Gemeinschaftsprojekt machen die großen norddeutschen Kunstmuseen unter dem Titel „Expressionismus zwischen den Meeren: Die Brücke in Schleswig-Holstein“ den Einfluss deutlich, den Schleswig-Holstein auf die Entwicklung des deutschen Expressionismus genommen hat.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Werke von Karl Schmidt-Rottluff (1884–1976) und Erich Heckel (1883–1970). Beide Künstler verbrachten etliche Monate an der deutschen Ostseeküste, wo sie sich zu großartigen Arbeiten inspirieren ließen. Besonders in dem Œuvre Schmidt-Rottluffs sind Motive von diesem Küstenstrich zu finden. Die Ostseebilder, die derzeit in Lübeck zu sehen sind, stammen aus Alsen, Nidden, Hohwacht, Jershöft, Rumbke (Lebasee) sowie Sierksdorf und geben einen Einblick in das Lebenswerk des Künstlers. „Mit sich allein in der Einsamkeit der Natur fand er zu einzigartigen Bildern“, schreibt Magdalena M. Moeller, Direktorin des „Brücke“-Museums, im Katalog zur Ausstellung. Der Maler gilt heute als ein Klassiker der Moderne, als einer der Hauptvertreter des Expressionismus in Deutschland. Ursprünglich wollte er, der sich schon während seiner Schulzeit in Chemnitz durch besondere Begabung im Zeichnen hervortat, Architekt werden. So besuchte er die Technische Hochschule in Dresden. Dort rief er gemeinsam mit Erich Heckel, Fritz Bleyl und Ernst Ludwig Kirchner 1905 die Künstlergemeinschaft „Brücke“ ins Leben.

Die gemeinsame Begeisterung für die Malerei hatte die vier Studenten zusammengeführt und schon bald stießen gleichgesinnte Maler zu ihnen, darunter Max Pechstein und Otto Mueller. 1906 kam Emil Nolde dazu, der allerdings die Gruppe bald wieder verließ. Nach dem Umzug der Maler 1911 nach Berlin blieb die Gemeinschaft nur noch zwei Jahre bestehen. Bereits 1913 zerstritten sich die Freunde, und jeder begann seinen eigenen Weg zur Kunst zu suchen.

Schon während der gemeinsamen Zeit der „Brücke“ verfolgte Schmidt-Rottluff seine Ansichten von Kunst mit der ihm eigenen Ausschließlichkeit. „Das von Anfang an konsequente Beharren auf der eigenen Bildvorstellung und der eigenen Position ließ Schmidt-Rottluff auch später Werke von großer Unabhängigkeit und künstlerischer Selbständigkeit hervorbringen“, betonte Magdalena M. Moeller. „Als einzigem der ehemaligen ‚Brücke‘-Künstler gelang es ihm, die Stilmöglichkeiten des Expressionismus vollständig auszuschöpfen beziehungsweise im Spätwerk sogar noch einmal zu steigern.“ Entscheidend waren nicht nur die Monate, die Schmidt-Rottluff 1913 auf der Kurischen Nehrung verbrachte.

1909 hatte Max Pechstein das Fischerdorf Nidden für sich entdeckt, und er mag auch Schmidt-Rottluff darauf aufmerksam gemacht haben. Von Juni bis August 1913 blieb er in Ostpreußen. Beeindruckt von der unvergleichlichen Landschaft, malte Schmidt-Rottluff dort auch zum ersten Mal Akte in der freien Natur. Lebensfreude und Sinnlichkeit darzustellen gelingt ihm ebenso wie die Synthese von Ausdruck und Form.

Vor und nach dem Ersten Weltkrieg war es Hohwacht, das Schmidt-Rottluff die Motive lieferte. Nun waren es nicht mehr Akte, sondern bekleidete, statische Frauenfiguren, die er auf die Leinwand bannte. Immer aber war es die Landschaft, die ihn faszinierte. Eine „unerklärliche Sehnsucht, das zu fassen, was ich sehe und fühle, und dafür den reinsten Ausdruck zu finden“, sei es, was ihn antriebe, hat Schmidt-Rottluff einmal bekannt.

Nachdem die Künstlergruppe „Brücke“ im Mai 1913 auseinander gebrochen war, machte sich auch Erich Heckel auf, um fern von Berlin in möglichst unberührter Natur ein Refugium für sich und seine Kunst zu finden. In Osterholz an der Flensburger Förde entdeckte er schließlich sein Maler-Paradies. „Ich glaube, es ist wohl auch in meinen Arbeiten hier mehr von dem Wind und dem bewegten Büschen, den gebogenen Bäumen und dem bewölkten Himmel darin als heitere Sommerruhe, was ja zu dem eigenen Suchen und unruhigen Sehen auch besser passt“, schrieb er 1913 an einen Freund. Bis in die 1930er Jahre zog er in den Sommermonaten an die Förde, um zu malen. Heute zählt Heckel wie Schmidt-Rottluff zu den Altmeistern der Moderne und hat ein Werk von ausgeprägter Individualität hinterlassen. *Silke Osman*

Bis 5. September sind in Lübeck Karl Schmidt-Rottluffs „Ostseebilder“ zu sehen. Im Museum Behnhaus Drägerhaus, Königstraße 9–11, sind Werke ausgestellt, die er bis in die 1940er Jahre hinein schuf, die Kunsthalle St. Annen zeigt seine Sierksdorfer Motive der Nachkriegszeit (dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr), Katalog Hirmer Verlag, München 2010, 264 Seiten, gebunden, 39,90 Euro.

Bis 29. August wird unter dem Titel „Aufbruch und Tradition“ eine große Retrospektive mit Werken von Erich Heckel in der Reithalle des Schlosses Gottorf präsentiert. Katalog Hirmer Verlag, München 2010, 326 Seiten, gebunden, 39,90 Euro.



Maler der „Brücke“: Karl Schmidt-Rottluff (Nehrungslandschaft, 1913) und Erich Heckel (Küstenlandschaft, 1913) waren fasziniert von der Landschaft an der Ostsee. Bild: Hirmer Verlag

In Kürze



Meissen: Mandarinente von Max Esser (1919) Bild: Bröhan-Museum

Wunderschönes Meissen

Mit der Kabinettausstellung „Merci Meissen. Jugendstil- und Art Deco-Porzellan“ gratuliert das Berliner Bröhan-Museum der ältesten Porzellan-Manufaktur in Europa, der Königlichen, nach 1918 Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen, zum 300-jährigen Bestehen. In der rund 60 Objekte umfassenden Schau aus eigenem Bestand wird speziell die Zeit des Jugendstil und Art Deco in Meissen gewürdigt. Die Kabinettausstellung wird in der Dauerausstellung durch weitere Arbeiten der bedeutendsten Porzellan-Manufakturen dieser Epoche ergänzt, so dass das Bröhan-Museum im „Porzellanjahr“ 2010 einen umfangreichen Überblick über die Porzellankunst zwischen 1900 und den 1930er Jahren zeigen kann. Die für den Jugendstil typische organische Formensprache zeigte sich auch in den Meissener Servicen und Vasen. Gefäßformen und Dekoration wurden dabei in Bezug zueinander gebracht, wobei Anregungen aus dem ostasiatischen Raum umgesetzt wurden. *PAZ*

Die Ausstellung im Bröhan-Museum am Charlottenburger Schloss ist bis zum 3. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 6/4 Euro.

Archäologen im Visier

In Makedonien verschwinden bei Ausgrabungen Kunstgegenstände

Das kleine Makedonien ist voll großer Geschichte, gestaltet binnen 4000 Jahren von bronzezeitlichen Ursiedlern, makedonischen Herrschern wie Philipp und Alexander, römischen Eroberern, christlichen Kirchenvätern wie dem Apostel Paulus, byzantinischer Hochkultur, makedonischen und serbischen Zaren wie Samuil und Duschan und schließlich von Osmanen, die vom 14. bis zum frühen 20. Jahrhundert Makedonien als „goldenen Apfel“ ihres Imperiums festhielten.

Die Spuren dieser wechselvollen Historie liegen in rund 4300 „archäologischen Lokalitäten“, zu denen laufend neue hinzukommen, seit 2007 etwa im Dorf Taor im Norden, wo Taurisium ausgegraben wird, der Geburtsort von Justinian, im 6. Jahrhundert der erste Slave auf dem römischen Kaiserthron.

Makedonische Archäologen leiden keinen Mangel an heimischen und ausländischen Aufträgen, sind aber schlecht bezahlt, ungenügend versichert und nur selten vertraglich abgesichert. 400 von ihnen arbeiten derzeit „schwarz“, weil sie keine reguläre Anstellung bekamen.

Nach einjähriger Fahndung hat die Polizei jetzt die Aktion „Phalanx“, benannt nach der Elitetruppe Alexanders des Großen, gestartet und 51 Verdächtige in acht Städten verhaftet und 29 in Untersuchungshaft genommen. Bei ihnen wurden Tausende Kunstgegenstände gefunden, datierend vom 8. vorchristlichen bis zum 14. nachchristlichen Jahrhundert: 3000 Münzen, 300 Bronzewaffen, 160 Schmuckstükke, 20 Skulpturen, zahlreiche Gefäße und dutzende Ikonen.

In einer Skopjer Kaserne kann die Öffentlichkeit die Funde bestaunen, während sich Experten noch wochenlang um ihre Bewertung mühen werden. Es geht um Riesensummen: Bei einem Verdächtigen wurde ein Scheck der Deutschen Bank über

> Die Polizei greift jetzt rigoros durch

zwei Millionen Euro gefunden, und im Londoner Auktionshaus Sotheby's sind „Zwillinge“ makedonischer Statuen für 60 000 und mehr Euro veräußert worden.

Innenministerin Gordana Jankulovska und ihre Polizeioffiziere sind berechtigt stolz auf den Erfolg von „Phalanx“, kennen aber auch deren „Pferdefüße“. Die meisten makedonischen Kunstwerke, die in Sofia und Belgrad aufgespürt wurden, sind ganz legal dorthin gelangt, nachdem Makedonien in beiden Weltkriegen zu Bulgarien und in der Zeit dazwischen zu Serbien gehört hatte. Dass das Britische Museum seit Jahrzehnten die „makedonischen Bronzen“ und Statuen aus der makedonischen Ausgrabungsstätte Heraclea besitzt, dürfte rechtlich korrekt sein. Aber wäre es auch illegal – die Makedonen hätten das Nachsehen. Sie wissen im Grunde nicht, welche Schätze verschwanden und welche sie zurückholen könnten.

Erst 1956 begann man, die eigenen Kunstwerke zu erfassen, kam aber über ein Verzeichnis der 25 000 Ikonen von den Anfängen bis zum 17. Jahrhundert nicht hinaus. Erst 2004 signierte Makedonien die Unesco-Konvention, die die „Restitution“ von bis 1992 geraubten Kunstwerken regelt. Fürsorge für nationale Kunstwerke sieht anders aus.

Das wird nun anders. „Phalanx“ hat neben geraubten Kunstschätzen auch das ganze Instrumentarium gefunden, das organisierte Kriminelle im Feld der Archäologie benötigen: Detektoren, topographische Karten, Fachbücher, numismatische Kataloge und anderes mehr. Das besondere Interesse der Fahnder erweckten Fotos von archäologischen Funden, die wohl als nächste geraubt werden sollten. Das will die Polizei verhindern, indem sie die abgebildeten „archäologischen Lokalitäten“ möglichst rasch identifiziert. Dann kann sie auch die „Kanäle“ versperren, über die die Beute ins Ausland verschwand. *Wolf Oschlies*

Deutsche Schicksale

Georg-Büchner-Preis für Reinhard Jirgl – Vertreibung thematisiert

Der Schriftsteller Reinhard Jirgl, dem am 9. Juli der Darmstädter „Georg-Büchner-Preis“ zugesprochen wurde, war im Jahr des Mauerfalls, 1989, ein noch völlig unbekannter Autor. Dabei hatte er damals bereits sechs Romane geschrieben, die aber alle ungedruckt in der Schublade lagen, weil sie vom Ost-Berliner Aufbau-Verlag aus politischen Gründen abgelehnt worden waren. Eines dieser verbotenen Manuskripte, der „Mutter Vater Roman“, erschien dann 1990 just in diesem Verlag, der die Veröffentlichung noch 1985 „wegen unmarxistischer Geschichtsauffassung“ als unzumutbar zurückgewiesen hatte.

Dieses frühe Verbot seiner Texte ist eine der Merkwürdigkeiten, die das Leben dieses zunehmend erfolgreicher auftretenden Autors umgeben. Die zweite ist sein für Mitteldeutschland ganz untypischer Nachname, der zunächst vermuten lässt, er wäre vielleicht ein Nachfahre von Salzburger Emigranten, die 1732 in Ostpreußen eingewandert und 1945 von dort vertrieben worden waren, zumal er in seinen Romanen auch ostpreußische Schicksale aufgreift. Dass er der Sohn sudetendeutscher Aussiedler ist, das lässt sich nur aus dem Dutzend Bücher erschließen, die zwischen 1990 und 2009 von ihm erschienen sind. Geboren ist er am 16. Januar 1953 in Ost-Berlin, wo seine Eltern lebten, aufgewachsen aber bis 1964 bei den Großeltern in Salzwedel/Altmark, bevor er dann zu den Eltern zurückkehrte, das Abitur ablegte und 1971 bis 1975 Elektronik an der Humboldt-Universität studierte. Nebenbei war er aktives Mitglied im Köpenicker Lyrikseminar, wo er für seine Entwicklung als Schriftsteller entscheidende Impulse empfing. Sein Studium



Reinhard Jirgl Bild: ddp

schloss er mit dem Titel eines Hochschulingenieurs ab und bis 1996 arbeitete er als Beleuchtungstechniker an der Berliner Volksbühne, wo der von ihm verehrte Dramatiker und Dramaturg Heiner Müller (1929–1995) wirkte.

Der literarische Durchbruch für den nachgeborenen Sudetendeutschen kam 1995 mit dem Roman „Abschied von den Feinden“ im Münchner Hanser-Verlag. Für das noch ungedruckte Manuskript war er schon 1993 mit dem „Alfred-Döblin-Preis“ ausgezeichnet worden wie 1991 mit dem „Anna-Seghers-Preis“. Weitere Auszeichnungen waren der hochdotierte „Joseph-Breitbach-Preis“ (1999), der „Bremer Literaturpreis“ (2006) und der „Lion-Feuchtwanger-Preis“ (2009). Der Darmstädter „Georg-Büchner-Preis“, begründet 1923 und heute verliehen von der „Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung“, ist der unter deutschen Autoren angesehenste Literaturpreis.

Reinhard Jirgl, acht Jahre nach Kriegsende geboren, hat Flucht, Vertreibung, Aussiedlung von Eltern und Großeltern aus Komotau in Nordböhmen nicht selbst erlebt, aber er schreibt darüber. In seinen Romanen „Die Unvollendeten“ (2003) und „Die Stille“ (2009) kommt er immer wieder auf das offensichtlich einschneidende Erlebnis in der Familiengeschichte zu sprechen. So schildert der von der Vergangenheit seiner Vorfahren erfüllte Autor im Roman „Die Unvollendeten“ die Aussiedlung vierer Frauen (der Großmutter, zweier Töchter, einer Enkelin) aus Böhmen nach Sachsen-Anhalt im Spätsommer 1945 und im Roman „Die Stille“ das Schicksal der ostpreußischen Familie Schneidereit. Reinhard Jirgl steht jetzt mit dem „Georg-Büchner-Preis“ in einer Reihe mit Carl Zuckmayer (1929), Anna Seghers (1947), Gottfried Benn (1951), Wolfgang Koeppen (1962), Günter Grass (1965) und Heinrich Böll (1967). *J. B. Bilke*

»Mutter aller Schlachten«

Für den irakischen Diktator Saddam Hussein war er die Mutter aller Schlachten, für seine verbündeten Gegner ein Feldzug für die Freiheit. Vor 20 Jahren begann er. Die Rede ist vom Zweiten Golfkrieg, in dessen Verlauf die irakische Armee Kuwait besetzte und eine von den Vereinigten Staaten von Amerika angeführte Koalitionsstreitmacht die Invasoren wieder vertrieb und bis vor die Tore Bagdads vordrang.

Während des in den Jahren 1980 bis 1988 gegen den Iran geführten Ersten Golfkrieges hatte der Irak erhebliche ökonomische und militärische Hilfen von seinen arabischen Nachbarländern, den USA und mehreren europäischen Staaten erhalten. Um seine dadurch entstandenen Auslandsschulden zu tilgen, reduzierte die irakische Regierung die Ölförderung, um so den Ölpreis in die Höhe treiben und wieder „flüssig“ zu werden. Im Juni 1990 warf Saddam Hussein Kuweit vor, weit mehr als die von der OECD festgelegte Erdölmenge zu fördern und so den Weltmarktpreis zu drücken. Dadurch seien seinem Land Milliardenverluste entstanden. Da die kuwaitische Regierung keine Bereitschaft zum Einlenken zeigte und sich Saddam Hussein territoriale Gewinne versprach, griffen am 2. August 100 000 irakische Soldaten das Nachbarland an. Schnell eroberten sie alle wichtigen strategischen Positionen und vertrieben die kuwaitische Herrscherfamilie.

Schon wenige Stunden nach dem Überfall verlangte der UN-Sicherheitsrat den Rückzug der irakischen Truppen und verhängte Wirtschaftssanktionen gegen den Aggressor. Obwohl die USA kein Verteidigungs- oder Sicherheitsabkommen mit Kuwait geschlossen hatten, stellten die damals von

Nach drei Tagen war Kuwait befreit

Präsident George Bush senior geführte einzig verbliebene Supermacht sich sogleich auf die Seite des Angegriffenen und bereiteten eine multinationale „insgesamt defensive Militäraktion“ vor. Am 15. Januar 1991 lief das UN-Ultimatum zur Räumung Kuwaits ab, und kaum 24 Stunden später eröffnete die Allianz mit massiven Luftschlägen die Operation „Desert Storm“. Da Saddam Hussein trotz hoher Verluste und Zerstörungen ein weiteres Ultimatum verstreichen ließ, marschierten am 24. Februar unter dem Kommando des US-Generals Norman Schwartzkopf fast 700 000 alliierte Soldaten in Kuwait ein.

Die Kriegskoalition umfasste 34 Staaten aus aller Welt. Da ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland zu diesem Zeitpunkt noch undenkbar war, leistete die Bundesrepublik „lediglich“ finanzielle Hilfe in Milliardenhöhe und stellte Kriegsmaterial zur Verfügung.

Innerhalb von nur drei Tagen gelang es den Verbündeten, Kuwait zu befreien und die irakischen Truppen weit auf deren eigenes Territorium zurückzudrängen und schließlich zu zerschlagen. Am 3. März wurde zwischen beiden Seiten ein Waffenstillstand vereinbart, der am 12. April in Kraft trat. Während der Kampfhandlungen waren 378 alliierte Soldaten, über 100 000 irakische Soldaten und trotz „chirurgischer Luftschläge“ mit modernsten Präzisionswaffen mehrere Tausend Zivilisten ums Leben gekommen.

Das alles spielte sich quasi in den Wohnzimmern der Welt ab, denn der Krieg wurde – allerdings selektiv – in allen Phasen live im Fernsehen übertragen. So war „Desert Storm“ nicht nur militärisch, sondern auch medial ein Meisterstück. *Jan Heitmann*

Der »italienische Bismarck«

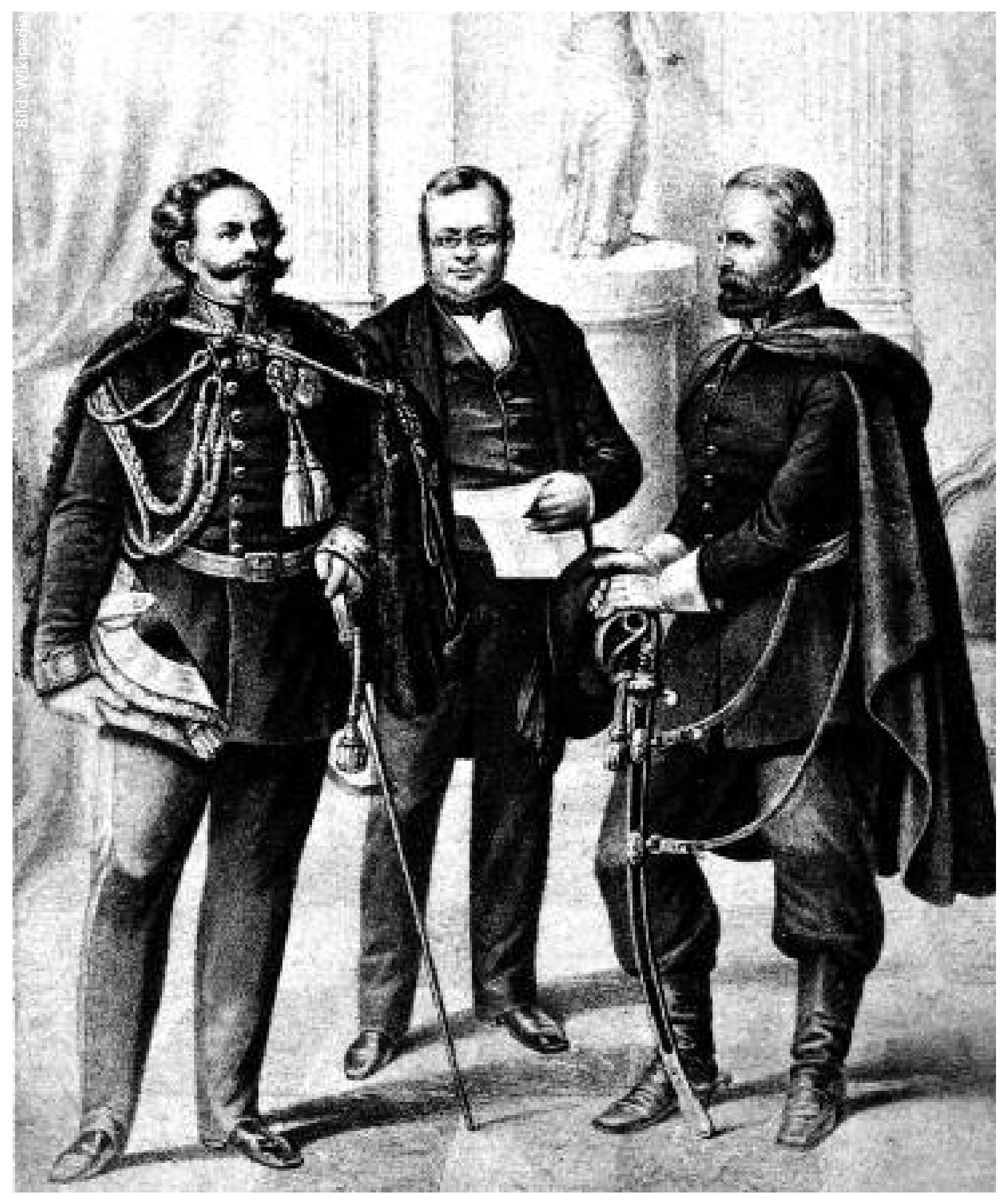
Zwischen Cavour und dem Eisernen Kanzler gibt es bemerkenswerte Ähnlichkeiten

Camillo Benso von Cavour und Otto von Bismarck waren beide Ministerpräsidenten. Beide dienten Herrschern, die weniger bedeutend waren als sie und die ihnen realtiv viel Gestaltungsfreiheit ließen. Beide machten ihre Staaten zu Kernstaaten eines von ihnen geschaffenen Nationalstaates. Beide machten ihren König zu dessen erstem Herrscher und wurden selber dessen erster Regierungschef. Und schließlich waren beide Realpolitiker.

Es soll Zeiten gegeben haben, da der aus dem Piemont stammende Politiker Camillo Benso Graf von Cavour dem deutschen Reichsgründer auch hierzulande an Bekanntheit weit überlegen gewesen ist. Bismarck, so wurde gesagt, sei der „deutsche Cavour“. Heute hingegen gibt es wenig Anlass, sich in Deutschland um die Bekanntheit Bismarcks zu sorgen, während Cavour allenfalls dem Italienreisenden durch die Vielzahl der dort nach ihm benannten Straßen und Plätze präsent ist.

Dabei steht das Werk Cavours hinsichtlich des historischen Ranges gleichberechtigt neben dem Bismarcks: Beide Staatsmänner führten im 19. Jahrhundert ihre vormals zersplitterte Nation zusammen, jeweils ausgehend von ihrem Staat und unter ihrem Monarchen. Der preußische König wurde Deutscher Kaiser, der König von Sardinien-Piemont König von Italien. Gilt die deutsche Reichsgründung von 1871 als das Werk Bismarcks, so ist der 1861 mit der Wahl Viktor Emanuels II. zum König von Italien entstandene Nationalstaat der Politik Cavours zu verdanken.

Spätestens im Zuge der französischen Revolution entstanden in dem seit langem aus kleineren Herrschaften bestehenden, oft dem Einfluss fremder Mächte unterworfenen Italien nationale Einheitsbestrebungen. Das unter dem Eroberer Napoleon I. entstandene „Regno d'Italia“ (Königreich Italien) hatte nur kurzzeitig Bestand. Bei der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress 1814/15 wurde Italien wieder als „geographischer Begriff“, um es mit dem Kongresspräsidenten Clemens von Metternich zu sagen, und nicht als Nation behandelt. Ähnlich wie Deutschland wurde Italien zwischen diversen Landesherren aufgeteilt. Während die deutschen Staaten jedoch wenigstens in der Regel Herrscherhäuser deutscher Herkunft und den „Deutschen Bund“ als einigendes Band hatten, war das auf dem Stiefel anders. Dort



Cavour (Mitte) mit Viktor Emanuel II. (links) und Garibaldi Bild: interfoto

dominierten im Norden die Habsburger und im Süden die Bourbonen.

Das Königreich Sardinien-Piemont stellte hier mit seinem Herrscherhaus Savoyen eine Ausnahme dar. In der Hauptstadt Turin war am 10. August 1810 Camillo Benso Conte di Cavour geboren worden. Sein Vater sollte es hier später zum Polizeichef und Bürgermeister bringen. Camillo Cavour war eigentlich für eine Offizierslaufbahn vorgesehen, verließ aber bereits als 21-Jähriger die Armee. Er wirkte bei der Verwaltung der väterlichen Güter mit, beschäftigte sich aber vor allem mit historischen und ökonomischen Studien. Cavour entwickelte sich zu einem von liberalem Gedankengut geprägten, modernen Land-Unternehmer, der über Agrarreformen und Freihandel publizierte, sich aber auch um die Ausbildung seiner Leute sorgte.

Cavour konnte verfolgen, wie sich in ganz Italien der Wunsch nach einer Einigung bei gleichzeitiger Abschüttelung der Fremdherrschaft sowie Forderungen nach Verfassungen zeigten. Sichtbar wurden diese in einer Vielzahl von publizistischen Initiativen, vor allem aber durch Unruhen und Aufstände. Die Vorstellungen der vereinzelt agierenden Gruppierungen gingen jedoch weit auseinander. So waren die Ziele der radikalen Anhänger Giuseppe Mazzinis nur schwer in Einklang zu bringen mit den Vorstellungen der Gemäßigten, zu denen beispielsweise Vincenzo Gioberti zählte, dem ein geeinigtes Italien unter der Oberhoheit des Papstes vorschwebte.

Verschiedene italienische Monarchen sahen sich schließlich veranlasst, mehr Freiheiten und Rechte zu gewähren. So wurde in Sardinien-Piemont 1848 mit dem nach dem damaligen König Karl Albert benannten „Statuto Albertino“, eine nicht nur von Cavour vehement geforderte Verfassung erlassen. Bereits im Jahr zuvor war er als Mitbegründer der Zeitschrift „Il Risorgimento“ (Die Wiederauferstehung), die der ganzen Epoche (1815–1870) ihren Namen geben sollte, in die politische Diskussion eingetreten. Als Parlamentarier profilierte sich Cavour bei der Verteidigung der Pressefreiheit und beim Einsatz für die Abschaffung kirchlicher Privilegien. Er selbst verstand sich nicht als Revolutionär, sondern als zeitgemäßer Reformer. 1850 wurde er Minister für Landwirtschaft und Handel, 1852 Ministerpräsident. Unter ihm erfolgte eine massive wirtschaftliche Modernisierung des Landes. Ein Motiv mag es gewesen sein, Anschluss an andere europäische Mächte zu finden, vor allem aber stand für Cavour das Bestreben im Mittelpunkt, das Königreich Sardinien-Piemont in die Lage zu versetzen, sich an die Spitze des italienischen Einigungsprozesses zu stellen.

Geschickt diplomatisch agierend, konnte Cavour den Ausgang des Krimkrieges (1853–1856), in den Piemont-Sardinien noch kurz vor Schluss auf Seiten der Sieger eingetreten war, in seinem Sinne nutzen. Den Franzosenkaiser Napoleon III. zog er auf seine Seite, so dass letztlich mit dessen Hilfe und dem auch Zweiter Italienischer Unabhängigkeitskrieg genannten Sardinischen Krieg (1859) eine deutliche Schwächung und schließlich eine Abschüttelung der österreichischen Herrschaft im nördlichen Teil des Stiefels gelang. Dem geschickten und nicht von sonderlich vielen Skrupeln bei seiner Machtpolitik geplagten Cavour gelang es, von der Befreiung Siziliens und Süditaliens von der Bourbonenherrschaft durch den legendären Giuseppe Garibaldi zu profitieren, diesen aber letztendlich politisch auszubooten. Der Zusammenschluss zu einem einigen Italien wurde durch Volksabstimmungen legitimiert.

Cavour wurde am 17. März 1861 der erste Ministerpräsident des Königreichs Italien, eines konstitutionellen Nationalstaates. Lediglich das bei Österreich verbliebene Venetien sowie Rom sollten erst später dazukommen. 1866 war Italien mit Preußen im Deutschen Krieg verbündet, nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz musste Österreich Venetien abtreten. Wie vom zweiten profitierte das Königreich auch vom dritten deutschen Reichseinigungskrieg. 1870 nutzte es den Deutsch-Französischen Krieg, um Rom, das bis dahin unter französischem Schutz vom Papst beherrscht war, zu seiner Hauptstadt zu machen.

Cavour war es nicht vergönnt, die Vollendung der Einheit des ganzen Landes zu erleben. Er war bereits am 6. Juni 1861, erst im 51. Lebensjahr stehend, in seinem Geburtsort Turin gestorben.

Erik Lommatzsch/M. R.

Allzu sehr gegen die Natur

Wie die Rote Armee in der SBZ die Moskauer Zeit einführte

Ende April 1945 hatten die Westalliierten vier Fünftel des heutigen deutschen Territoriums erobert, die Russen ganz Berlin. Am 1. Juli kam es zur Rochade: US-Truppen tauschten Sachsen und Thüringen für ein hundertfach kleineres Areal von Sektoren in Berlin ein. Kurz Zeit hielten die Sowjets sie noch von Berlin fern, aber ab Mitte Juli bezogen sie ihre Sektoren, aus denen sie noch Raum für einen französischen Sektor abgaben.

In diesem Juli-Trubel wurde stillschweigend ein Kuriosum beendet, das sich die zeitgeschichtliche Forschung bis heute kaum erklären kann: In seinem „Befehl Nr. 4“ vom 20. Mai hatte der sowjetische Stadtkommandant Nikolaj Bersarin angeordnet, „in der Stadt Berlin nach Moskauer Zeit zu arbeiten (Arbeit der Geschäfte, Betriebe, Theater und so weiter)“. Moskau liegt von Berlin eine Zeitzone östlich mit zwei Stunden Zeitunterschied. In diese Zeitmessung griffen russische Sieger ein, wie Erich Kuby 1965 in seinem Buch „Die Russen in Berlin 1945“ beschrieb: „Wo die Sowjets hinkommen, wechseln die Uhren nicht nur den Besitzer, sondern sie werden auch auf Moskauer Zeit umgestellt. In einigen Bezirken wird die Ausgangssperre – zuerst von 18 bis 8 Uhr, dann von 22 bis 8 Uhr – nach Moskauer Zeit festgesetzt, was dazu führt, dass die dort wohnenden Berliner am helllichten Tag von den Straßen verschwinden müssen“.

Im Juli kam der Wechsel

Kirchenglocken sagten ihnen, wann sie wieder auftauchen durften, denn Uhren und Radios hatten ihnen die Besatzer abgenommen. Die Berliner ertrugen es gelassen, bezeugt der Historiker Norbert Podewin: In Deutschland bestand noch Sommerzeit, was die Uhrzeit-Differenz um eine Stunde minderte. Betriebe waren zerstört, Schulen geschlossen, Busse und Bahnen kamen erst langsam wieder in Fahrt. Nur in der Kultur tat sich etwas, was Bersarin in Unterredungen mit Gustaf Gründgens und anderen Künstlern angeschoben hatte: Ab 13. Mai fanden wieder Konzerte statt, kurz darauf spielten 15 Kinos und sogar einige Theater.

Der Pragmatiker Bersarin verunglückte am 16. Juni tödlich bei einem Verkehrsunfall. Seine Zeitregelung wurde in Berlin Mitte Juli aufgehoben, zugleich in den von den Amerikanern übernommenen Gebieten verspätet und chaotisch eingeführt, bekundet der Potsdamer Historiker Lutz Prieß: „Der Chef der Sowjetischen Militäradministration der Provinz Sachsen, Generalmajor Kotikov, befahl am 17. Juli die Einführung der Moskauer Zeit; diese Maßnahme hob er am 28. September wieder auf. Ebenso befahl der Chef von Brandenburg am 28. September den Übergang zur Berliner Zeit. Ein vorhergehender Befehl zur Einführung der Moskauer Zeit ist nicht bekannt.“

Gleichschaltung bis zur Uhrzeit

In Dresden lebte damals Viktor Klemperer, der große Analytiker der NS-„Sprache“, der dieses Chaos mit erlitt und in seinen Tagebüchern beschrieb: „Seit gestern Abend Moskauer Zeit. Die Russenzeit ist allzu sehr gegen die Natur, wir gehen zu spät schlafen und stehen zu spät und unausgeschlafen auf.“

Norbert Podewin glaubt, dass die Moskauer Zeit deshalb eingeführt wurde, weil sich jeder Militär permanent mit Moskau abstimmen musste. Ähnlich meint Peter Jahn, langjähriger Leiter des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst, dass diese Regelung bei allen Truppenteilen, auch den in Polen, der Tschechoslowakei und anderswo stationierten, für ein Minimum an Ordnung sorgen sollte, gerade im Umgang mit den besiegten Deutschen. Aber viel half es nicht: Der Schwarze Markt hatte die Moral der Rotarmisten derart unterhöhlt, dass man sie massenhaft aus Berlin heraus und in abgelegene Gegenden verlegte. Berlin trauerte den „Frau-komm“-Vergewaltigern und „Uri-Uri“-Dieben nicht nach. Nur Bersarin bleibt in vergleichsweise gutem Andenken: Er war zu DDR-Zeiten Ehrenbürger und ist es im vereinten Berlin wieder. *Wolf Oschlies*

Findbuch für Kriegsgefangene

Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1941–1956“ lautet der Titel einer neuen Publikation, die zum ersten Mal ausschließlich die Originalunterlagen der sowjetischen Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI) verwendet. Insgesamt handelt es sich um über 6000 Standortangaben zu Lagern, Arbeitsbataillonen und Friedhöfen. Zusätzlich werden erstmals in numerischer Reihenfolge auch über 5000 frontnahe Lagerstandorte verzeichnet.

Das Findbuch ist ein Gemeinschaftswerk von russischen Archiven sowie der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes sowie dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Es wurde im Rahmen des vom Bundesministerium des Inneren sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderten Forschungsprojektes der Dokumentationsstelle „Sowjetische und Deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“ erarbeitet. *PAZ*

Aufbruch in die Lüge

Um den »gefährlichen deutschen Geist« auszurotten, warb Moskau mit falschen Versprechungen um Neusiedler

Vor 65 Jahren begann der Anfang vom Ende der deutschen Stadt Königsberg. Aber nicht nur die verbliebenen Deutschen erlebten die nächsten drei Jahre als Hölle auf Erden; auch für die angeworbenen russischen Neusiedler erwies sich die im Krieg zerstörte Stadt nicht als das versprochene Paradies.

„Noch an den Gebäuderesten konnte man sehen, wie schön die Stadt vor dem Krieg gewesen war. Gepflasterte Straßen gingen im Grün der Bäume unter ... Mein Herz klopfte nicht, sondern schlug rasend. Alles um mich herum war interessant, unbekannt und ein wenig erschreckend.“ So beschrieb Anna Andrejewna Kopylowa Ende der 90er Jahre russischen Historikern ihre Ankunft in Königsberg. Zu Zehntausenden wurden Russen von 1945 bis 1948 in die zu dem Zeitpunkt noch offiziell zu Deutschland gehörende Stadt transportiert. Zug um Zug erreichte die ostpreußische Hauptstadt und entließ angeworbene Neusiedler in ein neues Leben in der von den Kämpfen des Zweiten Weltkrieges zerstörten Region.

Die Sowjetunion hatte das nördliche Ostpreußen als Kriegsbeute militärisch erobert und wollte sich der deutschen Stadt, die 1946 wie fast alle Orte des russisch verwalteten Teils ihren heutigen russischen Namen erhielt, nun auch zivilisatorisch bemächtigen. Da Menschen unter Josef Stalin auch Manövriermasse im strategischen Machtspiel des Kreml waren, wurden sie ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des eroberten Gebietes – das am 1. September 1945 nach sowjetischen Zählungen noch 129614 überwiegend deutsche Einwohner (Königsberg: 68014) zählte – geschickt. Obwohl Moskau schon damals eine dauerhafte russische Besiedlung des nördlichen Ostpreußens wollte, sagte man den Siedlern nicht die Wahrheit. Ihnen wurde erzählt, dass sie erst einmal nur für drei Jahre dort arbeiten sollten, ohne jedoch zu erwähnen, dass es dort kaum Arbeit gab.

„Wir kamen an einem trüben, schmutzigen, düsteren und regnerischen Tag, dem 17. Januar 1947, in Königsberg an. Man entlud den Zug an zwei Holzbaracken, dort war auch der ‚Wartesaal‘. In der Baracke drängte eine enorme Menschenmasse ... Wir saßen dort zwei oder drei Tage. Eine Unmenge an Wanzen ist mir in Erinnerung geblieben ... Nach einiger Zeit ging ich auf die Straße ... Ringsherum Stille und Ruinen ... Und mir wurde so wehmütig ums Herz. Ich kehre zurück und sage zu Mama: ‚Lass uns zurückfahren, bevor es zu spät ist.‘ Sie antwortete: ‚Wir haben doch Geld bekommen.‘“ Doch mit dem Geld konnten angeworbene Familien wie die von Alexandr Awgustowitsch Melngalw nicht viel anfangen, denn in Ostpreußen gab es fast nichts zu kaufen. Schon Nahrungsmittel waren schwer und dann auch oft nur mit Lebensmittelkarten zu bekommen. Und Wohnraum war 1947, als die meisten Neusiedler kamen, kaum noch zu haben. Die guten, noch erhaltenen Wohnungen in den zerstörten Städten des nördlichen Ostpreußens hatten sich gleich 1945 die Militärs angeeignet, von denen viele nicht zurück in ihre unterentwickelten russischen Dörfer zogen. Die Deutschen, die noch in Königsberg und dem Umland lebten, wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und mussten russischen Neusiedlern Platz machen. Da die Versorgung der Bevölkerung schlecht war, wurden Bürger der Sowjetunion offiziell bevorzugt, so dass die Sterblichkeit der Deutschen besonders hoch war und so ihre Zahl auf diese Weise reduziert wurde. Russen, die das Elend der Deutschen nicht mit ansehen konnten und die Behörden darauf ansprachen, mussten mit Strafe rechnen. So Jekaterina Maximowna Korkina. Sie hatte dem Zentralkomitee der Partei geschrieben, dass „überall hungrige deutsche Kinderchen“ rumliefen. Der Anblick sei unerträglich. Die aus sowjetischer Sicht „politische Verbrecherin“ wurde für diesen Brief



Bevölkerung ausgetauscht: Soldaten der Roten Armee gehörten zu den ersten Neusiedlern. Bild: pa/akg

Mitgefühl mit Deutschen endete in Sibirien

zu fünf Jahren Haft verurteilt, die sie erst in Königsberg und dann im sibirischen Wanino durchleiden musste.

Als die Neusiedler, denen die Anwerber ein besseres Leben versprochen hatten, in Königsberg ankamen, wurden viele gleich weiter in die ländlichen Regionen verbracht. Einige wurden auf Lastwagen geladen und irgendwo im Wald ausgesetzt. Sie ließen sich dann in den erstbesten noch freien deutschen Häusern nieder und versuchten sich in der Landwirtschaft. Doch waren viele völlig überfordert. Zwar war häufig alles Werkzeug der Vorbesitzer noch vorhanden, doch wussten die aus rückständigen russischen Dörfern stammenden Menschen oft nicht, wie sie mit Maschinen und Anlagen umgehen sollten. Beispielsweise konnten sie mit den Entwässerungsdrainagen auf den deutschen Feldern nichts anfangen und rissen sie einfach aus der Erde. All das führte dazu, dass der landwirtschaftliche Ertrag des nördlichen Ostpreußens dramatisch zurückging. Realitätsferne Befehle der Parteiführung taten ein Übriges.

„Ich wusste zunächst nicht, dass in den Kellern Deutsche wohnen. Einmal wollte ich Wasser holen und stieg über eine Leiter hinunter in den Keller. Da sehe ich, dass dort eine Familie wohnt, sie sprechen deutsch. Ich bin erschrocken, aber sie waren sehr freundlich, und ein älterer Deutscher half mir, den Eimer nach oben zu tragen“, erinnert sich Marija Dmitrijewna Maschkina und stimmt damit in den überraschend positiven Tenor der russischen Neusiedler über das deutsch-russische Zusammenleben bis zum vom Kreml angeordneten Abtransport der meisten Deutschen 1948 gen Westen ein. In den meisten der 320 Interviews, die das russische Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst 1990 bis 1991 mit Königsbergern geführt hat, berichten diese positiv über die fleißigen, freundlichen und ordentlichen Deutschen, die obwohl sie selbst nichts hatten, den Neusiedlern halfen. Wiederum berichteten viele der befragten russischen Frauen, wie sie umherziehenden deutschen Waisenkindern Essen zugesteckt haben. Aber auch über den Austausch von Rhabarberkuchenrezepten trotz Sprachbarrieren wird informiert, ohne dabei die alltäglichen Schikanen gegen Deutsche, Vergewaltigungen und brutale Überfälle zu verschweigen. Auch der gewaltsame Abtransport der Deutschen, die bis 1948 überlebt haben, hat manchen Neusiedler bewegt. „Sie wollten nicht wegfahren. Sie standen mit ihren Bündeln an der Haltestelle, warteten auf die Wagen, einige weinten. Hier war ihre Heimat, hier waren ihre Angehörigen begraben“, so Galina Pawlowna Roman. Doch die kommunistische Parteiführung kannte keine Gnade, sie wollte „den gefährlichen deutschen Geist“ ausrotten.

Dafür wurden sogar deutsch-russische Familien auseinandergerissen, denn obwohl Ehen zwischen Deutschen und Russen nicht erlaubt waren, hatten sich doch einige von ihnen zusammengetan und auch ohne Trauschein Familien gegründet.

„Es ist schwer, heute über vergangene Fehler zu sprechen ... Natürlich ist es sehr schade um das Königsschloss, um alles, was wir gedankenlos zerstört haben“, so Anna Alexjewna Bojko. „Heute müssen wir das retten, was noch in unserer Macht steht. Um so mehr, als ich das Gebiet Kaliningrad nun, nachdem ich hier mein ganzes Leben verbracht habe, als meine Heimat betrachte.“ *Rebecca Bellano*

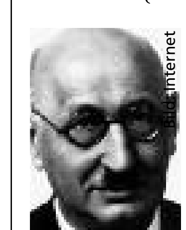
Weitere Informationen: „Eckhard Matthes (Hrsg.): Als Russe in Ostpreußen – Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945“, edition tertium, Ostfildern 1999.

Otto Brauns Vorgänger

Viele denken bei Preußen, Weimarer Zeit und SPD nur an Otto Braun. Als wenn der berühmte Königsberger vom Ende der Kaiser- bis zur NS-Zeit durchregiert hätte. Dabei wurde er erst nach und wegen dem Kapp-Lüttwitz-Putsch Ministerpräsident. Zu Anfang der Weimarer Republik stand ein anderer an der Spitze Preußens und seiner SPD: Paul Hirsch.

Der am 17. November 1868 in Prenzlau in der Uckermark geborene Schriftsteller und Journalist wurde 1908 als einer der ersten Sozialdemokraten ins Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Im Ersten Weltkrieg bemühte er sich als Chef seiner Fraktion, eine Spaltung seiner Partei über die Kriegskredite zu vermeiden. Als es dennoch zur Trennung zwischen den Flügeln kam, entschied er sich für die Mehrheitssozialdemokraten.

Als deren Vertreter übernahm er nach Ausbruch der Novemberrevolution am 12. November 1918 zusammen mit Heinrich Ströbel von den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) die Leitung der preußischen Regierungsgeschäfte. Nachdem er in seiner Eigenschaft als Innenminister den USPD-Polizeipräsidenten Emil Eichhorn am 4. Januar 1919 entlassen hatte, schied dessen Partei aus der Regierung aus und Hirsch blieb alleiniger Regierungschef Preußens. Von der am 13. März 1919 zusammengetretenen verfassunggebenden preußischen Landesversammlung wurde er in dieser Funktion bestätigt. Als Preußens Regierungschef setzte Hirsch sich für den Erhalt des mit Abstand größten deutschen Reichslandes ein, sprach sich gegen eine Unterzeichnung des Versailler Vertrages aus und unterstützte das Groß-Berlin-Gesetz, das am 1. Oktober 1920 in Kraft trat.



Paul Hirsch Bild: Internet

Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch trat Hirsch als Ministerpräsident mit seiner Regierung zurück. Er reagierte damit auf den Vorwurf, dem Putsch nicht genügend Widerstand entgegengesetzt zu haben. Es folgten für einen vormaligen Ministerpräsidenten vergleichsweise unbedeutende politische Funktionen. Das Amt des Bürgermeisters von Dortmund, das er ab 1925 bekleidete, nahmen dem Sozialdemokraten jüdischer Herkunft 1933 die Nationalsozialisten. Am 1. August 1940 starb Paul Hirsch in Berlin. *M.R.*

Hessen-Kassel verloren, aber Westfalen verteidigt

Bei Warburg gelang Friedrichs II. Verbündetem Herzog Ferdinand ein Sieg, mit dem der Besiegte leben konnte

Preußen sollte im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) eingekreist werden: vom Süden durch die österreichische Armee, von Osten durch die Russen und von Westen durch die Franzosen. Die Truppen Ludwigs XV. erlitten jedoch am 5. November 1757 eine Niederlage gegen Friedrich den Großen und auch in den folgenden beiden Kriegsjahren schafften sie es nicht, bis zur Elbe vorzurücken. 1760 riefen sie dann zum Jahr der Entscheidung aus, und sie hatten einen entscheidenden Sieg angesichts ihrer bisherigen Niederlagen im gleichzeitig laufenden Kolonialkrieg gegen die Briten auch bitter nötig.

Der fähige Marschall Victor-François de Broglie übernahm das Kommando mit dem Auftrag, das in Personalunion mit Preußens Verbündeten Großbritannien verbundene Kurfürstentum Hannover als Faustpfand für die ersehnten Friedensverhandlungen zu besetzen. Auf preußischer Seite stand Herzog Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel mit Truppen aus seinem Herzogtum, Lüneburg und der Landgrafschaft Hessen-Kassel sowie einigen britischen Einheiten. Er hatte etwa 66000 Mann zur Verfügung, sein Gegner über 100000.

Taktischer Sieg

Der Herzog erwartete den französischen Hauptangriff vom Niederrhein aus, von wo ein Korps herankam, und stieß daher nicht mit aller Kraft von Kassel aus nach Süden vor, um dort Broglie selbst anzugreifen, bevor der seine numerische Übermacht beisammen hatte. Ein Versuch, die Vereinigung der beiden französischen Heere zu vereiteln, schlug am 10. Juli im Gefecht bei Korbach fehl.

Da der Herzog nun nach Westfalen abrücken wollte, um seine dortigen Magazine zu schützen, sandte de Broglie eine Abteilung unter Louis Nicolas Victor de Félix d'Ollières los, um dem Feind den Übergang über den Fluss Diemel zu sperren. Dafür musste Warburg als Brückenkopf besetzt werden. Am 29. Juli kam Félix d'Ollières mit etwa 20000 Mann dort an und schob Vorposten über die Diemel hinaus nach Ossendorf vor. Das wurde zum Wettlauf mit den nach Nordwesten eilenden Truppen des Herzogs, denen die Franzosen in die linke Flanke zu fallen drohten.

Der Herzog entschloss sich, mit den 18000 Mann, die er vorerst beisammen hatte, Félix d'Ollières unverzüglich anzugreifen, denn hätte er gezögert, dann hätte der Feind seine ganze Übermacht zusammengezogen. Am 31. Juli kam es so zur Schlacht.

Die Franzosen standen auf dem Höhenrücken, der sich ungefähr parallel zur Diemel erstreckte, um die von Nordosten anmarschierenden Verbündeten abzufangen. Zentrale Stellung dort war der Heinberg, den die Franzosen zu besetzen versäumt hatten, und um den ab 13 Uhr der Kampf entbrannte. Auf der linken Flanke der Franzosen griffen die Lüneburger und Hessen an. Als zwei britische Regimenter Kavallerie nachrückten, begannen die Franzosen zu weichen. Der Herzog schickte weitere britische Kavallerie-Einheiten voran, um den Erfolg zum schlachtentscheidenden zu machen und weil seine Infanterie

Strategischer Rückzug

nicht schnell genug zum Nachstoß heran sein konnte. Gegenangriffe der französischen Reiter wurden zurückgeschlagen, woraufhin auch die Infanterie zu weichen begann. Einzelne Einheiten wurden eingekesselt und aufgerieben, andere gaben sich gefangen. Félix d'Ollières konnte nur noch Reste seiner Truppen über die Diemel retten, Warburg war nicht zu halten, Des Herzogs Kavallerie setzte die Verfolgung der Geschlagenen bis zum Abend fort. Die Verluste der Franzosen waren mehr als dreimal so hoch wie die ihrer Gegner.

Nun erst kam de Broglie mit der Hauptmacht heran. Ferdinand hatte taktisch gesiegt, aber nur, um seinen strategischen Rückzug nach Westfalen zu sichern. Schon vor der Schlacht war abgesprochen worden, dass die Verbündeten nach ihr Kassel räumen würden. Die Franzosen besetzten auch noch die Festung Göttingen. Und da de Broglie damit einen guten Teil des Feldzugsziels erreicht hatte, verlor er wegen der Niederlage seines Untergebenen nicht das Oberkommando.

Wie auf der Seite Frankreichs war auch für jene des Herzogs das Ergebnis ambivalent: Der Verlust Hessens wog schwer, aber dafür war Westfalen noch nicht verloren. *Bernd Rill*

Der Unfreiheit muss die Freiheit folgen, sonst handelt es sich nicht um Befreiung

Zu: „8. Mai bald Gedenktag?“ (Nr. 28)

Es grenzt schon an Sophistik, in der Kapitulation des Deutschen Reiches eine „Befreiung“ erkennen zu wollen. Sicherlich kann man sagen, dass alle braune Staatsideologie, die vielen Menschen zwangsweise auferlegt war, von uns genommen wurde, aber das ist nur eine Teilbefreiung von einem großen Übel, so wie man ein übles Geschwür endlich los wird mit der Chance einer Heilung des ganzen Körpers, in diesem Falle Heilung der Nation. Heilung gleich Befreiung tritt aber erst ein, wenn sich zum Wegkommen von Unfreiheit ein Hinzukommen von Freiheit gesellt. Diese Bedingung war in der DDR bis zur Wende nicht gegeben, in der BRD und im wiedervereinigten Deutschland zunehmend nur bedingt. Bedingt deswegen, weil wir mehr und mehr durch den Parteienstaat entmündigt werden, siehe Lissabon-Vertrag, der unser freiheitliches Grundgesetz gerade in Bezug auf die staats- und individualrechtliche Freiheit in Frage stellt. Es hat, mit wenigen Ausnahmen, nur noch keiner bemerkt.

Kant hat die Freiheit in einen unauflösbaren Zusammenhang mit dem kategorischen Imperativ, einem sittlichen Imperativ, gestellt. Diesem verweigern sich die neoliberalen Strömungen in der Wirtschaft und der Parteienlandschaft zunehmend. Das innere Sittengesetz für den einzelnen Bürger sollte sich immer nach außen in den allgemeinen bürgerlichen Prinzipien einer Republik widerspiegeln, wie dies in Art. 2 Abs. 1 GG noch seinen Ausdruck fand. Der dem GG zugrundeliegende Freiheitsbegriff wird jedoch mehr und mehr von unseren Politikern, insbesondere von den Neoliberalen, pervertiert in Richtung der Finanz- und Bankenlibertinage, aber auch in Richtung von Wirtschaftsoligarchien.

Michael Wiesemann, Hitzacker

Für die Ideologie

Zu: „Beusts Volksfront“ (Nr. 27)

Die vitalen Interessen der Schüler werden hier der Ideologie der Einheitsschule für den linksgestrickten Einheitsmenschen geopfert. Auf so eine Art von CDU, die so etwas mit macht, können wir gut verzichten.

Mathias Wagener, Mannheim

Das Böse besiegen

Zu: „Strafe“ (Nr. 25)

Der aufschlussreiche Wochenrückblick führt einmal mehr zur Selbsterkenntnis, nicht aus der Geschichte gelernt zu haben, dass die Welt in der Macht dessen steht, der böse ist. Wir werden immer wieder auf die Intrigen des Bösen hereinfallen, uns zerstreiten lassen, statt geschlossen Front zu machen und das Böse mit dem Guten zu besiegen und zwar mit Jesus Christus, unserer einzigen Chance!

Wolfgang Hüttner, Baden-Baden

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Millionen Ostdeutsche flohen 1945 in Trecks westwärts: Doch auch dort fanden viele keinen Frieden. Vor allem die Sowjets verursachten noch lange über den 8. Mai hinaus Not und Elend. Bild: pa

Die Quallenmacht der Pofallas

Zu: „Die Sackgasse des ‚Gärtner-Konservatismus‘“ (Nr. 28)

Gestern standen wir kurz vor dem Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter: Dieser Artikel hätte vielleicht vor 20 Jahren noch Sinn gehabt, inzwischen ist der Gedankengang von der Realität längst überholt. Wer ernsthaft glaubt, diesen durch und durch korrumpierten Machterhaltungsverein immer noch „konservativ unterwandern“ zu können ist – Entschuldigung – ein Traumtänzer. Es dürfte in unserem Lande doch wohl kaum noch ernsthafte Nationalkonservative, Traditionsprotestanten wie -katholiken, freiheitlich Denkende und so weiter geben, die für diesen abstoßenden Club noch einen alten Hosenknopf, geschweige denn eine Wählerstimme geben. Wie lange sollte denn eine solche „Unterwanderung“ überhaupt dauern, bis sie (vielleicht) gegen die geballete Quallenmacht der Pofallas ein paar marginale Ziele erreicht? Haben wir etwa noch drei Jahrzehnte Zeit? Das ist absurd. Die einzige Chance, die von dort überhaupt noch kommen könnte, sehe ich in einer möglichst raschen Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit einer bundesweit antretenden CSU, die noch nicht so vollständig korrumpiert ist wie die Merkelunion. Was gäbe es da noch groß zu verlieren, die absolute Mehrheit in Bayern ist sowieso hinüber – aber gut 30 Prozent ohnmächtig zornbebende Nichtwähler rechts von der Mitte warten darauf, endlich von irgendjemandem abgeholt zu werden!

Rene Hoffmann, Essen

8. Mai: Feiertag für alle Beteiligten

Zu: „8. Mai bald Gedenktag?“ (Nr. 28)

Schön wäre es, wenn der 8. Mai ein Feiertag für alle damaligen Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs würde, dass die Deutschen die Gedenkfeier anlässlich dieses Datums nicht mehr mit Gram und Verbitterung betrachten, denn alle beteiligten Völker haben unter diesem Krieg gelitten und sein Ende war eine Befreiung für alle, auch wenn man gut einsehen kann, dass es für die Deutschen nicht so leicht ist, die Dinge unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Machen wir aus dem 8. Mai ein großes Fest, Symbol der Versöhnung und der Freundschaft unter den Völkern, das man in Berlin sowie in Moskau, London, Washington und Paris feiern könnte!

Linaïk Capelle, Bordeaux, Frankreich

Weiße beuten Schwarze immer noch aus

Zu: „Afrika wird armregiert“ (Nr. 27)

Während der Apartheid in der Republik Südafrika und danach verbrachte ich mehrere Jahre beruflich in Südafrika, in Südwest (Namibia), im ehemaligen Rhodesien (Simbabwe), Botswana und Mosambik. Gewiss muss man die Dinge beim Namen nennen und Herr Seitz sagt es hierzu treffend in punkto „Entwicklungshilfe“. Leider hat er das eigentliche Problem, nämlich das afrikanische Dilemma hierzu im jetzigen Neo-Kolonialismus mit all seinen Auswirkungen für die dortigen Bantu-Völker, nicht erwähnt. Mit anderen Worten: Die immense Ausbeutung der Bantu-Völker im südlichen Afrika durch die immer noch herrschenden Weißen hat sich trotz Unabhängigkeitserklärungen der jeweiligen Länder kaum verändert. Die Zulu, Xhosa, Nama, Schona und Matabelle schuften wie eh und jeh auf den Ländereien der weißen Großfarmer für einen miserablen Lohn. Trotz der Abwanderung weißer Farmer bleibt deren Farmland fest in weißer Hand. So blieb bis jetzt die Landfrage in Simbabwe ungelöst. Im westlichen Namaland in Keetmanshoop (Namibia) schwingt der weiße Baas (trotz Unabhängigkeit) nach alter Sitte noch die Peitsche, um seine Zwarten (Schwarzen) zu züchtigen nach dem Motto: Liefde is God! (Afrikaans, Liebe ist Gott!). Letztlich schlägt die Ausbeutung der weißen Monopolindustrie dem Fass den Boden aus. Diamanten, Gold, Kupfer, Kobalt, Mangan, Chrom, Uranerz und mehr werden ausgebeutet. Wirtschaftsinteressen sind vordergründig. Entsprechend wird in der Politik gekaspert. Die Bantu-Völker bleiben auf der Strecke. Das Elend kennt keine Grenzen.

Egon Klammt, Bad Salzuflen

Befreiung? Meine Mutter wurde vor meinen Augen vergewaltigt

Zu: „Gedenkort verweigert“ (Nr. 27)

Die Fraktion der CDU im Abgeordnetenhaus Berlin unter der Leitung von Michael Braun hat einen Antrag zur Errichtung eines Denkmals für die ab Frühjahr 1945 in Berlin geschändeten Frauen eingereicht, der abgelehnt wurde. Wenn Brigitte Lange von der SPD von einem „reflexhaften Antikommunismus“ bei Herrn Braun spricht, so zeugt es davon, dass sie keine Ahnung hat, wie der Kommunismus in den von den Sowjettruppen besetzten Gebieten eingeführt worden ist. Eine „empörende Unbedarftheit“, wie sie den Antrag von der CDU bezeichnete, bezieht sich wohl auf ihre eigene geschichtliche Unkenntnis.

Ich selbst habe die schreckliche Zeit von 1945 bis Ende 1947, von der heute kaum jemand von der jüngeren Generation noch etwas weiß, als 15-jähriges Mädchen in Ostpreußen erlebt. Kaum eine Frau in Ostpreußen ist verschont geblieben. Ich selbst musste erleben, wie meine Mutter vergewaltigt worden ist. Sie hat nie darüber gesprochen, auch in ihren Lebenserinnerungen nicht darüber geschrieben. Zu sehr hat sie das Geschehene belastet, das sie durch Verdrängen zu bewältigen versuchte. Meine 14-jährige Cousine ist an den Folgen zahlloser Vergewaltigungen in Königsberg gestorben.

Das liegt schon alles sehr lange zurück. Es war ein Tabuthema, weil es vielen Frauen unmöglich war, darüber zu sprechen, geschweige denn, damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Aber ist es nicht gerade deshalb ein Grund, dieses Schweigen zu brechen und der Wahrheit endlich den Weg zu bahnen? Der Wahrheit, die auch darin liegt, dass der 8. Mai 1945 nicht als „Tag der Befreiung“ angesehen werden kann, obwohl der seinerzeitige Bundespräsident Richard von Weizsäcker diesen Tag so benannte.

Was geschah denn eigentlich nach dem sogenannten „Tag der Befreiung“? Ging es den Menschen nach der bedingungslosen Kapitulation besser?

Wurden die Sieger gar mit Blumen und Hurra empfangen? Erinnert sei hier an das US Dokument ICS-1067 vom April 1945: „Deutschland wird nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt.“

Herrschte dann nicht vielmehr vielerorts eine rechtlose Zeit, ein Chaos? Durften die Bauern, sofern sie nicht als Soldat in Kriegsgefangenschaft geraten waren, auf ihren Hof zurückkehren und ihr eigenes Land wieder bestellen? Oder wurden sie als „Kapitalisten“ erschossen oder nach Sibirien zur Sklavenarbeit verschleppt? Durfte jeder in seinem eigenen Haus, in seiner eigenen Wohnung bleiben? Oder bekamen die Einwohner ganz plötzlich den Befehl, alles stehen und liegen zu lassen und, nur mit dem Nötigsten versehen, sich ein neues Obdach zu suchen? Wurden die Geschäfte wieder geöffnet und die Lebensmittelkarten und andere Marken abgeschafft, da es für alle genügend zu Essen gab? Oder begann dann das Hungern?

Das sind nur einige von vielen Fragen, die weitgehend mit „Nein!“ beantwortet werden müssen! Und zu dieser Art von „Befreiung“ gehörten auch die unzähligen Vergewaltigungen – nicht nur in Berlin – im fernen Ostpreußen war es diesbezüglich nicht weniger schlimm. Hinzu kam noch die äußere Not – der Kampf ums Überleben, die Nahrungssuche, die Typhusepidemie ab Frühjahr 1945 ohne die notwendige, sondern nur sehr dürftige ärztliche Hilfe und Versorgung.

Wie schwierig es ist, darüber zu sprechen, was unschuldige Frauen und Kinder erdulden mussten, diese oft diese Zeit nicht überlebt haben, sieht man daran, dass das vor rund zehn Jahren in Angriff genommene Zentrum gegen Vertreibungen noch immer nicht erstellt worden ist. Haben Menschen, gleich was vorher geschehen ist, nicht ein Recht darauf, ihrer eigenen Schmerzen und Verluste zu gedenken? Sind deutsche Politiker nicht souverän genug, auf eigenem Boden – in Berlin – eine Gedenkstätte für ihre Mitmenschen nach eigenen und nicht nach Vorstellungen der Siegermächte zu errichten? Ein Gedenken an das unsägliche Leid, das durch die Vertreibung über sie gekommen ist? Darf nur von der eigenen Schuld gesprochen werden? Muss nicht gleiches Recht für alle Länder gelten?

Kann eine vertrauensvolle Nachbarschaft bestehen, wenn man nicht die Wahrheit sagen darf?

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz

Politiker verletzen unsere Rechte

Zu: Leserbrief „Zum letzten Mal Merkel gewählt“ (Nr. 22)

Ich habe persönlich einen Brief an unsere Bundeskanzlerin geschrieben und ihr meine eigenen Erlebnisse am Kriegsende 1945 als 18-jährige Ostpreußin, damals wohnhaft in Neukloster bei Wismar, übermittelt. Die Engländer hatten bereits Wismar besetzt und in den Vororten stauten sich die Truppen der Roten Armee. Auf den Straßen sah man nur Russen herumlaufen, in Siegerstimmung, oft schon betrunken, sie drangen in Häuser ein und suchten nach Frauen. Wir waren nun die Beute dieser Sieger, wie ein Schriftsteller das ja schon angekündigt hatte. Es gab für uns kaum ein Versteck, diese stinkenden, betrunkenen Horden fielen über uns her. Auch alte Frauen blieben nicht verschont, es war die Hölle, unvorstellbar vor allem für Frauen, die das Glück hatten, im Westen unseres Landes zu wohnen. Dieser rechtlose Zustand dauerte wochenlang, wir versuchten uns immer zu verstecken. Alte Männer versorgten uns mit Essen und Trinken, es war kein Leben mehr, es kamen auch Selbstmordgedanken auf. Wir haben es trotzdem geschafft zu überleben, aber vergessen konnte man es nie.

Deshalb klingen die Worte unserer Kanzlerin, die zu der großen Siegesfeier nach Moskau reiste, wie ein Hohn für die Zeitzeugen. Dankesworte an die Befreier nach 60 Jahren und das für ewig von allen Deutschen. Für uns unfassbar, vor allem nach den Erlebnissen. Man kann den Politikern nur die Frage stellen, warum spricht man so viel über Verletzung der Menschenrechte, gilt das nicht für Deutsche? Oder waren wir damals alle nur „Kriegsverbrecher“ und keine Menschen?

Meine Eltern und ich kamen aus Ostpreußen, wir sind leider in der DDR geblieben. Mein Vater war Bauer, er hat alles verloren, Haus, Hof, alle Tiere und sein Land, da wohnen jetzt Russen. Er hat nicht einen Pfennig Ausgleich für seinen Besitz erhalten, das gab es in der DDR nicht. Ich selbst durfte nie über meine Erlebnisse mit den Russen spreche, es waren ja unsere Freunde. Es gab für mich dann gleich den Hinweis – ihr seid selbst schuld daran. Dass es diesen Zustand in der DDR gab, müsste unsere Kanzlerin auch noch wissen.

Ursela Maertin, Rostock

Auch Sozialministerin Özkan bedauert, dass der Transrapid nicht in Deutschland fährt

Zu: „Zur Sprengfalle mutiert“ (Nr. 17)

Nach verschiedenen berechtigten kritischen Kommentaren in der *PAZ* haben wir inzwischen nun auch eine Möglichkeit der allgemeinen Zustimmung zu einem Vorschlag von Aygül Özkan. Die neue niedersächsische Sozialministerin hat sich nämlich laut „Hamburger Abendblatt“ sehr positiv und hoffnungsvoll zu einer Anwendung der deutschen Magnet-Schnellbahn-Technologie geäußert und hat sogar konkret für eine Transrapid-Strecke geworben. „Es ist bedauerlich, dass wir aus dieser Technik noch kein Produkt gemacht haben, das hier zu erleben ist!“ Hinter der Unterstützung von Frau Özkan steht auch ein tieferer Sinn: Der Umgang mit Innovationen in unserer Gesellschaft und unserem Lande. Wenn wir forschen und entwickeln, sollten wir die gelungenen Produkt-Ergebnisse auch sinnvoll im eigenen Lande selbst anwenden und dem Ausland Sicherheit geben.

Dazu merke ich an: 1) Wir haben sehr wohl „aus dieser Technik und Technologie ein Produkt gemacht, das man erleben kann“. In Niedersachsen selbst – und zwar in Lathen im Emsland – fährt der Transrapid auf der Versuchsanlage-Emsland. Allerdings fehlt aus der Landesregierung Hannover – nach dem schrecklichen Betriebsunfall – immer noch die allgemeine Betriebserlaubnis für Besucherfahrten. Richtig ist aber, dass uns in Deutschland immer noch eine kommerzielle Anwendung im Tagesbetrieb fehlt, um auch das Ausland und die dortigen Investoren zu überzeugen. Die bisherigen Projekte sind bisher systematisch verhindert worden.

2) Wir haben aber in Shanghai eine erlebbare Transrapidstrecke im kommerziellen Tagesverkehr realisiert.

3) Wir haben anwendungsreife Patente für einen Modularen-MagnetBahn-Fahrweg (MMF), um die Investitions-Kosten maßgeblich zu reduzieren und zur Rentabilität entscheidend beizutragen.

4) Wir brauchen dringend Hilfe der Politik für das neue Projekt Brasilien, daher biete ich der Ministerin weitere Informationen und eine Erlebnis-Probefahrt auf der TVE im niedersächsischen Emsland an.

Heinz-Werner Schwarz, ehemals Geschäftsführer der ehe maligen „Magnet-Schnell-Bahn-Hamburg-Berlin-GmbH (MSB)“, Hamburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 30 – 31. Juli 2010

MELDUNGEN

Freizeitanlage am Wasser

Treuburg – Am Treuburger See entstehen eine große Sporthalle und ein Schwimmbad. Kürzlich wurde der Grundstein gelegt, der Bau dauert zwei Jahre. Es ist die zweite große Sportinvestition in Treuburg, das Gesamtvolumen der Investition wird auf 46 Millionen. Zloty (gut elf Millionen Euro) geschätzt. Damit beginnt der zweite Bauabschnitt. Das Ganze wird ein Sport- und Erholungszentrum. Am See entsteht eine Sporthalle mit Krafttrainings-Raum, Fitness-Saal, Kletterwand, einem Erholungsbereich sowie einem Hallenbad. *PAZ*

»Umweg-finanzierung«

Tilsit – Das Brüsseler „Nachbarschaftsprogramm“ weckt bei den EU-Anrainern Begehrlichkeiten, denn Vorhaben mit grenzübergreifendem Charakter werden von der Europäischen Union großzügig gefördert. So kamen die Stadtoberhäupter von Tilsit und Heilsberg auf die Idee, alljährlich ein Internationales Festival der Kirchenmusik auszurichten. Auftritte mit Posaunenchören sind in Russland bislang unbekannt. Um dieses angestrebte kulturelle Gemeinschaftswerk realisieren zu können, müsste allerdings sowohl die Tilsiter Freilichtbühne auf dem früheren Thingplatz als auch das Amphitheater in der Heilsberger Ordensburg saniert und zu ansprechenden Austragungsstätten ausgebaut werden. Auf polnischer wie russischer Seite besteht Zuversicht, dass man über den Umweg des Festivals die dafür erforderlichen Mittel erhält. *H. Dz.*

Neue Uniklinik

Bischofsburg – Das Krankenhaus in Bischofsburg bekommt eine Universitätsklinik. Vertreter des Landkreises Allenstein, die Direktion des Krankenhauses in Bischofsburg und die Vertreter der Ermländisch-Masurischen Universität haben einen Vertrag über die Einrichtung einer klinischen Abteilung für Pädiatrie und Allergologie im Kreiskrankenhaus von Bischofsburg unterschrieben. Ab Oktober werden dort Studenten der medizinischen Fakultät im dritten Studienjahr studieren können. In den neuen Abteilungen können Mitarbeiter geschult und angehende Ärzte ausgebildet werden. Die Universität hat bereits die Stelle des Chefs der neuen Universitätsklinik ausgeschrieben. Sie soll ab Ende des Jahres besetzt werden. *PAZ*

Neue Montageanlage

Königsberg – Der Autohersteller Avtotor hat eine neue Montageanlage für den aktuellen 5er und 6er von BMW in Betrieb genommen. *PAZ*

Königsbergs TU wird restauriert

Eines der schönsten Gebäude des 20. Jahrhunderts in der Pregelstadt erstrahlt in neuem Glanz



Vor der restaurierten Hauptgebäudefassade: August Gauls „Kämpfende Auerochsen“ („Die Bullen“) Bild: Tschernyschew

Das heute von der Staatlichen Technischen Universität genutzte ehemalige Landgerichtsgebäude in Königsberg wird nach historischen Unterlagen restauriert. Neben der Wiederherstellung der Fassade sind auch neue Vorlesungsräume entstanden. Die russische Denkmalschutzbehörde sieht in dem Gebäude auch einen wichtigen Anziehungspunkt für Touristen.

Das noch erhaltene Gebäude des Landgerichtsgebäudes in Königsberg gilt als eines der schönsten der Stadt aus dem 20. Jahrhundert. Im Hauptgebäude befindet sich heute die Staatliche Technische Universität, deren Geschichte im Jahre 1930 in Moskau mit der Gründung des Instituts für Fischfang und -industrie begann. Dieses russische Institut zog im Jahr 1958 nach Königsberg um. 1994 wurde es in „Kaliningrader Staatliche Technische Universität“ umbenannt.

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde die alte Wallanlage im Bereich des Hansaplatzes (dem heutigen Siegesplatz) entfernt, weil sie die Durchfahrt der Straßenbahn behinderte. Auf dem frei gewordenen Platz sollte das Landgerichtsgebäude entstehen. Zwar wurde 1913 mit dem Bau begonnen, doch verzögerte sich seine Fertigstellung wegen des Ersten Weltkriegs um einige Jahre. Das neue Gebäude im Stil des Neobarock im Zentrum von Königsberg wurde erst 1917 fertig. Die Höhe der drei Etagen wie auch die Höhe der Fenster wurde von unten nach oben kleiner. Das Gebäude war von einem nach vier Seiten abfallenden Dach gekrönt. Dieses war von einer Ballustrade umgeben, auf deren Pilaster je eine Vase angebracht war.

Zu Beginn der 30er Jahre wurde die Ostseite des Gebäudes gebaut, die an den Hansaplatz grenzte. Der Architekturstil dieses Gebäudes unterscheidet sich durch die in strengem Stil gehaltene Fassade vom ersten Teil. Es fehlen die Verzierungen des Neobarock und die Skulpturen. Das einzige, was an dem neuen Gebäude an das alte erinnert, sind die Fenster, die von unten Richtung Dach kleiner werden.

Über ein Jahr haben die Restaurierungsarbeiten an dem historisch bedeutenden Gebäude gedauert. Vor kurzem beschied der Denkmalschutz des Königsberger Gebiets bei einer auswärtigen Konferenz, an der sowohl der Auftraggeber als auch der Bauherr teilnahmen, dass die Arbeiten in guter Qualität ausgeführt worden seien, die Restaurierung aber weitergehen müsse. In einer weiteren Etappe sollen das Dach und die Fassade des Innenhofs restauriert werden.

Zuletzt wurden die Stuckarbeiten am Gebäude entsprechend der Archivunterlagen aufgearbeitet und wieder angebracht. Neben der Wiederherstellung des ursprünglichen Aussehens der Gebäudefassade entstanden im Hauptkorpus fünfzehn neue Hörsäle und ein Museumssaal. Zusätzliche Räume waren für die Universität äußerst wichtig, da der Vorlesungsbetrieb bisher in drei Schichten stattfinden musste. Die Bauarbeiten in Höhe von 60 Millionen Rubel (1,5 Millionen Euro) wurden aus dem Staatshaushalt finanziert.

Aus den Ochsen wurden Bullen

Neben dem restaurierten Gebäude steht die bekannte Skulptur „Kämpfende Auerochsen“ am Brunnen vor der Universität, die die Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Rechtsanwalt symbolisieren. Sie war Königsberg einst vom Preußischen Kulturministerium geschenkt worden. Ihr Erschaffer ist August Gaul. Die heutigen Bewohner Königsbergs nennen sie "Die Bullen“, es ist ein Ort, an dem sich Jugendliche gerne treffen. Brunnen und Platz neben der Skulptur werden „bei den Bullen“ genannt. 2006 wurde der Platz erneuert, das Gelände um die „Kämpfenden Auerochsen“ ist seitdem schöner geworden. Nun, nachdem auch die Universität in neuem Glanz erstrahlt, wird dieser Ort in Königsberg sicher auch bald mehr Touristen anlocken.

Jurij Tschernyschew

Boos will Staatslinie

Billigere Flüge zwischen Königsberg und Russland geplant

Reisende aus dem Königsberger Gebiet beklagen einen sprunghaften Anstieg der Kosten für Flüge aus der Exklave nach Russland oder ins Ausland. Seit dem Frühjahr beschäftigt sich die regionale Behörde des russischen Kartellamtes mit diesem Problem.

Auf einer Konferenz im Verkehrsministerium wurde die Benachteiligung der Gebietsbewohner durch die drastischen Preiserhöhungen bei Flügen erörtert. Die Fluggesellschaften hatten ihre Preise für Flüge nach Moskau auf 12 000 Rubel (309 Euro) in der Economy-Klasse erhöht, obwohl diese vor kurzem noch bei 5000 Rubel (129 Euro) lagen. Als Grund wird der zu erwartende Anstieg von Flugpassagieren in den Sommermonaten vermutet. An der Sitzung nahmen neben dem Bevollmächtigten des Präsidenten für das Königsberger Gebiet, Ilja Klebanow, Verkehrsminister Igor Lewitin sowie die Leiter sämtlicher russischer Fluggesellschaften, die Königsberg anfliegen, teil. Die Teilnehmer legten der Gebietsregierung ihre Vorschläge für eine staatliche Subventionierung von Flügen für die Bürger der Region vor, die endgültige Entscheidung darüber wird jedoch Moskau fällen. Die Gebietsregierung ist nun aufgerufen, aufgrund der Analyse der Passagierströme eine Summe festzulegen, mit der sie Flüge subventionieren will. Zu den Vorschlägen zur langfristigen Lösung des Problems aus Moskau gehören die Gründung einer weiteren Fluglinie, oder zusätzliche Flüge nach Königsberg durch die schon bestehenden Fluggesellschaften. Dass sich eine eigene regionale Fluglinie lohnen würde, beweist die Tatsache, dass die bankrotte Fluggesellschaft KD-Avia vor ihrer Pleite eine große Zahl von Passagieren befördert hatte. Die Gebietsbewohner bekommen das Fehlen dieses Dienstleisters nun deutlich zu spüren.

Ruf nach dem Staat wegen drastisch gestiegener Flugpeise

Angestrebt wird, dass die Kosten eines Flugs nach Moskau und St. Petersburg die einer Zugfahrt nicht übersteigen. Die Rede ist von 3500 bis 4000 Rubeln (etwa 90 bis 103 Euro), also sogar weniger als vor dem Preissprung der vergangenen Monate. Bei diesem Preis würden die Fluggesellschaften allerdings Verluste einfahren. Eine mögliche Variante ist die Subventionierung nach der Methode, wie sie für Flüge in den Fernen Osten praktiziert wird. Russland gewährt dort vergünstigte Tickets für alle Russen bis 23 Jahre und ab 60 unabhängig von ihrem Wohnort und dem Zielort der Reise.

Gouverneur Georgij Boos hat sich für die Gründung einer regionalen Fluglinie ausgesprochen, die Passagiere zu niedrigen Preisen befördern soll. Mit einer Investition von 600 Millionen Rubel (15,5 Millionen Euro) könnte eine solche Fluggesellschaft mit vier Flugzeugen von Königsberg aus Moskau, Sankt Petersburg, den Ural, Sibirien, Tel Aviv und auch zwei oder drei westeuropäische Städte anfliegen.

Solange die Sondierungsgespräche andauern, werden die Fluggäste weiter die erhöhten Preise berappen müssen.

Jurij Tschernyschew

Buntes Programm

Treuburg feierte Gründung vor 450 Jahren

Mit einem bunten Programm aus Gottesdienst, Konzerten, Ausstellungen, Folklore-, Theater- und Kabarettvorführungen sowie einer Baumpflanz-Aktion erinnerte die Stadt Treuburg an ihre Gründung vor 450 Jahren.

Zum Geburtstag waren rund 400 ehemalige Bewohner Treuburgs in ihre alte Heimatstadt gekommen. Allein fünf Reisebusse brachten etwa 250 Besucher aus der Bundesrepublik ins „Land der dunklen Wälder“. Die Stadt hatte schon eine Woche zuvor ein Informationsbüro im Kulturzentrum „Kino Mazur“ eingerichtet. Auf dem neu gestalteten Marktplatz, einstmals der größte in ganz Deutschland, waren Bühnen und Zelte aufgebaut worden. Hier fanden die meisten Konzerte und Vorführungen statt.

250 Besucher per Bus aus Deutschland

In der berühmten Holzkirche in Wallenrode (bis 1938 Wielitzken; polnisch: Wieliczki), etwa acht Kilometer südöstlich von Treuburg, konnten Einheimische und Gäste am letzten Sonnabendnachmittag einen Gottesdienst in deutscher Sprache feiern. Am Abend ging es auf dem Marktplatz weiter mit einem "Ritterturnier" und Konzerten. Hier traten auch Vertreter der deutschen Volksgruppe auf.

Die Kreisgemeinschaft Treuburg hat den Besuch der offiziellen Feierlichkeiten des Wochenendes mit einem Kreistreffen in der Heimat verbunden. Bis zum 28. Juli blieben die Busreisenden aus der Bundesrepublik in Masuren.

Bei der Gründung im Jahre 1560 durch Herzog Albrecht von Preußen, der auch Markgraf von Brandenburg war, hieß der Ort Marggrabowa. Den Namen, der auf Deutsch Markgrafenstadt heißt, führte die Stadt im Südosten Ostpreußens 368 Jahre lang, bis 1928. Dann wurde Marggrabowa wegen der Volksabstimmung im Jahre 1920, bei der in der Stadt keine Stimme für Polen abgegeben wurde, in Treuburg umbenannt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Name erneut geändert. Seit nunmehr 65 Jahren heißt die Stadt auf polnisch offiziell Olecko und knüpft damit an den alten, bis 1933 gültigen Namen des Kreises Oletzko an. *Siegfried Schmidtke*

Unterwegs in einem vergessenen Land

Sechs-Tages-Reise durch das alte Ostbrandenburg in die ehemalige Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen

Der Deutsche Geschichtsverein (DGV) des Posener Landes e. V. unternahm in diesem Jahr eine Studienfahrt in die ehemalige Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. An einem Sonntag startete die Reisegruppe mit 27 Teilnehmern von Bad Bevensen nach Polen.

Die vom Kulturreferat für Westpreußen und Posener Land beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Reise ging durch Ostbrandenburg, vorbei an Schwiebus und Züllichau. Nördlich von Groß Schmölln überquerte die Reisegruppe die Faule Obra. Vor der ehemaligen Stadt Kopnitz überschritt die Reisegruppe die Reichsgrenze von 1937 und verließ damit wieder die Grenzmark, um in Wollstein ihr Quartier zu erreichen. Horst Eckert führte die Gruppe anschließend durch die Stadt in die ehemalige evangelische Kirche, die nach Standardbauplänen des preußischen Staatsbaumeisters Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) errichtet worden ist. Mit einem Kurzvortrag in der Wollsteiner Kirche führte Horst Eckert in das Thema „Wirken von Schinkel in der Provinz Posen“ ein.

Am zweiten Tag ging es über Obra, Kreis Wollstein nach Schwenten, Kreis Bomst. Das erste Tagesziel war das ehemalige Zisterzienserdorf Schussenze. Über Lache, Kreis Fraustadt und das schlesische Schlawa ging es weiter nach Fraustadt, wo die Mitarbeiterin am Fraustädter Museum Marta Malkus die Gruppe herzlich begrüßte. Im Rathaus erwartete die Reisenden die Mitarbeiterin des Stadtförderungsbüros „Promocja“ Anna Ufniak, welche die Gruppe auf Englisch begrüßte und sie in den Ratssitzungsraum geleitete, wo sie der Stadtsekretär Zbigniew Semeniuk in Vertretung des verhinderten Bürgermeisters Krzysztof Grabka willkommen hieß. In seiner Ansprache stellte er seine Gemeinde vor und überreichte jedem Teilnehmer persönlich einige Informationsschriften über Fraustadt. Anschließend führte Martin Sprungala durch die Stadt, in die katholische Kirche, die unter anderem von dem Italo-Schweizer Pompeo Ferrari erbaut worden ist, in die 1604 erbaute evangelische Kirche, das „Kripplein Christi“ sowie weiterhin in das spätmittelalterliche Bernhardinerkloster. Nach dem Mittagessen im neu gebauten Schlosshotel führte Marta Malkus die Gruppe über den beeindruckenden Altstädtischen Friedhof, das heutige Lapidarium. Nach dem Besuch Fraustadts ging es nach Röhrsdorf, der Heimat der Schriftstellerin Leonie Ossowski, wo Gudrun Backeberg der Gruppe zur Biographie der Schriftstellerin einige Ausführungen machte. Am Lager Grune berichtete Reinhard Bohr seinen Mitreisenden über seine Zeit in diesem Lager. Der nächste Halt wurde in Wolfskirch, Kreis Lissa gemacht. Der aus Mauche, Kreis Wollstein stammende katholische Pastor Alfred Wittke begrüßte die Gruppe in der ehemaligen evangelischen Kirche und berichtete über die Geschichte dieser Kirche und Konfirmandenanstalt für die evangelische Diaspora der Provinz Posen. Über Priment, wo sich ein weiteres Zisterzienserkloster befand, und über Wroniawy ging es zurück nach Wollstein.

Viele neue Eindrücken und Erkenntnisse

Am dritten Tag der Reise fuhr die Gruppe über Bomst zum Kloster Paradies, wo sie ein junger Priester führte. Nachmittags erfolgte eine Besichtigung des Ostwalls bei Kalau, Kreis Meseritz mit Führung durch die 56 Meter tiefen Anlagen. Den Abschluss des Tages bildete ein kleiner Stadtrundgang durch Meseritz.

Am vierten Tag fuhr die Gruppe nach Schwerin an der Warthe (Skwierzyna). Jacek Jeremicz führte der Gruppe die tragische Zerstörung der Stadt durch die Russen nach der Einnahme 1945 plastisch vor Augen, schilderte die Flucht und Ausweisung der deutschen Bevölkerung und zeigte bei der Besichtigung vor Ort, welche Auswirkung dieser Bruch in der Stadtgeschichte hat. Danach ging es über Birnbaum weiter zum ehemaligen Posener Landgestüt nach Zirke, Kreis Birnbaum. Hier konnte die Gruppe die Stallungen besichtigen und bekam die vier verschiedenen Pferderassen präsentiert, die hier noch gezüchtet werden. Anschließend folgte eine Kutschfahrt entlang der Warthe. Über Kwiltsch, Kreis Birnbaum, Neustadt bei Pinne und Neutomischel ging es zurück ins Hotel.

Am fünften Tag führte der Mitarbeiter des Landratsamts Wojtek Lis die Gruppe durch das Bahnbetriebswerk Wollstein. Danach standen ein Besuch des Wochenmarkts und nachmittags die Besichtigung der ehemaligen Grenzbahnhöfe Bentschen und Neu Bentschen an. Den Abschluss der Fahrt bildete ein Besuch der alten Holzkirche in Klastawe, Kreis Meseritz.

Mit vielen neuen Eindrücken und Erkenntnissen versehen fuhr die Gruppe am sechsten Reisetag über Meseritz, Schwerin und Küstrin zurück in die Bundesrepublik Deutschland. *M.S.*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

sie war Ende Juni in Königsberg gewesen, die kleine Gruppe ehemaliger Königsberger Waisenkinder, die in ihrer Heimatstadt die furchtbaren Nachkriegsjahre verbringen mussten und denen damals das Überleben schwerer erschien als das Sterben. Sie sind noch einmal die alten Wege gegangen, die mit so viel Leid und Elend gepflastert sind, und haben jener Kinder gedacht, die damals nicht mehr weiter konnten, die irgendwo am Straßenrand liegen blieben oder in elenden Löchern starben. Diesen Schicksalsgefährten von einst haben sie einen Stein gesetzt, um zu zeigen, dass sie nicht vergessen sind, auch heute nicht nach so langer Zeit. Er steht nun im Garten der Auferstehungskirche, dem früheren Luisenfriedhof, und so manch ein Besucher, der in diesen Sommertagen in der Pregelstadt weilt, wird hier stehen bleiben und die schlichten Worte lesen: „Zum gedenken der kinder die von 1945–1948 ihr junges leben verloren die überlebenden juni 2010“



Bild: privat

Gedenkstein auf Königsbergs früherem Luisenfriedhof

Neun von diesen Überlebenden aus dem Kreis der ehemaligen Königsberger Waisenkinder waren es, die an der gemeinsamen Reise in die Stadt ihrer – verlorenen – Kindheit teilnahmen und verwirklichten, was auf ihrem ersten Treffen im vergangenen September im Ostheim in Bad Pyrmont geplant worden war. Damals war der Gedanke an die Aufstellung eines Gedenksteins aufgekommen und hatte schnell konkrete Gestalt angenommen. Die Initiatoren um **Helga van de Loo**, die mit **Hannelore Neumann** und **Helmut Domasch** diesen losen Zusammenschluss von Schicksalsgefährten ins Leben rief – der kein Verein sein will und von keiner Seite finanzielle Unterstützung erhält –, fanden sofort Zustimmung, und gemeinsam verwirklichten sie das Projekt. Wie und was nun auf dieser Reise geschah, hat uns Frau Helga van de Loo in einem ersten Bericht mitgeteilt, aus dem die Freude und eine tiefe Genugtuung über die Verwirklichung dieses nun manifestierten Gedenkens an die sonst Vergessenen spricht. Ich lasse sie berichten:

„Es war eine kleine, ganz individuelle Gedenkreise von neun Teilnehmern, eine überaus harmonische, inhaltlich nachhaltig gelungene Reise von Schicksalsgefährten der Vergangenheit an Schauplätze und Gedenkstätten im jetzigen Königsberg/Kaliningrad. Ganz bewusst wurden von uns der Fußweg und örtliche Verkehrsmittel gewählt, um den Puls der Heimatstadt möglichst intensiv zu spüren. Es war ein gespürtes, überwältigendes, auch sehr wehmütiges Erleben für einen jeden von uns. Unsere großartige Reiseleiterin, **Tamara Michailowa**, trug zum Gelingen unserer Wunschvorstellungen durch ihre kompetente liebenswerte Aufgeschlossenheit sehr viel bei. Auch unser erster Besuch der Propstei auf dem Gelände des ehemaligen Luisenfriedhofes zur Vorbesprechung der Gedenkfeier am Sonntag, den 20. Juni war überaus herzlich und gastfreundlich. Auf dieser Feier wollten wir gemeinsam der Tausenden von im Nachkriegs-Königsberg verstorbenen Kinder gedenken, ihnen das noch ausstehende Gebet in Vertretung von Eltern, Großeltern und Geschwistern sprechen und im Garten den errichteten Gedenkstein einweihen.“

Und so vollzog sich diese Gedenkfeier in dem von den Teilnehmern gewünschten, von ihnen mitgestalteten Rahmen. Den Gottesdienst, an dem auch die Gemeinde rege teilnahm, leitete der Kirchenchor mit „Ich bete an die Macht der Liebe“ ein. Hannelore Neumann trug die für diese Feier eigens von ihr ausgearbeitete Gedenkrede vor, die unter dem Wort „damals“ stand – in Deutsch und „tagda“ – in Russisch. Wir wollen diese Rede hier im Wortlaut bringen, denn so können auch wir einen Eindruck von jener Stunde in der Königsberger Auferstehungskirche gewinnen, die für alle, die sie erlebten, unvergessen bleiben wird. Hannelore Neumann sprach:

„Wir, gebürtige Königsberger Kinder, sind gekommen, um nach so unendlich vielen Jahren der Kinder zu gedenken, die das damals nicht überlebt haben. Ihnen das noch auszustehende Gebet in Vertretung von Eltern, Großeltern und Geschwistern nachzuschicken. Wir danken herzlich der Gemeinde mit Herrn Propst **Löber** für die Erlaubnis und Bereitschaft, hier und heute gemeinsam der verstorbenen Kinder im Nachkriegs-Königsberg zu gedenken und im Garten einen Stein aufzustellen, um die Erinnerung an all jene kleinen, jungen Seelen wach zu halten.

Damals – das waren die Jahre 1945 bis 1948, in denen unsere Mütter durch Seuchen, Hunger, Erschöpfung, von den vielen Vergewaltigungen entkräftet starben, uns nicht mehr ein Zuhause geben und uns nicht liebevoll umsorgen konnten.

Damals – da vegetierten wir bettelnd auf den Straßen, hausten in Häuserruinen und Kellern. Damals – hungerten wir, froren wir, hatten Angst, unsere Geschwister, Mütter und Verwandten zu verlieren.

Damals – waren wir schutzlos der Macht und der Willkür fremder Erwachsener ausgeliefert. Damals – litten wir unter Seuchen und Geschlechtskrankheiten, Hungerödemen, Krätze, TBC und anderen Qualen.

Damals – waren wir apathisch, stumm, verloren unser Lachen, weinen konnten wir auch nicht mehr, wir waren ohne Zuversicht und Hoffnung, die Seelen drohten zu sterben.

Damals – schien das Überleben schwerer als das Sterben, der Tod eine Erlösung.

Damals – lebten wir aber auch oft nur weiter, weil Fremde Mitleid und Güte zeigten und uns schließlich in Kinderlagern auffingen. Unzählige von uns haben das ‚Damals‘ nicht überlebt, hatten nicht die Kraft mit all den menschenunwürdigen Lebenswidrigkeiten bis zur Ausweisung im Herbst 1947 bis Sommer 1948 durchzustehen. Die Kinder starben in Massen und wurden dort, wo sich eine Möglichkeit ergab, in die Erde gelegt. Kaum ein Gebet, ein letzter Gruß der Angehörigen konnten sie begleiten.

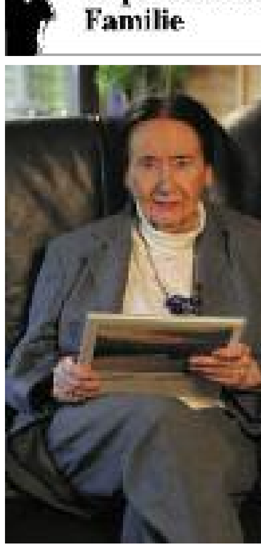
Wir hoffen, bitten und beten, dass jetzt und in aller Zukunft die Kinder aller Nationen in Frieden leben und aufwachsen können – sich solch ein Kinder-Massenschicksal niemals und nirgendwo wiederholt – alle Religionen ihre Augen auf den Frieden dieser Welt richten, behutsam und verantwortlich damit umgehen.“

Im Anschluss an diese Worte von Hannelore Neumann wurde das Gebet gesprochen, das so lange hat warten müssen: das Vater Unser in ökumenischer Fassung. Dann ging es zur Enthüllung des Gedenksteines auf das ehemalige Friedhofsgelände, an der auch Gemeindemitglieder und Kirchenchor teilnahmen. Pfarrer Löber betete „Gott tröste die Menschen, die gekommen sind zu gedenken ihrer verlorenen Kindheit, ihrer verlorenen Geschwister und Eltern, dass sie weiter Kraft finden in Dir, der Du uns suchst in unseren Nöten“. Bei der Enthüllung des Steines sprach eine weitere Teilnehmerin der Gruppe, **Edith Matthes**, ihre Gedenkworte, die für alle Schicksalsgefährten stehen:

„Wir waren Kinder, als die Kriegsereignisse über uns hereinbrachen und uns in äußerste Bedrängnis, in große Not und Lebensgefahr brachten. Wir erlebten Entsetzliches, sahen unsere Mütter und Geschwister sterben, und wir kennen ihre Gräber nicht. Wir waren selber dem Tod so nahe und stehen nun hier als Überlebende. Das Erlebte hat uns geprägt, und die Erinnerung daran hat uns auch in folgenden guten Jahren begleitet. Immer noch schmerzen die Verluste. Wunden brechen auf, und die Verletzungen der Seele heilen nicht. Wir sind dankbar für die Bewährung, die wir erfahren haben, und dennoch ist unser Herz voll Trauer. Nach mehr als 65 Jahren gedenken wir jener Zeit und unserer umgekommenen nächsten Angehörigen. Wir nehmen Abschied von denen, die hier ruhen“. Dann hallte das vom Kirchenchor gesungene Lied „Kein schöner Land“ über den Platz mit dem Stein mit dem eingravierten Blatt, das wohl das einsame Sterben symbolisieren soll: Wie ein welkes Blatt im Wind war auch jedes einzelne Kinderschicksal, verweht, vergessen – damals!

Es sind nur wenige Worte, die auf dem Stein stehen, aber sie sagen mehr als Sprüche oder Zitate, eines der ehemaligen Königsberger Kinder aus der Gruppe, **Gerhard Schröder**, hat sie geformt. „Die Überlebenden“ steht für die Stifter darunter, die ausnahmslos aus diesem Kreis kommen. Es sollte ursprünglich ein Findling sein, aber einen geeigneten zu finden stieß auf Schwierigkeiten, weil der Stein in einem Steinmetzbetrieb bei Königsberg bearbeitet wurde. Die Propstei half vor Ort mit, das Vorhaben zu realisieren. Zwar war die Zeit knapp bemessen, aber die Arbeit war zum gesetzten Zeitpunkt beendet, der fertige Stein konnte am Sonnabend vor der Gedenkfeier aufgestellt werden. Zwar wirkt er in dem so brach wirkenden Gelände noch ein wenig verloren, aber gerade das verstärkt noch den Eindruck der Einsamkeit, des Vergessenseins, das den Tod der Kinder bestimmt hatte. Der Platz um den Stein wird aber nicht so leer bleiben, ein kleiner Rosenstock ist bereits gesetzt, und weitere Pflanzen sollen den Gedenkstein umrahmen. Der weiße Chrysanthemenstrauß, mit dem die Teilnehmer bei der Einweihung den Stein schmückten, wird ja inzwischen verblüht sein, aber es wird so manch ein Besucher des Gottesdienstes der Auferstehungskirche – und dazu gehören auch ehemalige Königsberger, die in ihre Heimatstadt reisen – ein paar Blumen am Gedenkstein niederlegen. Und wenn es auch nur eine einzige Rose ist.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Nicht alle, die sich diesem Kreis zugehörig fühlen, konnten an der Reise teilnehmen. Alter, Krankheit, aber auch die Strapazen der Anreise wirkten sich auf die über die ganze Bundesrepublik und die USA verstreuten Frauen und Männer hinderlich aus. Aber sie bekundeten ihre Zustimmung in schriftlichen Grußworten wie Frau **Gertrud Groß**, die ihre an die Propstei gesandt hatte, und von denen wir nur einen Satz weitergeben wollen: „Es ist tröstlich zu wissen, dass auch der Unschuldigen gedacht wird, sind es doch gerade die Kinder, Frauen und Greise, die so ungerecht von der Geschichte behandelt wurden.“

Frau Helga van de Loo spricht allen, die zum Gelingen dieser Gedenkreise beigetragen haben, ihren Dank aus. Er gebührt neben Propst Löber auch seinen Mitarbeitern und den zahlreich erschienenen Gemeindemitgliedern, die sehr aufgeschlossen die Gruppe begleiteten, für die herzliche Gastfreundschaft. Sie schreibt: „Wir haben eine nachhaltig unvergessliche Reise in die dunkle Vergangenheit angetreten, suchten und fanden Orte schmerzlicher Erinnerungen wieder, empfanden in der sensibel geprägten Gemeinschaft von Leidensgefährten untereinander Beistand und Trost. Über allem schien immer die Sonne. Wir nahmen schließlich Abschied leichteren Herzens und dankbar in Gedanken an den kleinen Gedenkstein auf dem alten Luisenfriedhof in unserer Heimatstadt Königsberg.“

(Zu den Initiatoren für die Errichtung des Gedenkstein gehören **Gisela Brandstäter**, Leichlingen, **Helmut Domasch**, Erfurt, **Gertraud Groß**, Chemnitz, **Edith Matthes**, Glauchau, **Hannelore Müller**, Löhne, **Rosemarie Mueller**, Austin/USA, **Hannelore Neumann**, Karben, **Ingrid von der Ohe**, Reppenstedt, **Irmhild Rieger**, Erfurt, **Gerhard Schröder**, Mühltal, **H.-Burkhard Somowski**, Berlin, und weitere Förderer sowie federführend Helga van de Loo, Fonckstraße 1 in 53125 Bonn, Telefon 0228/251271, Fax 0228/2436329.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Popp, Anneliese, geb. **Reuter**, aus Ebenrode, jetzt Eulaliastraße 2a, 53229 Bonn, am 8. August
Sander, Dr. Willy, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ohmstraße 10, 96050 Bamberg, am 24. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Senz, Grete, geb. **Saldik**, aus Kukkuckswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Puchheimer Straße 9B, 82194 Gröbenzell, am 3. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Liedtke, Herta, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Falkenbergstraße, 31228 Peine, am 5. August
Schönke, Richard, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Im Flassenberg 11, 41844 Wegberg, am 3. August
Thies, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Loensweg 15, 21629 Neu Wulmstorf, am 6. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dautzenberg, Inge, geb. **Bergmann**, aus Lyck, jetzt Brohltalstraße 189, 56651 Niederzissen, am 7. August
Zimmermann, Frieda, geb. **Templin**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Große Ringmar 4, 27211 Bassum, am 4. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Titius, Viktor, aus Altenberg, Kreis Wehlau, Landhaus Horn, jetzt Schwachhauser Heerstraße 264, 28213 Bremen, am 7. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fitzner, Harry, aus Bromberg, Westpreußen, jetzt Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 31. Juli
Kafka, Elisabeth, geb. **Belchhaus**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchstraße 21, 64354 Reinheim, am 1. August
Schmidt, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Binien, Kreis Lyck, jetzt Baselerstraße 39, 79540 Lörrach, am 5. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hofmeister, Ludwig, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Josef-Alberstötter Ring 24, 85283 Wolznach, am 2. August
Vaupel, Martin, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Fauststraße 7, 34125 Kassel, am 5. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kostropetsch, Heinz, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, jetzt Asterredder 42, 22395 Hamburg, am 5. August
Pollul, Franz, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Kapellenstraße 28, 29439 Lüchow, am 3. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Curioni, Edith, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Mittelstraße 7, 41836 Hückelhoven, am 4. August
Kaminski, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Schäferdresch 48, 22949 Ammersbek, am 3. August
Salka, Willi, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 23, 14550 Groß Kreutz, am 7. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borchardt, Grete, geb. **Huck**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Talsperrenstraße 48, 42369 Wuppertal, am 6. August
Borowy, Martha, aus Eichtal, Kreis Treuburg, jetzt Kimmstraße 14, 28757 Bremen, am 6. August
Gabriel, Johanna, geb. **Duckwitz**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Am Steinberg 14, 31162 Breinum, am 3. August
Herbold, Herta, geb. **Herholz**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Reilsheimer Mühlweg 2, 69245 Bammental, am 4. August
Karditzki, Frieda, geb. Koslowski, aus Bolken, Kreis Treuburg, jetzt Holzgasse 23, 63571 Gelnhausen, am 2. August
Lakeit, Margret, geb. **Andres**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Hoppenstedtweg 6, 31137 Hildesheim, am 2. August
Lowitzki, Emilie, geb. **Hensel**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Hagener Straße 367-369, Senioren Heim, 58285 Gevelsberg, am 8. August
Rosin, Dr. Hildegard, geb. **Lange**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Clauberstraße 36, 47051 Duisburg, am 9. August
Schmidt, Maria, geb. **Fidorra**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Stolzbergstraße 2, 41836 Hückelhoven, am 5. August
Schneider, Herta, geb. **Cichowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kellergartenstraße 22, 86919 Utting/Ammersee, am 5. August
Schröder, Herta, geb. **Fischer**, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, jetzt Ochsenstraße 21, 49328 Melle, am 7. August
Steidle, Lotte-Sophie, geb. **Lyß**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Alte Poststraße 2, 78056 Villingen-Schwenningen, am 3. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aldick, Elli, geb. **Badoreck**, aus Lyck, jetzt Grundstraße 51, 45327 Essen, am 6. August
Greiner, Lore, geb. **Preuß**, aus Lyck, Soldauer Weg 5, Frobenstraße 28a, 12249 Berlin, am 2. August
Hagemann, Elfriede, aus Liege, Kreis Königsberg, jetzt Kulmer Straße 29, 28237 Bremen, am 6. August
Henseleit, Johann, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Lehenstraße 29, 45891 Gelsenkirchen, am 7. August
Katins, Elfriede, geb. **Kerstan**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Robert Schumann-Straße 15, 39590 Tangermünde, am 5. August
Köhn, Liselotte, geb. **Kähler**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Lilienstraße 3, 27570 Bremerhaven, am 6. August
Madry, Gertrud, geb. **Jablonowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt Kiesenfeldweg 119, 45739 Oer-Erkenschwick, am 7. August
Marek, Emma, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Brühler Hohlweg 28, 99092 Erfurt, am 6. August
Neumann, Carl Franz, aus Pregelswalde, Falkenhorst, Kreis Wehlau, jetzt R.R.Nr.3, East + West Line, Niagara Lake Ontario, am 3. August
Przygodda, Werner, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Oldaustraße 13, 38518 Gifhorn, am 5. August
Schank, Waltraud, aus Neidenburg, jetzt Donnerbergstraße 5, 67294 Morschheim, am 5. August
Schmidtke, Elisabeth, geb. **Kaulbars**, aus Mülsen, Kreis Samland, jetzt Georg-Friedrich-Händel-Straße 131, 72766 Reutlingen, am 8. August
Waida, Ida, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt in der Römmelgasse 15, 73614 Schorndorf, am 7. August
Weber, Gertrud, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, jetzt Goethestraße 29, 42499 Hückeswagen, am 6. August
Wendt, Renate, geb. **Friedrich**, aus Treuburg, Lycker Straße 1, Bahnhofstraße, jetzt Helmer 24, 28359 Bremen, am 7. August
Wiedenroth, Ilse, geb. **Schekorr**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Suhrsweg 19, 22305 Hamburg, am 3. August
Winkler, Anni, geb. **Bartsch**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Beethovenstraße 7, 63225 Langen, am 7. August
Wutz, Herta, geb. **Josun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Seestraße 1, 85107 Baar-Ebenhausen, am 9. August
Zentarra, Angelika, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Imbekstieg 66, 22527 Hamburg, am 10. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bölck, Frieda, geb. **Thiel**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Neue Straße 17, 24589 Nortorf, am 7. August
Debus, Charlotte, geb. **Piassek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Wiesenstraße 38, 63457 Hanau, am 7. August
Forke, Erna, geb. **Holland**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Zedtler Straße 34, 01723 Wilsdruff, am 3. August
Gutzeit, Heinz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Diesterwegstraße 4, 40723 Hilden, am 6. August
Jeschick, Heinz, aus Treuburg, Grenzstraße, jetzt Wichernstraße 2, 77743 Neuried, am 2. August
Kleemann, Christel, geb. **Dommick**, aus Tapiau, Landsturmstraße, Kreis Wehlau, jetzt Straße der Jugend 14, 99765 Heringen, am 6. August
Kleinschmidt, Martha, geb. **Ante**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Ostenstraße 6, 76684 Oestringen, am 3. August
Kowallik, Günter, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Emil-Barth-Straße 155, 40595 Düsseldorf, am 3. August
Krüger, Gerda, geb. **Tollack**, aus Allenstein, jetzt Am Wildgatter 58, 45891 Gelsenkirchen, am 3. August
Laupichler, Elisabeth, geb. **Brockschmidt**, aus Stadthausen, Liene, Kreis Wehlau, jetzt Münchener Straße 96, 47249 Duisburg, am 6. August
Lehmer, Gertrud, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, jetzt Reusenweg 31, 23970 Redentin, am 6. August
Otto, Gisela, geb. **Streichan**, aus Wehlau, Richardstraße, jetzt Straße des Friedens 3, 16775 Gransee, am 7. August
Panskus, Rose-Marie, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Lange Straße 39, 38100 Braunschweig, am 4. August
Rühlemann, Hedwig, geb. **Ollesch**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Am Rohbusch 4, 58849 Herford, am 5. August
Schlennstedt, Annemarie, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, 76855 Annweiler, am 7. August
Skorczyk, Jürgen, aus Preußisch Eylau, jetzt Josef-Simon-Straße 115, 90473 Nürnberg, am 3. August
Syperek, Horst, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Georgstraße 40, 53111 Bonn, am 3. August
Szech, Erich, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Zum Lith 108, 47055 Duisburg, am 2. August
Voigt, Heinz, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenallee 42, 15890 Eisenhüttenstadt, am 5. August
Wiechmann, Hildegard, geb. **Gollan**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldstraße 31, 19348 Perleberg, am 4. August
Zuleg, Agnes, geb. **Matschulat**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Turnhallenweg 13, 77855 Achern, am 4. August



Sommerfeld, Joachim, aus Mortung, Kreis Mohrungen, und Frau Hannelore, jetzt Königsaal 2, 24616 Brokstedt, am 6. August

Beliebte Trakehner



Die Fohlenauktion war ein Erfolg: 10500 Euro für Sarkander

Höhepunkt des Trakehner Bundesturniers in Hannover war die Proklamation der Trakehner Champions: Im Parcours wurde Siegerhengst Songline v. Summertime/Exclusive, der sich mit Mannschaftsolympiasieger Andreas Dibowski für das Bundeschampionat des Deutschen Vielseitigkeitspferdes qualifiziert hat, mit Franziska Haunhorst zum Champion proklamiert.

Zu weiteren Höhepunkten des Trakehner Bundesturniers zählte die Nominierung der Bundeschampionatskandidaten. Zuchtleiter Lars Gehrmann, Verbandsvorsitzende Petra Wilm und Gisela Gunia verteilten Tickets: Bei den dreijährigen Stuten und Wallachen werden Kenau v. Lücke mit Dirk Seewald und Bugatti v.. Tambour mit Sabine Oberdieck an den Start gehen. Die Reitpferdeprüfungen der dreijährigen Hengste dominierten Reservesieger All inclusive v. Gribaldi mit Hannes Lütt und Siegerhengst Kentucky v. Donaufels mit Johan Svensson. Beide Hengste wurden für die Bundeschampionate nominiert. Petra Wilm war vom Bundesturnier begeistert: „Wir haben hier wundervolle Tage verbracht. Die Trakehner zelebrierten in Dressur, Springen, Vielseitigkeit und im Fahren tollen Sport. Wir als Bundesverband leisten uns dieses besondere Turnier und stellen fest, dass die Trakehner auf der Beliebtheitsskala immer weiter nach oben klettern.“ *TV*

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik“ ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Wieslaw Roman Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Stefan Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Rikako Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Walter T. Rix behandelt August Winnig, Dr. Lutz Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk“ lautet das Thema der diejährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen“. Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 1. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 1. August, 23.30 Uhr, ARD: Wo warst Du, als die Allierten kamen?
Dienstag, 3. August, 22.05 Uhr, Arte: Themenabend – Krieg und Frieden im Kaukasus.
Dienstag, 3. August, 23.45 Uhr, Phoenix: Untergang der Lusitania.
Mittwoch, 4. August, 20.15 Uhr, Mythos Rommel.
Donnerstag, 5. August, 14.45 Uhr, Phoenix: Chinas Aufstieg als Weltmacht.
Donnerstag, 5. August, 20.15 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – Die letzte Schlacht.
Donnerstag, 5. August, 21 Uhr, Phoenix: Rahel – Eine preußische Affäre.
Donnerstag, 5. August, 22.05 Uhr, N24: Duell am Himmel – Die ersten Fliegerasse.
Donnerstag, 5. August, 22.15 Uhr, im RBB: Die Stasi in Westberlin.
Freitag, 6. August, 20.15 Uhr,3sat: Der Jahrhundertraub von Quedlinburg.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein
16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen -info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

BJO – 31. Juli bis 8. August, BJO-Paddeltour durch Masuren. Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben! – 23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Mittwoch, 4. August, Treffen der Kreis-Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. An diesem Nachmittag stehen auf dem Programm: „Dichter Arno Holz, Volkslieder, Gedichte in Mundart und Stuhlgymnastik“.

Lahr – Donnerstag, 7. August, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Stuttgart – Donnerstag, 5. August, 17 Uhr, Feier zu „60 Jahre Charta“, Neues Schloss Stuttgart.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 12. August, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe. Mit der Linie 1 bis zur Donauhalle, anschließend Spaziergang im Park.

Weinheim – Mittwoch, 4. August, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Thema: Simon Dach – Ein Leben der Poesie. Bekannt unter anderem durch sein Lied „Ännchen von Tharau“. Simon Dach wurde am 29. Juli 1605 in Memel geboren und starb am 15. April 1659 in Königsberg.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – Die Reise nach Preußen konnte beginnen. Marianne Becker, stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe informierte über Ziel und Route der Busfahrt nach Wustrau und sorgte für die Einstimmung in das Thema der Busreise: Preußen. Schon im Bus startete dann der Meinungsaustausch über die Bedeutung Preußens. Was wusste man überhaupt über Preußen? Die 49 Berliner Teilnehmer wussten aber recht bald, worauf sie sich bei dieser Tagesreise nach Wustrau eingelassen hatten. Wustrau als Reiseziel, eine eher unauffällige Ortschaft am Ruppiner See, hatte etwas zum Thema Preußen zu bieten. Besonders für den, der sich mit der Geschichte Preußens ernsthaft auseinandersetzen will, ist das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau ein guter Startpunkt und Augenöffner. Seine Existenz verdankt das Museum einem Preußenkenner. Die Gründung des Museums durch den Bankier Ehrhard Bödecker war eine ungewöhnliche Kultur-Initiative. Bödecker wollte die Beurteilung und Darstellung des preußischen Einflusses auf Deutschland nicht von Komitees, Instanzen und Lobbygruppen abhängig machen. Um das zu erreichen, ließ er ein neues Museum bauen. In zwei Jahren stand es (2000). Das gar nicht so kleine Museum, mitten im Zentrums des Ortes Wustrau gelegen, sollte zu einem Stützpunkt bei der Interpretation der preußischen Geschichte werden und zu einem redlichen Mittler, wie ihn die Bundesrepublik brauchte – denn im Nachkriegsdeutschland war die Rolle Preußens heiß umstritten, sehr widersprüchliche Standpunkte bestehen noch heute. Der Beitrag Preußens zur Staatswerdung. Deutschlands wird in verschiedenen Räumen des Museums ausgeleuchtet. Frank Riedel, Kustos und rechte Hand von Ehrhard Bödekker, führte durch das Museum. Neue Ausstellungsideen, eine einladende Atmosphäre und die Konzentration auf den zentralen Auftrag des Museums: Preußens Rolle als Vorbereiter und Vorreiter für die deutsche Idee zu verdeutlichen, beeindruckten den Besucher. Er wird durch die moderne Museumspädagogik zur Kommunikation angeregt. Er erkennt, dies ist kein Museum der Geschichtszahlen und der Darstellung ruhmreicher Schlachten. Er registriert, es ist ebenso wenig ein Museum der Uniformen, Waffen und Fahnen. Einige der Besucher mögen diese Symbole vermisst haben. Für sie, die Freunde eines traditionellen Museumsauftritts gab es im Museum eine Ahnengalerie des Hauses Hohenzollern. Die meisten Besucher wurden überrascht, dass Preußen auf vielen Gebieten um einiges fortschrittlicher war als die meisten der deutschen Kleinstaaten und seine europäischen Nachbarn. Konkret: Anhand von bildlichen Darstellungen, einprägsamen Beispielen wird das für die Bereiche Rechtswesen, Gesundheitswesen und Schulwesen bewiesen. Das Wissen über die vom Staat unterstützten Entwicklungen und Leistungen in diesen drei Bereichen steht leider noch immer im Schatten der bekannten politischen und militärischen Erfolge, die Preußen in die Klasse der europäischen Großstaaten beförderten. Der Besuch im Museum Brandenburg-Preußen lieferte ausreichend Stoff zum weiteren Meinungsaustausch über Preußen bei der Rükkfahrt. Jedoch mit mehr Hintergrundwissen und einen besseren Einblick in die Entwicklungen in und um Preußen, Fazit: Es müssen nicht immer nur die schönen Landschaften, das gute Essen und das gute Wetter sein, die eine Reise lohnenswert machen.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Dienstag, 3. August, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Auskünfte erteilt Frau Kunz, Telefon 471874. – Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Sonnabend, 31. Juli, 17 Uhr, Sommerkonzert des Seemanns-Chores der Marinekameradschaft Bremerhaven, Große Kirche. – Sonnabend, 31. Juli, kombinierte Bus-Schiff-Bus-Reise nach Nienburg – Bremen – Worpswede (Kosten 57 Euro pro Person). Anmeldungen bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 21. August, 10 Uhr (Einlass 9.30 Uhr – Ende gegen 17 Uhr), 10. Heimattreffen im norddeutschen Raum aus dem Reg.-Bez. Gumbinnen, im Hotel Zur Glashütte, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 5298660, Fax (040) 52986635. Das Programm: 10 bis 10.30 Uhr, Begrüßungen, Informationen über alles was die Teilnehmer bewegt. 10.30 bis 12 Uhr, „Die Ostdeutschen Länder von 1900-1945“. Ein kulturell historischer Vortrag mit Filmvorführung (Manfred Samel) aus alten Zeiten: „Wie sahen damals unsere deutschen Städte aus und wie pulsierte das Leben in ihnen. Auf dem Lande ging es traditionsbewusst zu. Es wurde gearbeitet, denn vieles musste noch von Hand gemacht werden. Was passierte nach dem Ersten Weltkrieg?“ 12 bis 14 Uhr, Mittagspause: Vier verschiedene Gerichte stehen zum Angebot und kosten zwischen 9 und 12 Euro. 14 bis 15 Uhr, der LAB-Chor Hamburg, unter der Leitung Dieter Dziobaka, wird mit Volksliedern und alten Schlagermelodien erfreuen. 15 bis 15.45 Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ostpreußenplatt (Bielefeld) sorgt dafür, dass einiges in heimatlicher Mundart vorgetragen wird. Dazu gehört auch die musikalische Begleitung durch die Duddelspieler H. Grawitter und Lm. Schattling. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause; man lässt das Beisammensein langsam ausklingen. Nach dem Schluss des Heimattreffens kann individuelle Geselligkeit in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg (Norderstedt) nach zwölf Kilometern zu erreichen. Parkplatzmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln bis U-Bahn (U1) Station Ochsenzoll (Hamburg). Von da aus mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach zehn Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Die Busse fahren alle 40 Minuten. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades mit Gegenstromanlage. Weitere Informationen bei Mathilda Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460, oder Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPE

Insterburg Stadt und Land – Mittwoch, 4. August, 13 Uhr, die Sommerpause ist vorbei. Das Treffen findet im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125, statt. Auf dem Programm stehen ostpreußische Verse und Gedichte sowie Rückblick auf die Tagesfahrt mit Dia-Vorführung. Informationen: Manfred Samel, Telefon/Fax (040)587585.

HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Sonnabend, 7. August, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe in der „Sandelmühle“, Philipp-Schleißner-Weg 2a. Nach Kaffee und Kuchen (geht aufs Haus) singt man gemeinsam Volks- und Wanderlieder, so werden unter anderem besinnliche und lustige Wanderlieder vorgetragen. Gäste sind wie immer willkommen. – Mittwoch, 11. August, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 3. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90 direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Angesagt haben sich die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns" Warnemünde und Heimatsänger BernStein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Celle – Die Tagesfahrt der Gruppe führte in diesem Jahr bei sehr gutem Wetter nach Sittensen (Landkreis Rotenburg/Wümme). Dazu begrüßte der Erste Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, die Mitglieder und Gäste recht herzlich. In Sittensen angekommen wurde das Handwerkermuseum besichtigt, das in einer aus dem 16. Jahrhundert stammenden Wassermühle mitten im Dorfzentrum untergebracht ist. Präsentiert werden in der Ausstellung 18 typische Handwerksberufe, angefangen bei „A" wie Apotheker und endend mit „Z" wie Zimmermann. Ein reichhaltiges Mittagessen wurde dann im Hotel Schröder in Sittensen eingenommen. Mit der Moorbahn ging es dann am Nachmittag auf zu einer Fahrt durch das „Tister Bauernmoor". Während der rund 90-minütigen Fahrt gab es Auskunft über die Entstehung des Moores, den Torfabbau, die Pflanzen- und Tierwelt, die Renaturierung des Moores und über die Moorbahn selbst. Bei Interesse konnten die Teilnehmer von einem Aussichtsturm aus einen Überblick über die Moorlandschaft erhalten. Im Anschluss gab es im Café am Bahnhof noch eine Stärkung mit Kaffee und Kuchen. Manfred Kirrinnis dankte dem Zweiten Vorsitzenden, Uwe Jäckel, für die Organisation sowie den Vorstandsmitgliedern Monika Jepp und Rita Schluff für die Unterstützung während der Fahrt. Hervorzuheben bleibt auch die sehr gute Stimmung der Teilnehmer während des Ausfluges.

Delmenhorst – Dienstag, 3. August, 15 Uhr, Treffen der Frauen- und Männergruppe im Restaurant Riva beziehungsweise in der Kulturstube. – Dienstag, 10. August, 8.25 Uhr, ZOB, Tagesausflug nach Emsbüren. Anmeldungen bis zum 2. August bei Irmgard Lange, Telefon 50226.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Oldenburg – Bericht über den Ausflug der Gruppe. Es ist schon seit längerem klar, dass eine einzelne Landsmannschaft in Oldenburg keinen Bus mehr füllen kann, um einen Halbtagesausflug als Kulturfahrt zu organisieren. Aber allen gemeinsam unter dem Dach des Bundes der Vertriebenen (BdV) Kreisverband Oldenburg-Stadt gelingt es noch. So schloss sich die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen der Fahrt zu den „Ostdeutschen Heimat- und Trachtenstuben" nach Goldenstedt, Kreis Vechta, an und stellte auch das größte Kontingent. Das sehr schöne Anwesen in einer alten Schule mit einem ansehnlichen Außenbereich mit Gedenksteinen an viele deutsche Ostprovinzen und einzelne Heimatkreise offenbart aber andererseits auch die zunehmend problematische Situation der ostdeutschen Heimatstuben heute. Die Präsentation lockt heute kaum noch neue Besucher, zur musealen Aufbereitung fehlen Fachkräfte, Finanzmittel und Aufsichtspersonen für eine dauerhafte Öffenhaltung für Interessenten. Die Bestände in Goldenstedt präsentieren auf Schautafeln und in Vitrinen einen guten Überblick über die ehemaligen deutschen Ostprovinzen, und sie haben mit einer umfangreichen Trachtensammlung ein einmaliges Kleinod in ihrem Besitz. Alle genossen die Fahrt, auch wenn die hohen Temperaturen kaum zum Wandeln im Außenbereich einluden. – Im August macht die Frauengruppe Sommerpause und für den Rest des Jahres wird rechtzeitig zum September eingeladen.

Rinteln – Donnerstag, 12. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke referiert über die „Geschichte der Seeschifffahrt". Neben den Mitgliedern sind natürlich auch Freunde und interessierte Gäste herzlich willkommen. – Im September wird aufgrund des Mitgliederausfluges keine öffentliche Monatsversammlung stattfinden. – Nähere Informationen zur Arbeit der Gruppe erteilt Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (057551) 5386. – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz" war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Str. 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.

Landesgruppe – Es wird darauf hingewiesen, dass die 224 Seiten fassende Gedenkschrift „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder" zum Preis von drei Euro plus Versandkosten zu erwerben ist.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Am 17. Juli 2010 hätte Heinke Braß, die Landesfrauenreferentin von Nordrhein-Westfalen, ihren 70. Geburtstag gefeiert. Doch dazu kam es nicht mehr. Sie erlag am 5. Juli einer Krankheit, gegen die sie zwei Jahre lang mit bewundernswerter Energie gekämpft hatte. Die Landesgruppe verlor ein langjähriges Vorstandsmitglied und eine engagierte und kompetente Landsmännin. Heinke Braß war gebürtige Königsbergerin, und sie blieb ihrer Vaterstadt verbunden bis zu ihrem letzten Atemzug. Sie gehörte der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Königsberg an und hatte im Vorstand das Amt des Schatzmeisters inne. In der Sommerausgabe 2010 des Königsberger Bürgerbriefes machte der Stadtvorsitzende Klaus Weigelt noch deutlich, dass es ohne Heinke Braß gar nicht ging. „Heinke Braß hat uns auf der Tagung der Stadtvertreter wieder einmal bewiesen, dass es nicht nur hilfreich, sondern einfach lebensnotwendig ist, die Finanzen in Ordnung zu halten; und das ist ihr ganz persönliches Qualitätsmerkmal." Nun muss es ohne sie gehen. Seit 1983 hatte sie das Amt der Landesfrauenreferentin inne. Sie folgte darin ihrer Tante Gertrud Heincke, Ehefrau von Dr. Hanswerner Heincke, des langjährigen Kulturreferenten der Landesgruppe NRW. Jahrelang waren die Frauentagungen unter ihrer Leitung eine interessante und gern genutzte Möglichkeit zur Weiterbildung und zum Informationsaustausch. Zwei Tagungen im Jahre, eine Frühjahrs- und eine Herbsttagung, gehörten zum Programm der Landesgruppe. Später legte man die Kultur- und Frauentagung zusammen. Unermüdlich betreute Heinke Braß ihre Gruppen. Obwohl sie voll berufstätig war, lehnte sie kaum ab, wenn sie zu einem Besuch oder zu einem Vortrag eingeladen wurde. Dann sprach sie über den Deutschen Orden, über den Astronomen Bessel oder über ostpreußische Bräuche, um nur ein paar ihrer vielen Themen zu nennen. Besondere Freude machte sie den Landsleuten, wenn sie über ihre Reise in die Heimat berichtete. Als sie schon gegen ihre Krankheit kämpfte, nahm sie noch an Jubiläumsfeiern teil, so in Gütersloh an der Feier zum 60jährigen Bestehen. Und sie kam zu den Sitzungen und Tagungen der Landesgruppe, einmal direkt im Anschluss an eine Behandlung im Krankenhaus. In ihrem Verhalten war sie unverändert, diskutierte, referierte, machte Notizen und nahm an allen Programmpunkten und Gesprächen teil wie eh und je. Alle waren glücklich darüber und davon überzeugt, dass sie mit ihrer großen Energie noch viel schaffen würde. Wenn ihr Platz in der Vorstandssitzung nun leer bleibt, fehlt nicht nur eine tüchtige, engagierte und kompetente Mitarbeiterin. Es fehlt auch eine gebürtige Ostpreußin, die wirklich aus Königsberg stammt und sich noch an die Königsberger Stadtmusik und die Bläser am Heiligen Abend erinnern konnte. Auch im Bernsteinzimmer war sie als Kind, „aber damals natürlich noch so klein und so blöd, dass ich nicht viel mitbekommen habe", lautete ihre Version, wenn sie davon erzählte. Ganz genau aber erinnerte sie sich an Agnes Miegel, bei der sie sich während ihrer Schulzeit aus organisatorischen Gründen eine Zeitlang aufhielt. „Und einmal im Advent habe ich das ganze Marzipan aufgegessen, das sie mir anboten. Ich wusste nicht, dass das so mühsam zu machen war. Und es schmeckte so gut!" Agnes Miegel hatte dafür bestimmt volles Verständnis, und Heinke lud während ihrer Tätigkeit im Schuldienst – sie unterrichtete 27 Jahre lang Mathematik, Biologie und Physik am Gymnasium Brackwede – jedes Jahr im Advent ihre Schülerinnen und Schüler zu sich nach Hause ein und backte mit ihnen Königsberger Marzipan. Heinke Braß hielt Ostpreußen lebendig. Mit ihr haben wir wieder ein Stück Ostpreußen verloren. (Bärbel Beutner)

Bielefeld – Donnerstag, 5. August, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 3. August, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Sommerstammtisch im „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, wird an diesem Stammtisch teilnehmen. – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. August, Sommerausflug zum Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. Preis: Fahrt und Übernachtung pro Person im DZ 145 Euro, EZ 180 Euro. Anmeldungen bei M. Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 16. August, 14. 30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Freitag, 13. August, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, Düsseldorf.

Gütersloh – Montag, 2. August, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 9. August, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Siegburg – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. August, Sommerausflug zum Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. Preis: Fahrt und Übernachtung pro Person im DZ 145 Euro, EZ 180 Euro. Anmeldungen bei M. Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Wuppertal – Sonnabend, 14. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Victoria-Haus", Neumarkt 2, Wuppertal. – Mit einem Vortrag von der Ehrenvorsitzenden Renate Winterhagen beging die Gruppe den 90. Jahrestag der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen. Sie umriss die wirtschaftliche und politische Situation der damaligen Zeit in Deutschland. Ostpreußen war durch den Einfall der Russen verheerend zerstört, wie im übrigen Deutschland herrschten Hunger und Not. Das Land musste nicht nur Reparationszahlungen an die Siegermächte leisten, sondern auch hohe Abgaben aus Industrie, Wirtschaft und Landwirtschaft aufbringen und verlor zusätzlich ein Achtel seines Staatsgebietes. In dieser schweren Zeit fand die Abstimmung statt, bei der die Bevölkerung sich eindeutig mit 97,5 Prozent für einen Verbleib in Deutschland aussprach. – Die Gruppe fing schon früh mit den Vorbereitungen für das Fest auf Schloss Burg an. Es mussten Pavillons, Tische, Bänke aufgestellt und die Stände aufgebaut werden. Die Verantwortlichen der Landesgruppe hatten ein gutes Programm zusammengestellt, besonders der Festredner Hubert Maessen kam gut an. Es ist schon Tradition, dass die Solinger und Wuppertaler Gruppe einen Gemeinschaftsstand mit selbstgebackenem Kuchen sowie herzhaften Kräuterglumse und Tilsiter anbieten. Besonders erwähnenswert war der Auftritt der Wuppertaler Seniorentanzgruppe, diese tanzte in Ostpreußenkleidern gekonnt sechs einstudierte Tänze. Unter der Leitung von Ursula Knocks, einer „taufrischen Achtzigerin" zeigte die Gruppe ihr Können. Für alle Mitstreiter war es wieder ein arbeitsreicher, aber auch schöner Tag.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 30. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 6. August, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Mittwoch, 25. August, 14.30 Uhr, Schiffs-Kaffeefahrt mit der Primus-Linie in den Rheingau. Abfahrt ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 12. August, 13 Uhr, Treffen der Gruppe am Busbahnhof. Von dort Fahrt nach Tanne zum „Brockenbäcker".

Dessau – Montag, 9. August, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof". Es gibt Berichte aus der Heimat.

Gardelegen – Freitag, 30. Juli, 14 Uhr, Sommerfest im „Lindenhofgarten" mit Kegeln und Programm.

Giersleben – Donnerstag, 5. August, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule".

Königin Luise in Ostpreußen

Lüneburg – Mittwoch, 4. August, 19.30 Uhr, Vortrag der Historikerin Maria Schultz über Königin Luise in Ostpreußen im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10. Der Eintritt kostet 4 Euro (ermäßigt 3 Euro).

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Die Herbstfahrt der Gruppe geht nach Walsrode in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkorn-Seminar", Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidjer-Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Montag, 16. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Flensburger Kirche St. Marien mit anschließendem Kaffeetrinken. Weitere Informationen bei W. Brandes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Donnerstag, 5. August, 16 Uhr, Kranzniederlegung am Friedenshain. – Sonntag, 8. August, 12.45 Uhr, „Tag der Heimat" im Festsaal der Stadthalle Neumünster. Kultureller Schwerpunkt bildet Ost- und Westpreußen.

Pinneberg – Sonnabend, 14. August, 13 Uhr, Treffen der Gruppe auf dem Parkplatz am Markt, Pinneberg (gegenüber Iduna-Zentrum), mit oder ohne Pkw. Die Gruppe der Schlesier hat eine Fahrt nach Itzehoe, ins dortige Café Königsberg organisiert. Dort wird Herr Pfahl von der Dittchenbühne ostpreußische Geschichten vortragen. Kosten für die Bewirtung: 7 Euro. Anmeldungen an Herrn Biegler, Telefon (04101) 74769.

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. *„Zukunft für Ostpreußen“*

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Berenberg Bank	Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 0056941016	Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 201 200 00	BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Der Kreisausschuss – Nach der Wahl zum 6. Kreistag (seit 1989) kamen zunächst der amtierende Kreisausschuss und dann der neugewählte Kreistag zu Beratungen zusammen. Der Kreisausschuss (geschäftsführender Vorstand) tagte am 21. Mai in den Heimatstuben in Hagen. Im Wesentlichen befasste er sich mit den Themen der Kreistagssitzung. Kreisvertreter Herbert Monkowski gab bekannt, dass er auf der Kreistagssitzung einen Tätigkeitsbericht halten werde; Schatzmeister Klaus Schwittay nannte Zahlen für seinen Kassenbericht und die Redaktionsmitglieder Horst Tuguntke und Andreas Galenski äußerten sich zu neuen Themen für das künftige Heimatjahrbuch. Der Kreisvertreter teilte auch mit, dass er sich bei den ausgeschiedenen Kreistagsmitgliedern für ihre jahrzehntelange Heimatarbeit schriftlich bedankt habe, namentlich bei den früheren Kreisvertretern Winrich Otto und Leo Michalski. Außerdem gab er bekannt, dass das alt gediente Kreistagsmitglied Franz Jäger seine Wahl in den 6. Kreistag nicht angenommen hat und deshalb aus dem neuen Kreistag ausgeschieden ist.

Kreistagssitzung – Diese fand am 29. Mai im Sitzungssaal des Rathauses in Hagen statt. Der amtierende Kreistagsvorsitzende Johann Certa konnte 20 von 25 Kreistagsmitgliedern begrüßen, ebenso das Ehrenmitglied Hubert Große Kracht sowie den früheren Bürgermeister und Gemeinderatsvorsitzenden Martin Frauenheim. Erschienen war auch der ehemalige Kreistagsabgeordnete Franz Jäger, dem die Anwesenheit gestattet wurde. Im Vordergrund der Delegiertenversammlung stand die Wahl des Kreisausschusses sowie diejenige des Kreistagsvorsitzenden, seiner beiden Stellvertreter und der zwei Kassenprüfer. Nach der einstimmigen Entlastung der bisherigen Ausschussmitglieder führte Martin Frauenheim die Neuwahlen durch. Mehrere Kandidaten waren zur Wiederwahl bereit. In den Kreisausschuss wurden bei eigener Enthaltung einstimmig gewählt: Herbert Monkowski (Kreisvertreter), Hans-Peter Blasche (Stellvertreter), Klaus Josef Schwittay (Schatzmeister), Horst Tuguntke (Schriftleiter), Jan Hacia (Schriftführer), Auch der bisherige Kreistagsvorsitzende Johann Certa war zur Wiederwahl bereit und wurde einstimmig in dieses Amt gewählt. Ihm zur Seite stehen die neu gewählten Stellvertreter Andreas Galenski und Artur Korczak. Zu Kassenprüfern wurden gewählt: Paul Nowak und Bruno Kuczinna.

EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@gmx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Auf zum Hauptkreistreffen 2010 am 4./5. September in Winsen (Luhe) – Einiges wird wie immer sein: alte Bekannte wiedertreffen, neue Bekanntschaften machen, reden, zuhören, sehen. Im Foyer können Sie die Ausstellung „1944 – der letzte Sommer daheim“ betrachten, die wohl schönste Fotoausstellung der Kreisgemeinschaft, entstanden vor rund 15 Jahren. Am Samstagabend gibt es Musik und Tanz, und wer von Ihnen mit einem Gedicht, einem humorvollen Geschichtchen zusätzlich zum Gelingen des Abends beitragen möchte, ist am Mikrofon herzlich willkommen. Alles möglichst kurzweilig für Sie! – Aber zwei Dinge sind hervorzuheben: 1) Das diesjährige Hauptkreistreffen steht im Bezug zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Deshalb wieder die beliebte Lüneburgfahrt am Samstagvormittag (Abfahrt 10.30 Uhr von der Stadthalle Winsen). Im Museum gibt es außer den ständigen Ausstellungen in diesem Jahr als Sonderausstellungen die „Sinfonie der Farben“ des expressionistischen Malers Alexander Kolde und zu ihrem 200sten Todestag „Königin Luise – Mythos und Leben“ zu sehen. Entsprechend wird Hubertus Hilgendorff, Vorsitzender der Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V., am Sonntag im Rahmen des Festvortrages über die neuesten Entwicklungen und die Zukunftsperspektiven berichten. In Lüneburg entsteht Hochinteressantes! 2) Ganz wichtiger Programmpunkt am Sonnabend, 14 Uhr: die Mitgliederversammlung. Nach dem turbulenten und teilweise auch unangenehmen Verlauf im vergangenen September wird es Zeit, dass die Kreisgemeinschaft, wieder in ruhiges Fahrwasser einläuft. Ihre Anwesenheit dabei ist gefragt, damit Sie Ihre Meinung kundtun können. Es wird dabei um eine erneute Satzungsänderung gehen, die wegen veränderter gesetzlicher Vorgaben erforderlich geworden ist. Das ist nicht weltbewegend. Es wird vor allem aber um die personellen Entwicklungen gehen, darunter um die Nachwahl eines/einer 2. Stellvertreters/in des Kreisvertreters; bis zum 20. August können Sie Kandidatenvorschläge einreichen, über die dann aber noch satzungsgemäß der Kreistag entscheidet. Dass zu allem der Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters Einblicke geben wird, ist selbstverständlich. – Wieder einmal geht der Appell an Sie: Wenn Ihnen an der Kreisgemeinschaft, ihrem Bestand gelegen ist, dann kommen Sie bitte am 4./5. September zum Hauptkreistreffen nach Winsen!

ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Bruderhilfe der LO – Die Landsmannschaft Ostpreußen stellt für hilfsbedürftige Landsleute in Ostpreußen die sogenannte Bruderhilfe bereit. Wir im Kreis Elchniederung haben in diesem Jahr diese humanitäre Hilfe im feierlichen Rahmen übergeben. Am Sonntag, 4. Juli, 10 Uhr, fand in der Heinrichswalder Kirche ein evangelischer Gottesdienst auf Russisch und auch in Deutsch (übersetzt durch den Pfarrer) statt. Die neue evangelische Gemeindevorsteherin Sofia Tikhomirova hatte im Gemeindehaus Tee, Kaffee und Gebäck vorbereitet. Dann wurden – mit einer kleinen Ansprache – die Bruderhilfe und je ein Heimatbrief durch den Kreisvertreter überreicht. Beim Dank der Empfänger kam ihre große Freude über die erhaltene Geldspende zum Ausdruck.

Kreistreffen 2010 – Die Mitgliederversammlung / Kreistreffen findet am Sonnabend, 2. Oktober 2010 in Bad Nenndorf statt.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Diesjähriges Kreistreffen – Am 18. und 19. September 2010 findet wieder unser Kreistreffen in Pinneberg statt. Am Abend des 18. September wird es dann wieder, wie im letzten Jahr, ein gemeinsames Essen im Cap Polonio geben. Der Preis dafür wird wieder etwa 12 Euro sein. Wer daran teilnehmen möchte, melde sich bitte verbindlich unter Telefon (04101) 22037 an.

Seestadt Pillau – Beim diesjährigen Pillauer Heimattreffen von Sonnabend, 31. Juli bis Montag, 2. August, in Eckernförde muss die für den 2. August angekündigte fahrt in See leider ausfallen, da die „MS Borby“ überraschend verkauft wurde.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreisausschuss-Sitzung in Burgdorf – Am Wochenende vom 18. bis 20. Juni tagte der Vorstand in den Geschäftsräumen in der Wilhelmstraße in Burgdorf. Die Tagesordnung wurde in der Form angenommen, wie diese zuvor den Teilnehmern zugegangen war. Hauptthema an diesem Wochenende, das bevorstehende Hauptkreistreffen in Burgdorf im September. Am Abend vor dem diesjährigen Kreistreffen findet traditionell das gemütliche Matjesessen in Steinwedel mit den Mitarbeitern der Kreisgemeinschaft und den Freunden sowie ansässigen Politikern satt. Das Programm finden Sie im aktuellen Heimatblatt der Kreisgemeinschaft. Der Festvortrag wird in diesem Jahr gehalten von Frau Helge Kahnert, stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen Niedersachsen. Das abendliche Unterhaltungsprogramm wird bereichert durch Thorsten Hamer alias Heinz Erhardt. Ebenfalls vom großen Interesse war der vorgelegte Bericht der Kreisvertreterin, welcher u.a. die Reise nach Heiligenbeil beinhaltete. Ein ausführliches Protokoll ist in der Zwischenzeit an den Gesamtvorstand zur Kenntnisnahme zum Versand gekommen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft und die Kirchspielvertreter freuen sich auf ein Wiedersehn in Burgdorf beim

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

bevorstehenden Kreistreffen am Wochenende vom 11. und 12. September 2010! Bitte denken Sie schon jetzt an die Zimmerreservierung! Es wird wieder ein schönes Treffen

Laudatio Kurt Woike / Gratulation – Kurt Woike, amtierender Kirchspielvertreter des Kirchspiels Tiefensee der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, feierte am 23. Juli 2010 seinen 70. Geburtstag. Im Auftrag des Vorstandes und im Namen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliere ich unserem Kreistagsmitglied recht herzlich zum 70. Geburtstag. Landsmann Woike wurde 1940 als drittes Kind der Eheleute Erich und Grete Woike, geb. Pudlitz in Arnstein, Kreis Heiligenbeil/Ostpreußen geboren. Bis zur Flucht im Februar 1945 lebte Familie Woike auf dem mütterlichen Hof in Arnstein. Der Vater Erich wurde 1944 zum Volkssturm einberufen. Die Flucht endete an der Weichsel bei Dirschau. Die Russen stellten es den Flüchtlingen 1945 frei, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Zu Hause angekommen war der Schrecken groß. Bombensplitter hatten das Dach des Wohnhauses stark beschädigt. Im Januar 1946 begann für die Familie völlig unerwartet das zweite Kapitel der Flucht. Diese führte dann Richtung Westen. Unter schweren Bedingungen wurde in Schleswig-Holstein Fuß gefasst. Mit Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes erfuhr die Familie, dass der Vater Erich noch lebte. Es erfolgte der Umzug von Holstein nach Hessen. Hier besuchte Kurt Woike die Schule und nach seinem erfolgreichen Abschluss zum staatlich geprüften Landwirt bewältigte er seine Graduierung zum Ingenieur. 1998 erfolgte seine Pensionierung als Amtsrat. Für die Kreisgemeinschaft, die Kurt Woike immer am Herzen lag, setzte er sich immer mit großem Engagement ein. Sowohl als stellvertretender Kreisvertreter, Beisitzer und Kirchspielvertreter erhielt er für die 30jährige ehrenamtliche Arbeit viele verdiente Auszeichnungen. Insgesamt pflegte Kurt Woike über zehn Jahre als Beisitzer im Vorstand die aufwändige und äußerst wichtige Arbeit des Kreiskarteileiters. Bei dieser Arbeit wurde er von seiner Ehefrau Margliese unterstützt. Vor zwei Jahren legte er sein Amt aus persönlichen sowie gesundheitlichen Gründen nieder. Kurt Woike profilierte sich durch viele preußische Teamtugenden. Wir schätzen seine ruhige und ausgeglichene Art, wie er seine Ämter und den Kontakt mit den Mitgliedern der Kreisgemeinschaft ausübte und immer noch ausübt. Seine Höflichkeit, Zuverlässigkeit, Fachwissen, sein Fleiß und seine Loyalität gegenüber der ostpreußischen Heimat machen ihn zu einem Vorbild. Für diesen Beitrag danke ich ihm auch im Namen des gesamten Vorstandes. Alles Gute für die Zukunft.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lycker Treffen am 28./29. August 2010 – Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck lädt alle Lycker aus Stadt und Land und ihre Nachkommen zum diesjährigen Lycker Treffen nach Hagen in Westfalen herzlich ein. Die Teilnahme an dem Treffen sollte auch noch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung eine Ehrenpflicht sein. Das Treffen findet am 28. und 29. August 2010 in der Stadthalle in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen, Wasserloses Tal 2, statt. Folgendes Programm ist vorgesehen: Sonnabend, den 28. August 2010: 13 Uhr Tagung der Orts- und Bezirksvertreter im Ratssaal des Rathauses der Stadt Hagen, Rathausstraße 13. 14.30 Uhr Öffentliche Kreistagssitzung im Ratssaal des Rathauses der Stadt Hagen, Rathausstraße 13. 15 Uhr Öffnung der Stadthalle Hagen. 17 Uhr Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen. 19 Uhr Heimatabend im Vorraum der Stadthalle. Sonntag, den 29. August 2010: 9.30 Uhr Öffnung der Stadthalle Hagen. 11 Uhr Feierstunde im kleinen Saal der Stadthalle. 13 Uhr Arbeitstagung des Arbeitskreises „Mittlere Generation" auf der Empore des großen Saales der Stadthalle. 14 Uhr Begrüßung und gemütliches Beisammensein im großen Saal der Stadthalle. 19 Uhr Ausklang.

Die Charta aktualisieren?

Diskussion in Potsdam über die Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950

Am 5. August wird der 60. Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" begangen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) erinnert am 5. August in einem Festakt in Stuttgart an dieses Ereignis. Das „Deutsche Kulturforum östliches Europa" unternahm bereits am 6. Mai in einer Podiumsdiskussion in Potsdam eine Würdigung der Charta aus heutiger Sicht – eine der wenigen Veranstaltungen dieser Art außerhalb eines Vertriebenenverbandes. Etwa 60 meist ältere Interessenten waren erschienen. In der Gesprächsrunde saßen der polnische Historiker Robert Traba, Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, die bekannte Journalistin Helga Hirsch sowie BdV-Präsidiumsmitglied Sybille Dreher, die auch Vorsitzende der Landsmannschaft der Westpreußen ist. Die Diskutanten gehören nicht mehr zur Kriegsgeneration mit persönlichem Erleben von Flucht und Vertreibung, die Kriterien für die Beurteilung der Charta sind damit schon anders gelagert als bei Angehörigen der Erlebnisgenerationen.



Zur Erinnerung an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen: Gedenktafel vor dem Neuen Schloss in Stuttgart Bild: pa

Die seinerzeit erst fünf Jahre zurückliegenden schlimmen Erlebnisse der Massenaustreibungen spiegelten sich in den Aussagen der Charta wider, aber auch zukunftsgerichtetes Gedankengut wie Verzicht auf Rache und Vergeltung und die Mitarbeit der Vertriebenen an der Schaffung eines geeinten Europas. Aus dieser Sicht besitzt dieses Dokument bis heute eine fundamentale Bedeutung als „Grundgesetz" für Millionen deutscher Vertriebener – seien sie in einem Verband organisiert oder nicht, so die Argumentationslinie von Dreher. Die historische Einbettung der Charta stellte auch Hirsch nicht in Frage. Sie bekundete aber Schwierigkeiten mit dem Recht auf die Heimat, dem zentralen Anliegen der Vertriebenenpolitik. Zwar herrschte 1950 in der alten Bundesrepublik ein breiter Konsens nicht nur über das Rückkehrrecht in die Heimat, sondern auch über die tatsächlich anzustrebende Rückkehr. Doch dieser Konsens begann schon bald zu erodieren, das Bild von Deutschland reduzierte sich zunehmend auf die alte Bundesrepublik, die DDR und Berlin. Heute nun, angesichts eines zusammenwachsenden Europas mit Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, hat die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf die Heimat zumindest einige Konkretheit verloren, manche halten es gar für überholt.

Von der Generationen der ehemaligen Bewohner der Ostgebiete wollen schon aus Altergründen nur noch ganz wenige zurückzukehren. In eben diesem Sinne äußerte sich eine bekannte Vertriebenenpolitikerin aus einer „reichsdeutschen" Landsmannschaft. Hirsch kritisierte, dass bei der Erarbeitung der Charta keine „normalen" Vertriebenen, sondern nur Funktionäre beteiligt worden seien, von denen zudem einige noch NS-belastet gewesen seien – letztlich eine Infragestellung der Legitimation der Charta.

Für Traba war und ist die Charta ein politisches Instrument für die innerdeutsche Auseinandersetzung in der Vertriebenenfrage, auch als eine Antwort der Vertriebenen auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz – verkürzt ausgedrückt – zur Grenzfrage. Traba charakterisierte sie als historisches Dokument mit identitätsstiftender Zielsetzung für die Deutschen, Vertriebene und Nichtvertriebene. Übereinstimmung bestand in der Diskussion, dass die Charta in einer Zeit noch lebendiger Erinnerungen an Flucht, Vertreibung, Krieg und Bombardements entstanden sei. Das mache sie zu einem historischen Dokument.

Im Jahre 2010, 65 Jahre nach Kriegsende und 60 Jahre nach Verkündung der Charta sind nicht nur neue Generationen in die Verantwortung gekommen, sondern wesentliche Anliegen des Dokuments sind erfüllt, vor allem die Integration, die Überwindung der materiellen Not der Vertriebenen und die Schaffung des vereinten Europas, in dem die Völker „ohne Furcht und Zwang" zusammenleben würden, wie die Charta es visionär gefordert hatte.

Ein Ergebnis der knapp zweistündigen Diskussion war, dass die Charta der deutschen Öffentlichkeit kaum mehr bekannt sei, denn in vielen Quellensammlungen und Schulgeschichtsbüchern erscheine sie nicht mehr. Während der BdV sich gegen jegliche Entwertung der Charta ausspricht und am Ursprungstext festhält, regen andere eine Fortschreibung der Charta an; ansonsten bleibe das Dokument, aus den Bedingungen des Jahres 1950 entstanden, historisch.

Karlheinz Lau

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Diesjähriges Heimattreffen – Zu unserem diesjährigen Heimattreffen in 37133 Friedland bei Göttingen lädt der Vorstand alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft Neidenburg herzlich ein. es findet am Sonntag, 12. September von 9-17 Uhr, im Hotel Restaurant Biewald, Weghausstraße 20, Friedland, statt. Bereits am Sonnabend, 11. September, beginnt um 15.30 Uhr, ebenfalls im Hotel Restaurant Biewald, die öffentliche Sitzung des Kreistages mit der anschließenden konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages für die Legislaturperiode 2010 bis 1014. Fest eingeplant für alle Teilnehmer sind am Sonntagsnachmittag der Besuch des Grenzdurchgangslagers mit mehreren Führungen, sowie die Besichtigung der imposanten Gedächtnisstätten (Mahnmal). Auch die Kirchen werden geöffnet sein. Alles liegt dicht beieinander. Außerdem steht den Besuchern bei Bedarf ein kostenloser Pendelbus zur Verfügung. Mit dem alle zwei Jahre im norddeutschen Raum stattfindenden Kreistreffen betreten wir in diesem Jahr gewissermaßen Neuland. Nach den viele Jahre in Hannover durchgeführten Veranstaltungen und dem 2008 in Lüneburg gut besuchten Treffen, hoffen wir auch in diesem Jahr auf eine entsprechende Resonanz. Noch nie hat eine Kreisgemeinschaft ein Heimattreffen in diesem schicksalshaften Ort durchgeführt, den bis zum heutigen Tage über vier Millionen Menschen durchliefen. Da auch viele Neidenburger und Soldauer dieses große Lager durchlaufen haben, lag es auf der Hand, hier einmal ein Heimattreffen durchzuführen. Einen schönen Sommer, bis zu einem Wiedersehen in Friedland, wünscht Ihnen Ihr Kreisvertreter.

Erbe für die Ewigkeit

Der Direktor des Kulturzentrums in Ellingen blickt positiv in die Zukunft des Museums, das die Geschichte Ostpreußens zeigt

25 Jahre ist Wolfgang Freyberg nun im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen tätig. Der *PAZ* erzählt er, worauf er stolz ist und was er noch bewegen will.

PAZ: *Das von Ihnen geleitete Kulturzentrum Ostpreußen belegt inzwischen den gesamten Westflügel der Residenz Ellingen. War das schon immer so?*

Wolfgang Freyberg: Als ich 1985 nach Ellingen kam, bestand das Kulturzentrum lediglich aus Räumen im Erdgeschoss. Die Einrichtung hatte überhaupt nicht den Standard, den sie heute besitzt.

PAZ: *Hatten Sie selbst in Anbetracht der damaligen eher beengten Räumlichkeiten je an eine Dauerstellung Ihrerseits gedacht oder eher an eine berufliche Zwischenstation?*

Freyberg: Ich kam mit Tatendrang und Elan nach Ellingen, um hier Neues zu schaffen und mich nicht mit der vorhandenen Situation zufrieden zu geben. Schnell entwickelten sich Vorstellungen, wie die Einrichtung in Zukunft aussehen könnte. Hier sind natürlich immer günstige Entwicklungen wichtig, der Zufluss von entsprechenden Exponaten und eben die Zusammenarbeit mit den entscheidenden Stellen. Hier muss man a) die Landsmannschaft Ostpreußen, b) das Arbeits- und Sozialministerium in München und c) die Bayerische Schlösserverwaltung nennen, die in einem Zusammenspiel die Sanierung des Westflügels erst möglich machten. Allerdings war damals schon zu sehen, dass wir, was die finanziellen Möglichkeiten anbetrifft, nie auf Rosen gebettet sein würden. Aber es war immer möglich, vernünftige Dinge zu machen.

PAZ: *Gibt es Pläne zur Erweiterung des Kulturzentrums Ostpreußen?*

Freyberg: Man erkennt sofort, dass die Besucher beim Betreten des Schlosses keinen direkten Kontakt zum Kulturzentrum haben. Man muss sich erst durch den Südflügel in den Westflügel „vorarbeiten“. Das bedeutet, dass eine räumliche Fortentwicklung in Richtung Südflügel wünschenswert wäre. Jetzt wäre dies möglich, da die Kastellanwohnung leer steht. Von einer Erweiterung verspreche ich mir eine erheblich verbesserte Eingangssituation, denn sie würde dazu führen, die Einrichtung für Besucher attraktiv zu machen, die nicht zielgerichtet ins Kulturzentrum kommen, sondern sich spontan zu einem Besuch der Einrichtung entscheiden. In neuen Räumen könnten wir mit moderner Technik, Multivision und Ähnlichem natürlich einiges machen.

PAZ: *Dank Ihrer zahlreichen Ausstellungen und Aktionen haben Sie heute zum Teil ein Stammpublikum. Es kommen aber auch immer mehr Neuinteressierte in das Kulturzentrum. Was sind die Beweggründe dieser Besucher?*

Freyberg: Die Neuinteressierten muss man in zwei Gruppen teilen. Das sind erstens Besucher, die kulturelles Interesse haben, das über die Region hinausgeht, also allgemein Kulturinteressierte. Diese versuchen wir natürlich gezielt anzusprechen. Unsere Ausstellungen sind nicht immer nur von einer reinen Ostpreußenthematik, sondern wir haben auch Künstler der Region ausgestellt. Dazu haben wir auch Ausstellungen gemacht, die sich mit der Region und deren Verbindungen mit dem Deutschen Orden beschäftigen. Dieses ist durchaus eine Thematik, die man sonst hier in der Region in dieser Art nicht findet. Die zweite Gruppe sind Interessierte, die über unsere Werbung speziell im ostpreußischen Bereich, aber auch über das Internet bundesweit läuft, von unserer Einrichtung erfahren. Man merkt dies eindeutig in unserem Gästebuch an den Eintragungen, bei denen die Besucher ihren Wohnort meistens mitteilen. Wir sind also eine Einrichtung, die Gäste hat und die für die Thematik sehr starkes Interesse haben, verbunden mit den unterschiedlichsten persönlichen Beweggründen.



Seit 25 Jahren dabei: Wolfgang Freyberg Bild: M.F.

PAZ: *Sie nutzen auch sehr intensiv die Kooperation mit den Museen in den historischen deutschen Ostgebieten. Wie werden Sie dort persönlich als Partner geschätzt?*

Freyberg: Die Besuche bei den Kollegen vor Ort sind immer Höhepunkte im jährlichen Programm. Wir haben uns im Laufe der Zeit ein sehr gutes Image erarbeitet. Die litauischen, russischen und polnischen Kollegen wissen, dass wir historisch exakt arbeiten, dass wir nichts verkleistern, aber auch nichts verschweigen, dass wir zur Geschichte stehen, aber nicht nur die Geschichte, sondern darüber hinaus auch Kunstausstellungen vor Ort präsentieren. Ich habe zu vielen der Museumskollegen im Laufe der Jahre doch eine sehr gute Beziehung aufgebaut.

PAZ: *Eine kleine „Außenstelle“ des Kulturzentrums wurde vor kurzem im Altvaterturm in Thüringen eingerichtet. Wer betreut diese vor Ort und welchen Nutzen für die Bewahrung der Geschichte versprechen Sie sich davon?*

Freyberg: Unser Ostpreußenzimmer im Altvaterturm wurde von uns mit einer Ausstellung ausgestattet, die über ostpreußische Geschichte, Kultur und Landschaft, aber auch über Flucht und Vertreibung informiert. Dieses Ostpreußenzimmer im siebten Stock des Turmes wurde von uns komplett konzipiert und eingerichtet. Dazu gibt es dort auch Informationsmaterial. Die Pflege vor Ort wird vom Betreuer beziehungsweise Hausmeister des Vereins, der den Turm betreibt, übernommen.

PAZ: *Verraten Sie uns doch noch etwas über Ihre geplanten Projekte in der nahen Zukunft?*

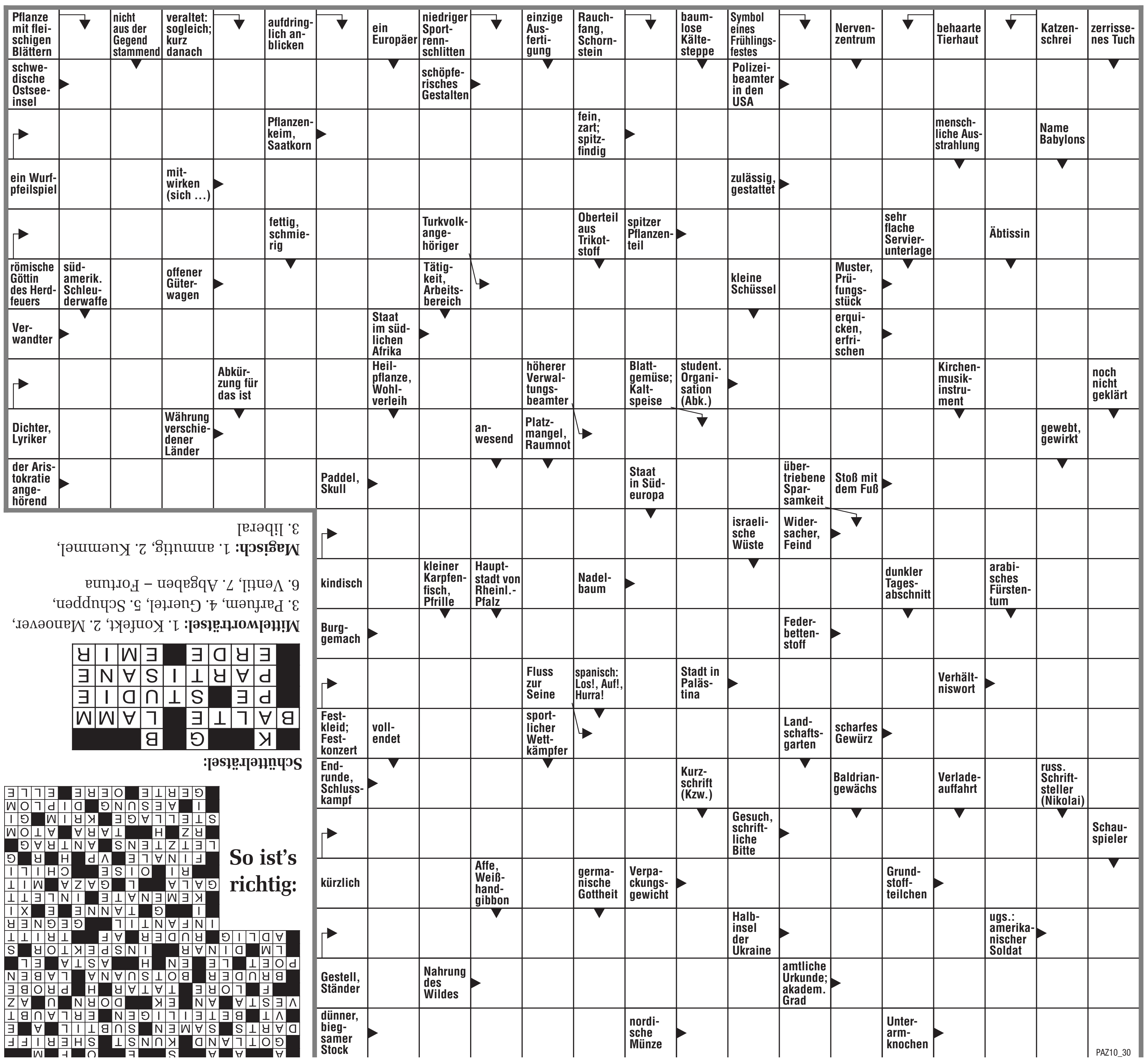
Freyberg: Wichtig bleibt für uns, das Thema „Deutscher Orden“ nicht aus den Augen zu verlieren und die europäische Dimension der Ordensgeschichte deutlich zu machen. Hier ist sicherlich noch einiges zu tun. In mittlerer Zukunft gibt es das Projekt 1914/2014, also 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dieses wird in ganz Deutschland in einigen Jahren ein großes Medienecho beziehungsweise Ausstellungsecho haben. Daran werden wir uns selbstverständlich beteiligen. Ich möchte an dieser Stelle gern betonen, dass die Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum unter dem neuen Direktor hervorragend funktioniert.

PAZ: *Was könnte man Ihrer Ansicht nach tun, um die Völkerverständigung noch zu verbessern?*

Freyberg: Um die Völkerverständigung zu verbessern, ist es für mich ganz wichtig, den Austausch zu fördern. Hier darf keine Einbahnstraße entstehen, bei der nur die Deutschen irgendwo etwas hinbringen, sondern es muss auch umgekehrt funktionieren. Diese Projekte sollten allerdings finanziell entsprechend unterfüttert werden. Man kann auf manches andere vielleicht verzichten, aber gerade der Austausch von Personal erscheint mir sehr sinnvoll. In diesem Bereich gäbe es sicherlich mehr Möglichkeiten, um etwa die sprachliche Kompetenz zu fördern. Wir haben die Generation der Menschen einfach nicht mehr, die in beiden Kulturen groß geworden ist oder eben nur noch eine sehr beschränkte Anzahl. Hier sind alte Fähigkeiten wieder neu zu lernen.

PAZ: *Zum guten Schluss ... Wird das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen auch bestehen bleiben können, wenn von den einst selbst Vertriebenen keiner mehr unter uns weilen wird?*

Freyberg: Ich bin überzeugt, dass das Kulturzentrum einen hohen Stellenwert hat. Speziell im November, wenn wir unseren Herbstmarkt haben, ist fast ganz Ellingen bei uns. Was die Bedeutung des Kulturzentrums Ostpreußen betrifft, glaube ich, dass es kulturell interessierte Personen auch in Zukunft geben wird. Das erfordert auch, dass man diese Einrichtungen entsprechend ausstattet. Zudem ist Personal nötig, das immer auf dem neuesten Stand ist. Es kann sich jeder davon überzeugen, dass wir in Ellingen engagierte und kompetente Mitarbeiter haben.

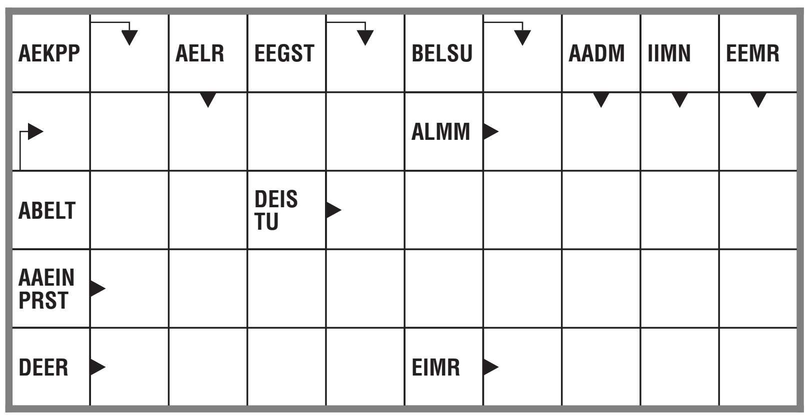


Mittelworträtsel: 1. Konfekt, 2. Manoever, 3. Parfuem, 4. Guertel, 5. Schuppen, 6. Ventil, 7. Abgaben – Fortuna

Magisch: 1. anmutig, 2. Kuemmel, 3. liberal

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

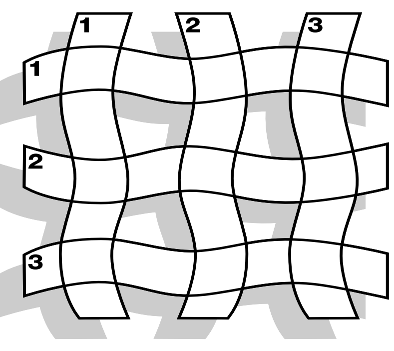


Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung die römische Glücksgöttin.

Nr.	Links	Rechts
1	EIS	SCHACHTEL
2	FLOTTEN	KRITIK
3	HERREN	FLASCHE
4	HOSEN	SCHNALLE
5	HOLZ	TIER
6	STEUER	GUMMI
7	SOZIAL	FREI

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 liebreizend, graziös
2 Gewürzpflanze
3 freiheitlich, vorurteilslos

Der Königin Luise schöne Kleider

Eine Ausstellung in Schloss Paretz zeigt ein Modepanorama der Epoche um 1800 – Authentische Exponate

Eine Ausstellung der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) präsentiert erstmals den erhaltenen Kleiderbestand der Königin Luise. Anlass ist der 200. Todestag der beliebten Monarchin.

Die Ausstellung in den ehemals königlichen Wohnräumen in Schloss Paretz erlangt nicht zuletzt auch durch den Ort Authentizität. Entfaltet wird ein glanzvolles Mode-Spektrum des Zeitalters, in dem sich Klassizismus und Empire ein Stelldichein geben.

Für viele Frauen ist die Beschäftigung mit Fragen der Mode und der Kosmetik heutzutage selbstverständlich. Kaum eine Illustrierte, die sich nicht dieser Themen

> In der Mode wirkte Luise als Leitbild für die vornehme Dame

annimmt. Modells und Popstars werden von jungen Mädchen als Vorbilder genommen. Für die Zeit um 1800 kam der Königin Luise diese Leitbildfunktion zu. Als schöne junge Frau wirkte sie in allen Belangen der Garderobe und der äußeren Erscheinung als Vorbild. Maler haben diese Rolle in zahlreichen Porträts inszeniert und verbreitet. Die Ausstellung dokumentiert die Rolle der populären „Schönheitskönigin“ Luise nicht nur anhand originaler Kleider und Accessoires, sondern auch über zahlreiche neue, für die Schau erstmals ausgewertete Quellen. Handgeschriebene Listen, zu Inventarbüchern gebunden, verzeichnen in preußisch-akribischer Manier sämtliche Kleider, Roben, Pelze, Chemisen und Hüte der Monarchin. So sind das Aussteuerinventar von 1793, das Nachlassinventar von 1810, das Schatullbuch der Badereise Luises nach Bad Pyrmont und Rechnungen französischer Luxushändler erhalten. Apropos Rechnungen: Guter Geschmack ist nicht preiswert.

Luise verfügte über ein „Nadelgeld“ von 200 Friedrichsdor (1000 Talern) monatlich. Das schien ihr jedoch zu knapp bemessen, so dass sie 1802 ihren Gatten Friedrich Wilhelm um weitere 1000 Taler bat. Zu Luises Ehrenrettung muss allerdings bemerkt werden, dass von diesen 1000 Talern sie nicht nur ihre Garderobe und Kosmetik bezahlen musste, sondern auch Pensionen, Geschenke und Almosen. Und doch lebten Tuch- und Seidenhändler, Hut- und Handschuhmacher nicht schlecht.

Luise war eine begeisterte Leserin der damals einschlägigen Literatur, so gehörte neben der englischen Zeitschrift „Gallery of Fashion“ auch das in Weimar herausgegebene „Journal des Luxus und der Moden“ zu ihrer Lektüre. Dort fand sie ihre Anregungen, die an die Schneider und Tuchmacher weitergegeben wurden. Es gab kaum ein modisches Detail, auf das die Königin nicht Einfluss nahm, sie zeichnete sogar selbst das eine oder andere Muster, nach dem dann gestickt wurde. Dass sie jedoch die Mode des Kinntuchs „erfand“, wird bezweifelt. Sie hatte das Tuch benutzt, um eine Schwellung am Hals zu verdecken. Da Johann Gottfried Schadow die Kronprinzessin aber 1795 mit eben diesem Kopfputz in seinem berühmt gewordenen Doppelstandbild Luise und Friederike dargestellt hatte, ahmte die Damenwelt diese Mode bald nach. Doch schon drei Jahre zuvor war im „Journal des Luxus und der Moden“ von diesem Kinntuch zu lesen.

Luises zeitweilig in Paris lebenden Geschwister Therese und Georg hielten sie ebenfalls in Sachen Mode auf dem Laufenden. Die Einkäufe erledigte die Frau des preußischen Gesandten Lucchesini und durch berittene Eilpost ließ sie diese nach Berlin und später sogar ins königliche Exil nach Königsberg bringen. In Kriegszeiten eine gewiss nicht unerhebliche Belastung. Luise war aber auch in der glücklichen Lage, wunderschöne Kleider und Pelze geschenkt zu erhalten. „Ich packe aus, finde 12 Hüte und Bonnets, einen Karton voll Blumen und einen Karton mit einem Spitzenkleid von ungeheurem Wert, ein schwarzes Spitzenkleid und ein Ballkleid in Stahl gestickt, pompös“, freute sie sich, als sie 1803 eine Sendung aus Paris erhielt. Absenderin war keine andere als Josephine de Beauharnais, Gemahlin des Kaisers Napoleon. Ob sie ahnte, dass sich hinter dem Geschenk die Absicht verbarg, von den militärischen Plänen Frankreichs abzulenken? Als Luise 1807 in Tilsit auf Napoleon trifft und um gnädige Friedensbedingungen für Preußen bittet, hat der Korse nichts anderes im Sinn, als die Monarchin aus dem Konzept zu bringen und sie nach dem Stoff zu fragen, aus dem ihr Kleid geschneidert war.

Auch von der russischen Zarenfamilie erhielt Luise kostbare Kleider geschenkt – weiche Kaschmirschals, edle Brokate und feinste Spitzen, Juwelen und Pelze waren Ausdruck herzlicher Freundschaft. Luise liebte es sonst zu Hause ungezwungen, dazu gehörte ein „Morgenanzug von lila Seide“, eine durchaus angebrachte Bekleidung, wenn Verwandte zugegen waren. Als im Juni 1802 jedoch Zar Alexander I. in Memel, dem damaligen Exil der königlichen Familie, Luise die Aufwartung machen wollte, traf sie es völlig unvorbereitet: „Um 9 Uhr lag ich in Nachtmütze und Schlafrock auf meinem Sofa ausgestreckt. Plötzlich tritt der Kaiser ein, hinter dem König; ich war in äußerster Verlegenheit, aber er ist so nachsichtig, dass er den Mangel an Toilette nicht übel nahm.“

Eben dieser lila Morgenrock ist in Paretz zu sehen, wenn er auch im Lauf der Jahrhunderte an Farbe verloren hat. Dennoch ist es erstaunlich, dass viele der Originalkleider noch so gut erhalten sind. Von dem Seidentuch, dass Luise getragen hat und dass Friedrich Wilhelm III. nach dem Tod sei-

> Im lila Morgenrock den russischen Zaren empfangen

ner Frau auf den Altar der Paretzer Kirche gelegt hatte, sind nur noch Fragmente erhalten. Erschütternd ist der Anblick des Traurings der Königin, ein schlichter Goldreif, der durch eben diese Schlichtheit rührt.

Es ist diese Faszination des Originals, die von den über 250 Exponaten ausgeht. „Den Gegenständen wohnt der große Zauber von ‚Berührungsreliqien‘ inne, der durch keine noch so geglückte Reproduktion zu ersetzen ist“, schreibt Bärbel Hedinger, eine der Kuratorinnen der Ausstellung, im Katalog, der zu einem kurzweiligen Lesebuch über Königin Luise geworden ist. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin“, ist in Schloss Paretz vom 31. Juli bis 31. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 7/5 Euro. Katalog, hrsg. von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Hirmer Verlag, München 2010, 288 Seiten, gebunden, 34,90 Euro.



Königin Luise von Preußen: Ein Porträt von Elisabeth-Louise Vigée-Lebrun (Pastell, 1801) Bild: spsg

Umbau statt Abriss

Von der Kirche zur Kita: Ein zweites Leben für ein denkmalwürdiges Bauwerk

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihre Landeskirchen leiden unter schrumpfenden Mitgliederzahlen. So bleibt der Abschied von manchem Kirchengebäude nicht aus: 340 Gotteshäuser gab die EKD zwischen 1990 und 2005 zur Umnutzung frei. Einige wurden abgerissen (46), andere verkauft (97) – davon die meisten wegen Baufälligkeit (79). Sehr viele dieser Kirchen und Kapellen stehen jedoch ungenutzt da (130) – Zukunft ungewiss. Nur 26 Kirchbauten konnten erfolgreich an Dritte vermietet werden. Oft mangelt es am kirchenkonformen Nutzungskonzept. Immerhin 41 einstige Bethäuser wurden bundesweit umgewidmet.

Dass eine Kirche jedoch nicht nur baulich erhalten bleibt, sondern in der Trägerschaft der Gemeinde und zudem Kindern Spieloase und Ort der Heranführung an den Glauben bietet, ist einmalig. Die Hamburger Bethlehem-Kirche wird so zum Pilotprojekt für einen modern-großzügigen Kindergarten und den Erhalt christlicher Architektur.

Im Jahr 2005 entwidmet und bald zum Abriss freigegeben, stand der Bethlehem-Kirche, einem roten Ziegelbau aus den 60er Jahren, ein düsteres Schicksal bevor. Davon ist inzwischen keine Rede mehr. Der Umbau zum Kindergarten verläuft plangemäß, im Spätsommer ziehen zwei Gruppen mit 44 Kindern um. Im September soll der Außenbereich fertig sein. Es ist ein Projekt, das Denkmalschutz, weiterer kirchlicher Nutzung und den Bedürfnissen der Kinder Rechnung trägt – für 1,2 Millionen Euro.

Kirsten Dieckow leitet die Kita in den farbenfrohen, doch beengten alten Räumen. Dieses Gebäude wird abgerissen. Mit der neuen Nutzung bleibt der Kirchbau in der Trägerschaft der Gemeinde. Die eigentliche planerische Revolution bildet jedoch die rund 300 Quadratmeter große Innen-Spielfläche im Kirchenschiff, das weiterhin einen Altar beherbergen wird – trotz Entwidmung – als Ort späterer Kindergottesdienste, „vielleicht auch für Taufen, wenn Eltern das wünschen“, so Dieckow. Das Spiel-Themenfeld wird gerade mit den Architekten geplant. Flexibel soll es sein. Den denkmalgeschützten Bau öffnen die Planer nach innen und außen mit einem Haus im Haus. So entstehen Gruppenräume in luftiger Stahl-Glas-Konstruktion.



Noch eine Baustelle: Die Leiterin der Kita, Kirsten Diekow, begutachtet ihren späteren Wirkungskreis. Bild: Gutschmidt

Wenn Kirsten Dieckow von dem jahrelang erwarteten Bau spricht, kommt sie ins Schwärmen: „Die Kinder können den einstigen Kirchenraum für sich erobern – ein einmaliger Vorgang und darum habe ich mich bei der Planung dafür eingesetzt, viele Bereiche schlicht zu halten, damit die Kinder die Nutzung festlegen.“ Dem Bau bleibt somit erspart, was vor allem in den Neuen Ländern heute viele Orte belastet: Kirchen-Umnutzungen mit ungewisser Zukunft.

Noch hallt Baulärm durch den weiten, klar gegliederten Raum. „Um den späteren Geräuschpegel mache ich mir nicht so Sorgen – wir haben die Kirche schon oft genutzt. Die Anwohner, die für den Erhalt der Kirche gekämpft haben, begrüßen nach meiner Erfahrung das Projekt.“ Gerade ältere Gemeindemitglieder können die Aufgabe von Kirchgebäuden erfahrungsgemäß schwer akzeptieren – mit der neuen Lösung bleibt der Kirchbau nicht nur sichtbar, sondern auch funktionell der einstigen Bestimmung nah. *Sverre Gutschmidt*

Flensburger Punkte

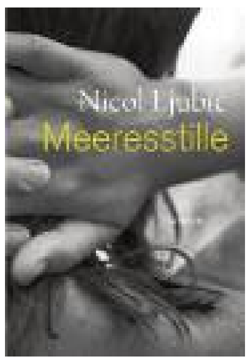
Sonderausstellung an der Förde

Wohl jeder Autofahrer fürchtet sie, die Flensburger Verkehrssünder-Punkte oder, wie es korrekt heißt, die „Eintragungen über Verkehrsverstöße im Verkehrszentralregister“ beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Doch nicht nur das KBA sammelt „Punkte in Flensburg“. Der Museumsberg Flensburg sammelt bereits seit über 130 Jahren ebenfalls Punkte. Ob auf Gemälden, Kleidern, Keramiken oder Designobjekten – Punkte finden sich allerorten. Die schönste Auswahl daraus zeigt der Museumsberg jetzt in einer Sonderausstellung. Ende des 19. Jahrhunderts entstand in Frankreich eine Stilrichtung, die den Punkt sogar im Namen trug: der Pointillismus. War der Punkt damals nur ein Baustein, wurde er mit dem Aufkommen der abstrakten Kunst erstmals zum bewusst gewählten Motiv. Wassily Kandinsky widmete dem Punkt sogar ein Buch. In der Pop Art wurden Punkte zum Markenzeichen für Roy Lichtenstein. Auch in der Mode spielte der Punkt eine besondere Rolle. Schon bald gehörten die „Polka dots“ zu den beliebtesten und am häufigsten kopierten Mustern ihrer Zeit. *mb*



Hans Olde: Am hohen Ufer; Punkte können auch ein künstlerisches Ausdrucksmittel sein. Bild: Museumsberg Flensburg

Die Ausstellung im Hans-Christiansen-Haus, Museumsberg Flensburg ist noch bis zum 29. August dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr zu sehen.



Die Last der Schuld

Kroate liebt Serbin

„Die Tür ging auf, und im selben Moment schossen die Flammen empor, Flammen in verschiedenen Farben, blau, gelb, als hätte jemand das Feuer geschürt.“ So schildert eine Zeugin in Nicol Ljubis Roman „Meeresstille“ den Moment, als sie ihre Familie verlor. Der in Berlin lebende Kroate hat den Krieg in Jugoslawien als Thema für seinen Roman gewählt, in dem er den Prozess gegen den fiktiven serbischen Kriegsverbrecher Zlatko Simic schildert. Dieser soll damals als Helfer des Roten Kreuzes getarnt eine muslimische Familie in ein Haus gelotst haben, von dem sie angeblich Busse des Roten Kreuzes abholen und vor den Auseinandersetzungen zwischen Serben und Muslimen in dem Ort Visegrad in Sicherheit bringen sollten. Doch statt dessen kamen Serben, raubten die Flüchtlinge aus und kurze Zeit später stand das Haus in Flammen und nur die Zeugin konnte sich retten.

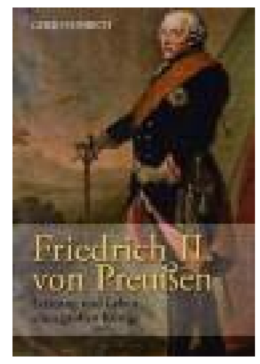
Ljubis schildert den Prozess aus Sicht von Robert, einem deutschen Historiker, der als wissenschaftlicher Assistent an einer Universität arbeitet, sich aber trotz der kroatischen Herkunft seines Vaters nie mit dem Jugoslawienkrieg auseinandergesetzt hat. Erst als der schüchterne junge Mann im Theater an der Garderobe die junge Studentin Ana aus Belgrad kennen- und später lieben lernt, bekommt der über ein Jahrzehnt zurückliegende Krieg plötzlich für ihn eine Bedeutung. Dabei waren es eigentlich nur Fragen eines Freundes, der von Ana wissen wollte, was sie nach dem Studium machen wolle, und der, als sie antwortete, dass sie erstmal zurück nach Belgrad wolle, fragte, ob sie den Fall um den Kriegsverbrecher Karadzic verfolgt habe. Anas heftige Reaktion verwunderte Robert und Stück für Stück erfuhr er, warum, so dass er nicht anders konnte, als nach Den Haag zu fahren und den Kriegsverbrecherprozess zu verfolgen.

Der 1971 in Zagreb geborene Autor wechselt zwischen dem Geschehen im Gerichtssaal und Roberts Erinnerungen an seine Beziehung zu Ana hin und her. Allmählich erfährt der Leser, warum Robert nicht anders konnte, als nach Den Haag zu fahren. Hier hofft der unglücklich Verliebte Antworten auf Anas abweisendes Verhalten zu bekommen. Doch auch hier bekommt er sie nicht, so dass er später sogar nach Serbien reist, um vor Ort eine noch immer gespaltene Nation zu erleben.

Enge Beziehung zu Kriegsverbrecher

Das von Nicol Ljubic gewählte Thema ist äußerst reizvoll. Es verknüpft die Frage nach Schuld, Verantwortung und Versöhnung mit einer Liebesgeschichte. Doch leider ist der an sich kurze Roman nicht kurzweilig geraten. Roberts Erinnerungen an seine Liebe zu Ana sind zeitweise langatmig. Robert mangelt es an Selbstbewusstsein und aus Freude, eine so tolle Freundin wie Ana zu haben, fragt er nicht weiter nach, wenn es um ihre Kindheit geht, obwohl er anhand ihrer unkontrollierten Wut darüber, dass die Serben immer die Bösen sein sollen, ahnt, dass sie einen persönlichen Bezug hierzu hat. *Rebecca Bellano*

***Nicol Ljubic: „Meeresstille“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 191 Seiten, 17 Euro*



König Überall

Neue Biographie betont die Vielseitigkeit von Friedrich dem Großen

Jährliche Inspektionsreisen gehörten für Friedrich den Großen zum selbstverständlichen Bestandteil seiner Regierungstätigkeit. Bis ein Jahr vor seinem Tod hat er das zerklüftete Staatsgebiet bereist, von Königsberg bis Kleve, fast jedes Jahr Schlesien. Die Notablen erwarteten ihn mit Bewunderung und geheimer Furcht – Bewunderung für den großen König und Furcht, weil nur zu oft herbe Kritik und ätzender Spott sie treffen konnten, lief etwas nicht so wie zuvor befohlen.

Würde Friedrich heute seine Reisen machen, würde am Wege auch der emeritierte Berliner Zeithistoriker und Landeskundler Gerd Heinrich (geb. 1931) stehen. Er würde den König grüßen, nicht devot, aber doch voll Ehrfurcht, denn er ist ein wirklich großer Bewunderer Friedrichs. Seine unlängst erschienene Biographie des Königs ist dafür beredtes Zeugnis.

In dem ungemein komprimiert geschriebenem Buch geht Heinrich nur teilweise biographisch vor; vermehrt rückt er – seit dem Regierungsantritt 1740 – Sachthemen in den Vordergrund, wobei ihm seine geradezu stupende Kenntnis von Zahlen und Fakten zum Preußen der Neuzeit insgesamt überaus zugutekommt. Natürlich ist das sehr genau und vielfach in kleinste Details gehende Kapitel über Friedrichs Kriege das längste, vielleicht auch das „spannendste“, aber der Schwerpunkt liegt doch auf den Friedensjahren und damit recht eigentlich auf Friedrichs Regierungsarbeit und Regierungstätigkeit.

Dem Autor missfällt die Friedrich-Kritik der Vergangenheit

Was man natürlich in etwa weiß, das wird von Heinrich geradezu akribisch ausgebreitet. Der König hat sich buchstäblich um alles in seinem Staat gekümmert: Er schuf geordnete Finanzen, trieb die Entwicklung der Landwirtschaft voran, ebenso die Urbarmachung weiter Landstriche an der Oder (Oderbruch) oder weiter im Osten, sorgte sich um die Ansiedlung von Kolonisten, versuchte die Bauern aus der in manchen Gegenden noch geradezu mittelalterlichen Leibeigenschaft von den Gutsherren zu befreien, war in Sachen Rechtswesen ein vielbewunderter Reformer (Abschaffung der Folter, religiöse Toleranz) und war – das sind vielleicht die eindringlichsten Kapitel des Buches – geradezu ein Wirtschaftsreformer mit dem Ziel eines Versorgungsstaates im durchaus modernen Sinne. Heinrich spricht überzeugend von einem „Wirtschaftskönig“, der gleichwertig neben dem großen Militärführer und dem „Philosophen von Sanssouci“ steht.

Hält man sich vor Augen, wie umstritten der Preußenkönig lange Zeit in der deutschen Geschichtswissenschaft war – es liegt ja noch gar nicht weit zurück, dass eine Verbindung von Luther über Friedrich und Bismarck zu Hitler gezogen wurde –, so überraschen die rundweg positiven Darstellungen aus jüngster Zeit doch etwas. Das begann schon mit dem Buch der DDR-Historikerin Ingrid Mittenzwei, setzte sich fort in der vor sechs Jahren erschienenen vielgerühmten Friedrich-Biographie des Historikers Johannes Kunisch und gipfelt nun vorerst in diesem Buch von Gerd Heinrich. Jedes Buch setzt den Akzent anders: Frau Mittenzwei „befreit“ den König aus den engen Scheuklappen kommunistischer Prägung; Kunisch setzt mit ebenso nüchternem wie einnehmenden Erzählton das Gewicht etwas stärker auf europäische Staatengeschichte, während eben Heinrich sehr in die alltägliche Regierungs-, Planungs- und Koordinierungstätigkeit des sich dabei völlig verausgabenden Königs geht.

Weniger als bei den Vorgenannten ist bei Heinrich Kritik an seinem Helden zu finden; rundweg dominiert Anerkennung, ja Bewunderung für dessen unermüdliches Schaffen. So kommt es, dass Andersdenkende mitunter mit Ironie und bissigem Spott überzogen werden („Histörchen-Fabrikanten“, „Außenseiter der Geschichtsbetrachtung“); Kunisch wird unterstellt, er sehe Friedrich als einen „Mann mit zwei Glasaugen“; das ist unsachlich, das müsste nicht sein.

Aber das sind zum Glück Dinge am Rande. In summa: Das Buch eines aufgeklärten preußischen Patrioten über den aufgeklärtesten Herrscher im Absolutismus des 18. Jahrhunderts. „Ich bin der erste Diener meines Staates“, das war Friedrichs Maxime, an die er sich zeitlebens gehalten hat. *Dirk Klose*

***Gerd Heinrich: „Friedrich II. von Preußen – Leistung und Leben eines großen Königs“**, Duncker & Humblot, Berlin 2009, gebunden, 504 Seiten, 39,90 Euro*



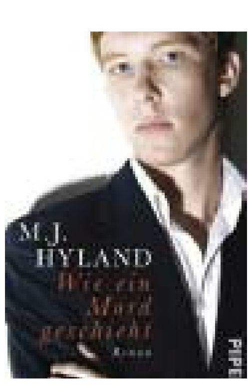
Rund um die Bundeswehr

Kompaktes Handbuch liefert viele Informationen

In den letzten Dezembertagen 2009 ging das „Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010“ in den Druck. Seitdem sind zwar einige Positionen anders besetzt, so ist Reinhold Robbe inzwischen nicht mehr Wehrbeauftragter des Bundestages, doch die meisten der angeführten Personen sind noch in Amt und Würden. Auch die in dem Buch aufgeführten organisatorischen Strukturen haben noch immer Bestand. So erfährt der Leser, wer in welchem Referat beziehungsweise Ausschuss im Bundespräsidialamt, im Bundeskanzleramt und im Bundestag mit dem Thema Bundeswehr betraut ist. Auch werden die Führungsstäbe und die Kommandostrukturen von Heer, Marine und Luftwaffe vorgestellt sowie Dienstabzeichen aufgeführt. Wer wissen will, unter welches Kommando das Sanitätszentrum Ulm fällt, wird hier schlauer. Zudem werden die verschiedenen in- wie ausländischen Ämter, Organisationen und Verbände, die sich mit der Bundeswehr, ihrem Personal oder ihrer Ausrüstung beschäftigen, genannt. In verschiedenen Listen werden die Bundeswehreinsätze, Ehrenabzeichen und Waffensysteme dargestellt.

Interessant sind die Anzeigen am Ende des fast 1000-seitigen Handbuches, in dem Dienstleister und Industrie ihre militärischen Produkte vorstellen. Da man fast nie Anzeigen für Werften, Panzer, Drohnen und Munition sieht, ist die Art und Weise, wie für derartige Produkte geworben wird, durchaus außergewöhnlich. *Bel*

***Manfred Sadlowski (Hrsg.): „Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 2009/2010“**, Bernard & Graefe, Bonn 2009, gebunden, 988 Seiten, mit CD, 86 Euro*



In der Freiheit gefangen

Minderwertigkeitskomplex macht Mann zum Mörder

Nach den in 18 Sprachen übersetzten Romanen „Schlaflos“ und „Die Liste der Lügen“ präsentiert die gebürtige Britin und studierte Juristin M. J. Hyland nun ihren dritten Roman „Wie ein Mord geschieht“. Ebenso wie bei Hylands vorhergehenden Romanen steht bei „Wie ein Mord geschieht“ ein junger Erwachsener im Mittelpunkt des Geschehens.

Patrick ist ein sehr talentierter Kfz-Mechaniker. Da er klug ist und über eine schnelle Auffassungsgabe verfügt, hätte er auch studieren können. Wäre da nicht noch folgende, sein Wesen und sein Auftreten prägende Charaktereigenschaft. Patrick ist unsicher, dadurch häufig verkrampft im Umgang mit anderen Menschen. Stets befürchtet er, sie könnten sich für etwas Besseres halten.

Als seine Freundin die Beziehung beendet, versucht Patrick, 100 Meilen von seiner Heimat entfernt in einem kleinen Küstenort ein neues Leben zu beginnen. Er bezieht zunächst ein Zimmer in einer netten kleinen Pension, deren junge Wirtin, Bridget, ihm gleich recht gut gefällt. Außer ihm sind noch zwei weitere junge Männer zu Gast in der Pension, Shaun Flindall und Ian Welkin. Von deren lokker-lässigen Art und Auftreten eingeschüchtert, bleibt Patrick zunächst auf Distanz. Er fühlt sich zurückgestoßen, obwohl er selbst es ist, der sich ausgrenzt.

Patricks Minderwertigkeitsgefühle steigern sich ab dem ersten Tag in der Pension in schwindelnde Höhen. Der junge Mann vergleicht sich zwanghaft mit den oberflächlichen Lebemännern

Schmach treibt zur Tat

Shaun und Ian. Er scheint sich nicht entscheiden zu können, ob er ihre Oberflächlichkeit verabscheut, bewundert oder sie insgeheim sogar darum beneidet.

Als sich dann noch der in Aussicht gestellte, vermeintlich sichere Job in einer Autowerkstatt als Teilzeitstelle entpuppt, fixiert Patrick sich noch stärker darauf, bei der Pensionswirtin Bridget zu landen, doch stattdessen erliegt sie Ians Flirtkünsten. Diese Schmach gärt in Patrick.

Als er nachts ein Werkzeug aus seinem heißgeliebten Werkzeugkasten vermisst, stürzt er in blinder Wut in Ians Zimmer und versetzt dem Schlafenden mit einem Schraubenschlüssel einen Schlag an die Schläfe. Dieser erleidet bedingt durch den Schlag und die hohe Blutalkoholkonzentration eine Gehirnblutung und stirbt. Und plötzlich ist genau das in Gefahr, was Patrick bisher in seiner ich-bezogenen durch Komplexe verursachten Verblendung als so selbstverständlich und wertlos erschien: seine Freiheit.

M. J. Hylands „Wie ein Mord geschieht“ ist ein psychologisch äußerst komplexer und anspruchsvoller Roman. Denn erst im Gefängnis, wo an jeder Ecke tatsächlich Bedrohungen und Gefahren lauern, beginnt sich Patrick emotional zu öffnen, andere Dinge und Menschen außer sich selbst wahrzunehmen und seinen bisher starren Blickwinkel auf das Leben zu erweitern.

Erst gegen Ende des Buches wird dem Leser bewusst, dass die Palette an Emotionen und Gefühlen in der zweiten Hälfte des Buches, die nahezu ausschließlich im Gefängnis, in einer Knastzelle spielt, deutlich breiter gefächert ist als zu Beginn des Buches, wo Patrick sich frei bewegen kann. *Vanessa Ney*

***M. J. Hyland: „Wie ein Mord geschieht“**, Piper Verlag, München 2010, geb., 390 Seiten, 19,95 Euro*



Entwundene Träume

Ost-Politiker über Irrungen und Verwirrungen 1990

Nach den ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 sah die neue Regierung von Lothar de Maizière die Wiedervereinigung Deutschlands als ihre Hauptaufgabe an. An diese 199 Tage will das Buch „Die letzten Monate der DDR“ mit verschiedenen Beiträgen von Menschen erinnern, die damals auf der östlichen Seite den Prozess der Einheit gestalteten. Die meisten stießen im heißen Herbst 1989 spontan zur Politik. Es waren Wissenschaftler, Theologen und Techniker, die sich nunmehr mit unglaublicher Motivation und einem ungeheuren Gestaltungswillen auf die so vielen zu bewältigenden Herausforderungen konzentrierten. Erschwerend wirkt ihre fast primitiven Arbeitsmöglichkeiten, und bei jedem neuen Mitarbeiter stellte sich zwangsläufig die Frage, wie er der aktuellen Entwicklung gegenüber eingestellt ist.

Der Leser erfährt, wie schnell sich eine Enttäuschung über Westdeutschland verbreitete. Hatten die „Ossis“ in ihrer vielleicht naiven, jedenfalls patriotischen Haltung eine herzliche Umarmung der „Wessis“ erwartet, so bleibt diese offenbar oft ziemlich hölzern. Das Verhältnis de Maziéres zu Kanzler Helmut Kohl war sachlich korrekt, aber nie freundschaftlich. „Die beiden deutschen Brüder sind zu unterschiedlich. Das sind eben zwei Welten“, heißt es im Buch.

Der DDR-Ministerpräsident sah sich stets als Anwalt seiner Bevölkerung. Zumindest gegenüber der UdSSR konnten er und Außenmi-

Idealisten trafen auf Polit-Profis

nister Markus Meckel sich durchsetzen. Von den bundesdeutschen Beratern waren gewiss manche wirklich an ihrer Aufgabe interessiert, doch viele der im Buch zur Wort kommenden vermitteln des Eindruck, dass so mancher von ihnen primär seine Karriere im Blick hatte. Ihre Unkenntnis über die DDR sei groß gewesen, zugleich legten sie nach Empfinden der Bevölkerung allzu oft „Siegermentalität“ an den Tag.

Die Menschen in der DDR drängen auf Einheit mit derselben Währung und dem möglichst gleichen Lebensniveau, juristische Fragen zwischen Berlin und Bonn interessieren sie kaum. In Moskau wiederum wurde Gorbatschows Position zusehends schwächer, es mehrten sich dort die Stimmen gegen die deutsche Einheit. Nach Ansicht eines führenden Bürgerrechtlers wurden unter dem Druck dieser Situation bundesdeutsche Gesetze einfach auf das DDR-Parlament gestülpt. Vielleicht gab es wirklich keine andere Chance. Vom Treffen zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus wurden die Noch-DDR-Parlamentarier weder von den Sowjets noch von Genscher informiert! Eine starke Brüskierung, die deutlich erkennen lässt, dass die DDR aus dem Spiel war und alle wichtigen Verhandlungen nur noch zwischen Bonn und Moskau laufen.

Kritiker der Wiedervereinigung, die in dem vorliegenden Buch auch zu Wort kommen, sollten sich allerdings fragen, wie die DDR heute aussähe, wenn man damals die Wiedervereinigung nicht erreicht hätte. Ohne die Währungsunion wäre die DDR spätestens im Sommer 1990 bei ihren Auslandsschulden in Devisen völlig zahlungsunfähig gewesen ... *F.-W. Schlomann*

***Ed Stuhler: „Die letzten Monate der DDR“**, Links-Verlag, Berlin 2010, geb., 248 Seiten, 19,90 Euro*

Guntram Schulze- Wegener

Illustrierte Deutsche Militärgeschichte



Der erste Gesamtüberblick über die Militär- und Kriegsgeschichte von den "alten" Germanen bis zur deutschen Bundeswehr liegt vor. Mehr als 2000 Jahre Militärgeschichte hat der Autor prägnant beschrieben. Durch die Illustration mit Zeichnungen, Schlachtengemälden und seltenen Fotos wurde nicht nur ein lesenswertes, sondern auch ein ausgesprochen anschauliches Werk deutscher Kriegsgeschichte vorgelegt. Die militärhistorische Darstellung beginnt bei den Germanen und erstreckt sich über das Mittelalter, die Zeit des 30jährigen Krieges, den (hauptsächlich) militärisch begründeten Aufstieg Preußens, das napoleonische Zeitalter und die Kriege Bismarks. Den Schwerpunkt bildet das 20. Jahrhundert mit seinen beiden Weltkriegen. Bundeswehr und Nationale Volksarmee werden ebenso detailliert behandelt. Alle bedeutenden Kriege und Schlachten werden sowohl aus operationsgeschichtlicher Sicht durchleuchtet als auch auf deren Ursachen und Auswirkungen hin untersucht. Berühmte soldatische Protagonisten und auf dem neuesten Stand der Forschung befindliche Einblicke in die Entwicklung der Waffentechnik machen den Ausgang der jeweiligen Waffengänge verständlich und zeichnen ein plastisches Bild der deutschen Militärhistorie. Karten und über 400 größtenteils farbige Abbildungen von Waffen und Gerät, Uniformen, Orden, militär. Bauten usw. vermitteln eine Fülle zusätzlicher Informationen. Dass neben den militärischen Aspekten auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigt werden, macht das Buch nicht nur für militärhistorisch, sondern auch für allgemein geschichtlich Interessierte zur wichtigen Informationsquelle.

NEU

Geb., Großformat, 344 Seiten mit zahlreichen Abbildungen
Best.-Nr.: 6984

€ 39,90



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten



Der Autor nimmt seine Leser mit auf eine masurische Eisenbahnreise, zu Besuch beim deutschen Kaiser, an die dänische Grenze nach Ammersby, in das schleswig-holsteinische Dörfchen Poggendiek, ja sogar bis an den Gardasee, nach Sankt Petersburg und auf eine sonnige Atlantikinsel. Mit Wärme und hintergründigem Humor schildert er die Ängste und Nöte der sogenannten „kleinen Leute". Es sind Geschichten für den Alltag wie den Sonntag, für den Feierabend wie für trübe Tage und schlaflose Nächte. Am Lachen erkenne man den Narren, sagen die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Da das Leben nicht immer nur heitere Momente bietet, helfen Bücher und Geschichten eine Welt zu erschaffen, in der wir unsere Sorgen hinter uns lassen und unbeschwert schmunzeln oder laut herauslachen können. Arno Surminski schildert voller Humor und Wärmedie Bewohner dieser Welt: Sie sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

€ 14,95



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95



CD

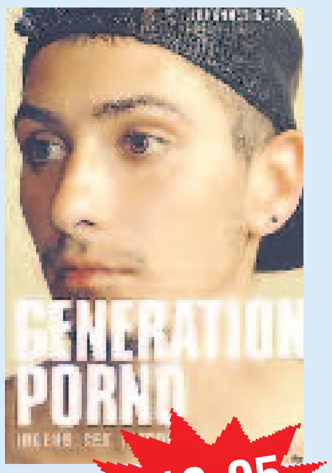
Endlich wieder lieferbar!

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite

€ 12,95

Johannes Gernert
Generation Porno
Ein Junge ist 14 und sucht im Internet nach Porno-Filmen. Der andere ist 16 und findet dies längst langweilig. Das Internet spült eine Flut von pornografischen Bildern in die Kinderzimmer. Oft genügt ein kurzer Klick: »Schon 18?« »Ja!« Eltern und Pädagogen sind beunruhigt und machen sich Sorgen, was die Eindrücke in den Köpfen ihrer Kinder auslösen.

Geb., 285 Seiten
Best.-Nr.: 6983



€ 19,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



NEU

Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L" von Eichenlaub eingefaßt. Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960

€ 8,95



sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!



DVD

Sommer in Ostpreußen 1942

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Bis zum 22. Januar 1945, als der letzte Zug von Königsberg nach Berlin fuhr. Wenig später hörte das alte Ostpreußen auf zu existieren. Es lebt in Filmen wie diesen, in der Literatur und in der Erinnerung weiter. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort, aus dessen Feder Bestseller wie „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland" und „Sommer 1944" stammen.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981

€ 14,95



Ute Susanne Werner
Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle
Kriegsheimkehrer der Bundeswehr
Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 6977, € 19,95



Sonderpreis

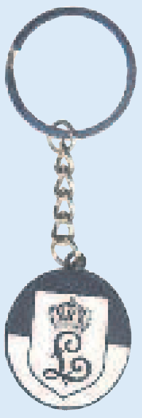
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945-1955
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962, € 20,00

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95



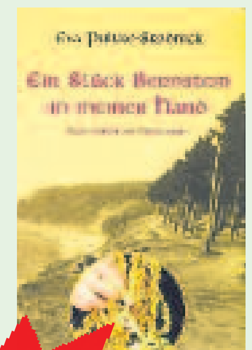
statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



Julian Reichelt
Ruhet in Frieden, Soldaten!'
Kart., 224 Seiten, Format 14 x 21,5 cm
Best.-Nr.: 6976, € 16,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



statt € 7,40 nur noch € 3,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau



CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ostund Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Aylin Korkmaz
Ich schrie um mein Leben
Ehrenmord mitten in Deutschland

»Er wollte mein Leben als Frau zerstören.«



Von denjenigen Ehrenmordfällen, die sich bisher in Deutschland zugetragen haben, zählt dieser zu den spektakulärsten – weil das Opfer überlebte, wenn auch nur knapp: Die Türkin Aylin Korkmaz, Mitte 30, Mutter dreier Kinder, wird an ihrer Arbeitsstelle nahe Baden-Baden von ihrem Exmann mit 26 Messerstichen in Gesicht und Körper niedergestreckt. Sie verliert so viel Blut, dass die Ärzte es für ein Wunder halten, als sie aus dem Koma erwacht. Allein ihr Gesicht muss mit 230 Stichen genäht werden.

Geb., 250 Seiten mit farbigen Fototafeln
Best.-Nr.: 6979, € 19,95

€ 19,95

Standbild Friedrich II.

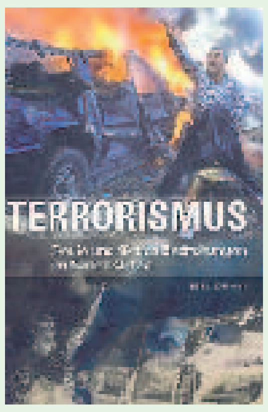
Wunderschöne detailgetreue Darstellung Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036



€ 149,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



Niko Colmer
Terrorismus
Reale und fiktive Bedrohungen im Nahen Osten
Geb., 200 Seiten
Best.-Nr.: 6985, € 19,90



CD

Auf den Spuren von Königin Luise in Ostpreußen
Von Königsberg nach Memel
In acht spannenden Reportagen begibt sich Henning von Löwis auf die Spuren der legendären preußischen Königin.
Laufzeit: 78 Minuten
Best.-Nr.: 6982, € 9,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 30/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Grünen-Wähler für Kernkraft

München – Laut einer Forsa-Umfrage für den „Focus" meinen 81 Prozent der Deutschen, dass auf Atomkraft nicht völlig verzichtet werden könne, selbst 60 Prozent der Grünen-Anhänger denken demnach so. Forsa-Chef Manfred Güllner sieht darin eine „regelrechte Entdämonisierung der Kernkraft". Nach der Umfrage glauben 74 Prozent, dass es bei der Debatte um Atomenergie vor allem um „ideologische Positionen" gehe und weniger um die Sache. *H.H.*

Englische Begriffe nerven

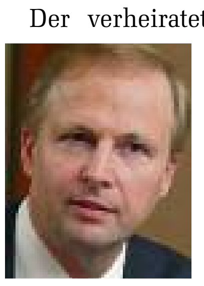
Eschborn – Englische Begriffe wie „Briefing" oder „Meeting" breiten sich im Berufsalltag in deutschsprachigen Ländern aus. In Deutschland sind sie unbeliebter als in Österreich und der Schweiz. Das geht aus einer Umfrage des Internet-Karriereportals Monster.de hervor. Während in Deutschland rund 42 Prozent der Befragten Anglizismen nervig finden, ärgern sich nur 29 Prozent der Österreicher und 31 Prozent der Schweizer darüber. *idea*

ZUR PERSON

Kampferpobt und krisenfest

Seit der Explosion der Ölplattform „Deep Water Horizon" im Golf von Mexiko ist nicht nur der Ruf des Konzerns British Petrol (BP) ruiniert, dem Unternehmen drohen wegen der immensen Kosten für die Beseitigung der Folgen der Katastrophe und Schadensersatzforderungen enorme finanzielle Einbußen.

Robert Dudley soll den bisherigen BP-Chef Tony Hayward als obersten Krisenmanager ablösen. Der 55-jährige gebürtige Amerikaner blickt auf 30 Jahre Erfahrung im Ölgeschäft zurück. Obwohl in New York geboren, wuchs er in Mississippi auf, der von der Ölkatastrophe am schlimmsten betroffenen Region der USA. Er gilt als ruhig, sachlich und souverän. Die ölverschmutzten Strände berühren ihn im Gegensatz zu seinem Vorgänger persönlich. „Was ich gesehen habe, war schmerzhaft, emotional und schockierend", sagte er nach einem Besuch im Bundesstaat Louisiana.



Der verheiratete Vater zweier Kinder begann seine Karriere nach einem Studium der Betriebswirtschaft in Arizona und Texas 1979 beim US-Konzern Amoco, der sich 1998 mit BP zusammenschloss. Er arbeitete in den folgenden Jahren in Angola, Ägypten und Algerien, bevor ihn BP nach Moskau schickte. In Russland übernahm er 2003 die Leitung des britisch-russischen Gemeinschaftsunternehmens TNK-BP, wurde aber 2008 nach heftigen Auseinandersetzungen mit den russischen Aktionären ausgewiesen. In Russland brauche es viel Zeit und Geduld, um ans Ziel zu kommen, sagte der kampferprobte Manager. Seine größten Herausforderungen stehen ihm nun bevor: die angeschlagene BP aus den tiefroten Zahlen zu führen, Verstimmungen mit der Regierung und der Bevölkerung in den USA zu bereinigen, Aktionäre zu beruhigen und die drohende Übernahme des Konzerns abzuwehren. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Die Wüste lebt

Warum die alle zurücktreten, wie uns 20 Prozent der Deutschen Angst machen, und wieso sich die Politspitze in die Alpen zurückzieht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich hatten wir mal ein paar Tage, an denen keiner zurückgetreten ist. Das gibt uns die Gelegenheit, etwas tiefer darüber nachzudenken, was sich da eigentlich abgespielt hat. Warum hatten die nur alle auf einmal keine Lust mehr? Haben die etwas gesehen, was uns entgangen ist? Wenn ja, dann muss es sehr beunruhigend gewesen sein, sonst wären ja nicht so viele Spitzenleute auf einmal aus der aktiven Politik geschieden wie diesen Sommer. Sie gingen, ohne dass sie als Verlierer eines dramatischen Kampfes zum Rückzug gezwungen worden wären.

Ganz im Gegenteil: Selten haben sich die Parteien so eng aneinander gekuschelt wie heute. Man ist sich in allen wesentlichen Fragen einig, nur dass die Union meist etwas später einschwenkt als die anderen, weshalb sie konservativ genannt werden darf. Alles, was man sich an Zwistigkeiten noch zumutet, ist Geplänkel fürs Publikum. Beim Presseklub vergangenen Sonntag läutete der Vertreter des „Spiegel" denn auch die höchste Vollendung der deutschen Parteienharmonie ein: Bald müssten alle mit allen koalitionsfähig sein, sogar Union und Linkspartei, „auch wenn das zur Zeit noch schwer vorstellbar erscheint".

Was für eine wundervolle Vorstellung: Alle sind aus dem „überholten Lagerdenken" herausgereift, erblüht in Eintracht, in der vollkommenen Harmonie unserer „bunten Republik", wie unser Land von Christian Wulff und Annette Schavan gepriesen wurde. Wir stellen uns diese Republik als Parteieneintracht und bunter Vielfalt vor wie einen Garten zum Herbstanfang.

Der Frühherbst ist ja sowieso die schönste Jahreszeit. Die Hitze ist überstanden, die Pflanzen ringen nicht mehr mit dem Wetter, mit Konkurrenten und Schädlingen, sondern faulen in greller Schönheit still dahin.

Ungemütlich ist nur das, was dann folgt: Es wird stürmisch, und eine dunkle Kälte haut uns die harte Realität um die roten Ohren. Nämlich, dass wir eben doch nicht in der Provence leben, sondern im weit weniger lieblichen Germanien. Einem Land, in dem es nach kurz oder lang immer wieder zur Sache geht, egal wie schön die warmen Tage gewesen sein mögen.

Der „Focus" hat die Meinungsforscher von Emnid beauftragt, den Finger in den Wind zu halten, um herauszufinden, aus welcher Richtung der Herbststurm wehen könnte. Das kam heraus: 20 Prozent der Deutschen könnten sich vorstellen, eine „bürgerlich-konservative Partei rechts von der CDU" zu wählen.

Das kann ja heiter werden. Ist es das, was die Rücktreter haben kommen sehen? Wollten sie lieber weit, weit weg sein, wenn's losgeht?

> Die bunte Republik blüht so schön wie ein Herbstgarten – kurz bevor die dunkle Kälte kommt

Wundern muss das Emnid-Resultat schon. Allein, dass die Leute nicht bereits beim Reizwort „rechts" die Straßenseite gewechselt haben, macht Angst. Mindestens 20 Jahre lang hatte man uns das Gehirn so porentief reingewaschen, bis wir „rechts" für ein Synonym von „Verbrechertum" hielten. Und „konservativ"? Konservativ ist man höchstens bei der Wahl des Tischweins, mehr ist nicht gestattet. Hamburgs designierter Bürgermeister Christoph Ahlhaus geriet heftig unters Feuer seines grünen Koalitionspartners, als ruchbar wurde, dass der CDU-Mann Mitglied einer Studentenverbindung sei, die im Verdacht stehe, „konservativ" zu sein.

Die Minen lösten sich erst wieder, als der wackere Christdemokrat glaubhaft machen konnte, dort lediglich als Conkneipant, eine Art ständiger Gast, geführt zu sein, und die Öffentlichkeit wissen ließ, dass er die Verbindung gebeten habe, ihn von ihrer Liste zu streichen. (Sollte Ahlhaus bei der Turnerschaft Ghibellinia Heidelberg einen Stammplatz im Kneipsaal gehabt haben, möchten wir den Waffenstudenten höflichst empfehlen, den Stuhl zu schreddern.)

Trotz all solcher Bemühungen um lückenlose Ausgrenzung geben 20 Prozent zu, sich vorstellen zu können, ihr Kreuz bei den Bösewichtern zu machen. Was soll man denn noch machen? Was, wenn alle Belehrung, Bedrohung und Gesinnungsprüfung letztlich verpufft?

Immerhin hat man es geschafft, dass die 20 Prozent parlamentarisch nicht vertreten sind. Zwischen der Union und dem rechten Rand gähnt eine gewaltige Wüste. Ab und zu streifen da mal kleine Trupps von Desperados hindurch. Doch die verdursteten bislang entweder von selbst, verirrten sich in braunen Staubwolken oder sie wurden von den Patrouillen der Politischen Korrektheit aufgespürt und zur Strecke gebracht.

Da ist also nichts, außer riesigen Bergen stillgelegter Wähler, die an keine Urne mehr finden. Oder doch? Wer näher rangeht, der entdeckt schon etwas. Aber wie es so ist beim Leben in der Wüste: man muss genau hinsehen, um es zu erkennen. Denn nicht die schrille Empörung sprießt hier, es ist mehr so eine bräsige Resignation, die sich durch harten Boden der Einöde quält.

Es fängt ganz klein an: In Hamburg lassen Protagonisten der erfolgreichen Volksinitiative gegen die „Primarschule" durchblicken, dass sie politisch aktiv bleiben wollten. In Berlin wirft eine Parteigründung rechts der Union ihre Schatten voraus, angeschoben von frustrierten CDU-Politikern. Ironischerweise lässt CDU-Landeschef Frank Henkel jede Menge Dünger auf das zarte Gewächs regnen, indem er seine Partei gleich noch ein wenig linker aussehen lässt, als die Enttäuschten schon ahnten, und indem er den Vorreiter der Dissidenten, Rene Stadtkewitz, eigenhändig zum Helden der Meinungsfreiheit herausputzt. Wer berät diese Leute eigentlich?

Henkel ist nicht allein. Man solle sich mehr um die Wähler von SPD und Grünen kümmern, fordert der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Altmaier. In der Mitte würden nämlich die Wahlen gewonnen. Deshalb müsse die Union noch „moderner" werden, sich intensiver um Klimawandel und Frauenpolitik kümmern. Annette Schavan blickt stolz auf das, was sie damals in Baden-Württemberg mit der Einführung des Islamunterrichts erreicht habe: Die Nichtmuslime hätten jetzt viel mehr Verständnis für den Islam. Islamische Intoleranz gegenüber Nichtmuslimen gehört offenbar zu den Wüstenthemen, die in der wohlgeordneten Welt der Bildungsministerin nicht vorkommen. Kanzlerin Merkel thront über all dem so überzeugend überzeugungslos wie eh und je.

Ahnt auch sie nichts? Sie, die Füchsin der Macht? Man mag es kaum glauben. Misstrauisch machen die Urlaubspläne der CDU-Chefin, ebenso wie die einiger anderer Spitzenpolitiker: Merkel, Ursula von der Leyen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ilse Aigner und Dirk Niebel – alle machen sich in die Alpen davon. Ist das wirklich nur Urlaub? Die Verunsicherung hat tiefe Wurzeln. Denn den historisch Bewanderten durchfährt unweigerlich Beklemmung, wenn die deutsche Politspitze im Korps in die sicheren Höhen der Alpen strebt. Das riecht unwiderstehlich nach Zusammenbruch.

Möglicherweise haben die Beusts und Kochs und wie sie alle heißen ihre Ämter schnell noch weggeworfen, um später behaupten zu können, nicht wirklich dabei gewesen zu sein bei der fauligen Herbstblüte, als Haushalts- oder Bevölkerungspolitik, Energie- oder Sicherheitsvorsorge so sehr verunkrautet konnten, dass es die mühsam aufgebaute Republik beinahe zerlegt hätte. Dagegen spricht indes die locker-leichte Art, in der sie sich verabschiedet haben: Das sah weniger nach Panik aus als nach dieser Mischung aus Müdigkeit und eitler Beschwingtheit, welche die Historiker aus der Zeit des späten Rokoko kennen. Merkel und die ihren werden zurückkehren aus den Alpen und einen Barbarenwall gegen die Wüste errichten. Wenn die Emnid-Befragten dennoch ernst machen sollten, dann zeigt man ihnen eben die Instrumente „gegen Rechts". Dann kuschen die schon. Oder?

ZITATE

*Auf die Frage des „Spiegel" vom 19. Juli, warum **Ärzte** immer öfter **Hilfe von Juristen** benötigten, erklärt der **Präsident der Bundesärztekammer**, Jörg-Dietrich Hoppe, die Veränderungen in der Beziehung Arzt–Patient:*

„Weil sich die Patient-Arzt-Beziehung massiv verändert hat. Den Ausdruck Patientenautonomie gab es vor den 70er Jahren noch gar nicht. Als ich im Beruf anfing, haben die Leute nicht mal gefragt, was sie haben. Sie wollten nur wissen, ob sie das überleben oder ob sie sterben müssen. Heute sind die Patienten sehr informiert und haben Wünsche. Sie erleben sich als – wenn auch ratsuchende – Vertragspartner. Und die Juristerei hat sich dementsprechend kräftig in die Patient-Arzt-Beziehung eingeklinkt."

*Der Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Historiker **Hubertus Knabe**, **zweifelt** im „Focus" (26. Juli) an der Selbstdarstellung der **Linkspartei** als **demokratische** Formation:*

„Es gibt einen eklatanten Unterschied zwischen den öffentlichen Verlautbarungen und dem, was dort intern gesagt und gedacht wird. Während man sich nach außen aufs Grundgesetz beruft, predigt man im Hinterzimmer die Revolution."

*„Zeit"-Herausgeber **Josef Joffe konter**t im „Tagesspiegel" (27. Juli) die regelmäßigen **Angriffe auf Deutschland** wie die jüngsten Attacken aus den USA wegen der deutschen Sparpolitik:*

„Zum Sommerloch gehört neben Nessie auch das gelegentliche Germany-Bashing, wie jetzt zuletzt in der ‚Herald Tribune'. Unter dem Titel ‚Berlin böllert und isoliert sich' wähnt der Kolumnist, Merkel hätte mit ihrer Sparpolitik die Rest-EU gegen sich aufgebracht. Tatsächlich sparen Briten und Franzosen jetzt noch heftiger als die Germanen. Dito die Griechen. Aber er schöpft Trost aus der WM, den España-Coach zitierend: Die Deutschen ‚waren nicht so stark, wie wir befürchtet hatten'. Also: Lieb' Euroland, magst ruhig sein. Und lass die Ferien genießen."

*Die niederländische Zeitung „De Volkskrant" (24. Juli) kann der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, der die **Unabhängigkeit des Kosovo** für rechtmäßig erklärt hat, wenig abgewinnen, und fürchtet einen **negativen Präzedenzfall**:*

„Die Botschaft lautet: Wer draufhaut und mit nichts als dem Äußersten zufrieden ist, bekommt seinen Willen – und sogar noch den Segen der höchsten Rechtsinstanz. Damit ist die Welt ein wenig unsicherer geworden."

Das Über-Nichts

Viel geredet und geschrieben
wird darüber seit April,
jeder tut es nach Belieben,
keinem war's bisher zuviel,
und wir hören noch und nöcher,
bis es jedermann versteht,
dass es bei dem Loch der Löcher
um ein „leckes Bohrloch" geht.

Leckes Loch? Mal reflektieren,
ist es höchst erstaunlich doch,
denn was alle kolportieren,
heißt, da hat ein Loch ein Loch,
und indes zwar Öl-Schlamassel
mehr und mehr das Meer bedeckt,
wurde nebstbei dank Gequassel
gar das Über-Nichts entdeckt!

Pannonicus